

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando... Einzelne Nummer 5 Pfg.

Ersteinst 1894.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inflation-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Rollen... 5 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereine...

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 10. Oktober 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Präsidentenwahl in China.

Jüanhschikai ist von der Volksvertretung mit 507 gegen 179 Stimmen zum ersten ordentlichen Präsidenten des chinesischen Freistaates erkoren worden.

Das Provisorium hemmt die Entwicklung des neuen Staatswesens in jeder Hinsicht. Atem und Zungen der beiden vorkämpfenden Körperschaften wurden durch nichts anderes mehr als durch Eifersüchteleien und Intrigen um die Präsidentschaft bewegt.

Mit der Wahl Jüanhschikais zum Oberhaupt ist das unglückselige Provisorium beendet, den Eifersüchteleien der politischen Streber — vorderhand wenigstens — der Boden entzogen und mehr Aussicht für die Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung geschaffen.

Freilich werden die Republikaner selbst trotz der hohen Stimmenzahl, die Jüan erhalten hat, keine Ursache haben, ihr tiefes Mißtrauen gegen ihn aufzugeben.

Als Statthalter Koreas und als Militärkommandant holte er sich den Ruf des „großen Reformers“. Die blutige Gewalttätigkeit, womit er gegen die Boxerunruhen vorging, verschaffte ihm (1900) die Beförderung zum Gouverneur von Schantung.

ängstlich nach einem Retter aus. Nur Einer konnte die schwierige Situation meistern, nur Einer war noch in der Lage, die noch treuen Truppen für die allgemein verhasste Dynastie in Bewegung zu setzen: Jüanhschikai.

Der Bürgerkrieg der letzten Wochen war nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, eine Fehde zwischen dem Norden und dem Süden, sondern ein Kampf zwischen Fortschrittlern und dem sich um Jüanhschikai scharenden reaktionären Klotz.

Ob das Mißtrauen gegen Jüanhschikai auch jetzt noch begründet ist, kann nur die Zukunft dartun. Es wird in erster Linie an der Entschlossenheit, Wachsamkeit und Klugheit der Politik der Fortschrittler Chinas liegen, ob seine Wahl ein Vorteil für die Sache der Freiheit des chinesischen Volkes wird.

Der Himmel des jungen Freistaates hängt noch voll drohender Wolken, noch voller bedrückender Ungewissheiten. Die reichen Provinzen Kiangsu, Anhui und Schekiang sind durch den Bürgerkrieg verwüstet, die Felder liegen brach, die Behausungen sind verlassen.

Auf den neuen Präsidenten und sein Ministerium, das einige tüchtige Männer birgt, warten somit Gelegenheiten übergenug, ihre Fähigkeiten und guten Willen zu zeigen.

Rußlands Erpreßerfeldzug.

Es verlautete schon seit einigen Wochen, daß die russische Diplomatie ihre Verhandlungen mit China wegen der Mongolei wieder aufgenommen habe. Diese Nachricht bestätigte sich nun im Anschluß an die Anerkennung der chinesischen Republik auch durch Rußland.

Parallel mit diesen diplomatischen Verhandlungen gehen recht sonderbare militärische Maßnahmen Rußlands an der chinesischen Grenze. Nachdem die russische Regierung vor kurzem die wichtigsten Städte der Westmongolei besetzt und schon ihre Steuererheber dorthin entsandt, ordnete sie nun eine sogenannte „Probemobilisierung“ in fünf Kreisen des Szu-Darja-Gebietes an.

Die britischen Bergarbeiter.

London, 8. Oktober. (Eig. Ber.) Die britischen Bergarbeiter, die gestern zu ihrer Jahreskonferenz in Scarborough zusammentraten, haben wieder überzeugend bewiesen, daß sie nicht nur durch ihr gewaltiges numerisches Gewicht und ihre überragende Bedeutung im nationalen Produktionsprozeß die Stütze des britischen Proletariats sind.

Der zweite Beschluß der Bergarbeiterkonferenz ist noch großartiger. Er geht dahin, zur Unterstützung des Tageblattes der Arbeiterpartei, des „Daily Citizen“, drei Jahre hindurch eine Umlage von einem Schilling pro Mitglied und pro Jahr vorzunehmen.

Nach einer dritte große Tat haben die Bergarbeiter soeben vollbracht: Sie haben die Urabstimmung auf Grund des Osborne-Gesetzes vollendet, die darüber entscheiden sollte, ob die größte Berufsorganisation Großbritanniens, die über ein Viertel der gesamten organisierten Arbeiterschaft des Landes umfaßt, sich auch weitesthin politisch betätigen und der Arbeiterpartei angehörend wird oder nicht.

Auf der Konferenz sind 680000 organisierte Bergarbeiter durch 149 Delegierte vertreten. Wie aber der Präsident des Kongresses Genosse Smillie ausführte, beläuft sich die wirkliche Zahl der organisierten Bergarbeiter Großbritanniens auf nahezu 800000, und Smillie erklärte gleichzeitig, daß die Bergarbeiter nicht ruhen würden, bis sie eine Million Grubenklaven in den Verband gebracht haben.

Der Frauendorfer Messerheld vor dem Schwurgericht.

Als am Abend des 5. Juni d. J. in den Straßen des Stettiner Vorortes Frauendorf der Arbeitswille Hermann Brandenburg den streikenden Arbeiter Reinhold Kühl niedergestochen hatte, verlangte eine rasch sich sammelnde Menschenmenge stürmisch, daß der Totschläger in das Gefängnis abgeführt werde.



Der Totschläger war Streifbrecher, also ein „nützliches Element“. Darum erklärten die Feinde der Arbeiterklasse, daß er in Notwehr ein Menschenleben vernichtet hatte. Die gesamte bürgerliche Presse benutzte das traurige Ereignis zu einer wilden Hege gegen das Streikpostenwesen. Selbst dann, als schon der Stettiner „Generalanzeiger“ unter dem Druck der Tatsachen zugegeben hatte, daß Brandenburg ohne Not zum Totschläger geworden war, besaß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ noch den traurigen Mut, den Täter in Schutz zu nehmen. Das waren die Umstände, die der Schwurgerichtsverhandlung vorausgegangen waren.

Am Mittwoch stand also Brandenburg vor dem Stettiner Schwurgericht. Warum, das verriet später der Staatsanwalt, indem er zu den Geschworenen sagte: „Der Fall hat seinerzeit das größte Aufsehen erregt, deshalb schien es nicht angebracht, ihn allmählich zu erledigen, sondern durch richterlichen Urteilspruch!“ Die Geschworenenbank wurde nur mit Rittergutsbesitzern, Domänenpächtern, Fabrikanten und Beamten besetzt. 16 Zeugen und ein Sachverständiger wurden vernommen. Der Angeklagte ist wegen Körperverletzung und anderen Gewalttätigkeiten mehrfach verurteilt und macht schon durch einen finsternen stehenden Blick einen überaus unympathischen Eindruck. Er behauptet, daß er von den Streikposten mehrfach bedroht worden sei. So habe ihn der erwähnte Kuhl mehrfach mit einem Revolver bedroht. Auf ihn hätten die Streikenden es besonders abgesehen gehabt, weil er erst während des Streiks auf der Weichischen Porzellanfabrik Arbeit genommen habe und er hätte auch am meisten befürchten müssen, da er nicht wie die anderen Streifbrecher in der Fabrik einlogiert war. Am Morgen vor der Tat sei mit Steinen hinter ihm hergeworfen worden, die anderen Streifbrecher hätten ihn gewarnt und mittags habe auch seine Frau ihn von neuen Drohungen erzählt. Er sei abends, um den Streikposten auszuweichen, auf die andere Straßenseite gegangen. Kuhl jedoch sei nun auch über die Straße gekommen, habe ihm den Weg verriet, ihn an der Schulter gefaßt und gesagt: „Du Hund arbeitest immer noch!“ Dabei griff er in die Hosentasche, um anscheinend eine Waffe herauszubohlen. Der Angeklagte habe dem Angreifer zugerufen: „Mensch, was bist Du für einer, daß mich doch in Ruhe!“ Erst dann habe er sein Taschenmesser ergriffen, geöffnet und um sich geschlagen, wobei er Kuhl getroffen habe. Der Streikposten Engelle sei dann hinter ihm hergelaufen und habe gedroht: „Du Hund, Du mußt Dein Leben lassen!“ Darauf sei er zur Fabrik zurückgelaufen und dort verhaftet worden. Am nächsten Tage sei er aus der Haft entlassen worden und Landrat Dr. Peters habe ihm geraten, abzureisen. Auf dem Bahnhof seien auch Streifende gewesen, deswegen habe ihn der Zuführer im Packwagen mitfahren lassen. Am 14. Juli habe er sich dann selbst gestellt. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich denn wirklich so bedroht fühle, da andere Zeugen doch ganz anders aussägen, entgegnete er mit dreifacher Selbstverständlichkeit: „Wie Streifende sind, das weiß doch jeder, die fragen nichts danach, wenn sie einen Menschen totschlagen!“ Energisch bestritt er, vor der Arbeitsaufnahme bei Weich gesagt zu haben, er wolle den Streifenden die Gedärme vor die Füße legen.

#### In der Beweisaufnahme

werden zunächst vier Zeugen vernommen, die ebenfalls bei Weich gearbeitet hatten und am 5. Juni abends mit Brandenburg gemeinsam von der Arbeit kamen. Sie befanden übereinstimmend, daß weder sie selbst jemals im Verlauf des damals schon neun Wochen währenden Streiks von Streifenden bedroht wurden, noch hätten sie Belästigungen gegen Brandenburg wahrgenommen. Kuhl sei quer über die Straße gekommen, mit den Händen in den Hosentaschen, und habe, ohne eine drohende Geste anzunehmen, den Angeklagten angesprochen. Zwei wollen gehört haben, daß Kuhl sagte: „Mensch, was bist für einer“, der Dritte meinte gehört zu haben: „Sage mal, was hast Du von mir gesagt?“. In demselben Moment habe aber Brandenburg auch schon ein langes Messer unter der Weste hervorgeholt und dem Kuhl von unten her tief in den Leib gestochen. Kuhl, der den Angeklagten keineswegs angegriffen hatte, habe dann die Hände gegen den Leib gepreßt und ausgeklammert: „Der Hund hat mich gestochen!“ Brandenburg aber suchte dann mit dem Messer umher und rief: „Wer zu nahe kommt, kriegt eben so.“ Da nun die übrigen Streifenden hinzuströmten, sei Brandenburg mit dem Ruf: „Herr Wachtmeister! Herr Wachtmeister!“ zur Fabrik zurückgelaufen. Nur einer dieser Zeugen behauptete, daß Brandenburg Furcht gehabt habe, doch habe er ihm gesagt, daß er keine Angst zu haben brauche, ihm tue keiner was. Kuhl ist diesem Zeugen als ruhiger Mensch bekannt gewesen. Wie aus den Akten festzustellen wurde, ist der letztere auch nie bestraft gewesen.

Von den nächsten vier Zeugen waren zwei am Streik beteiligt gewesen, die anderen haben sich mit diesen über den Streik unterhalten, wobei der eine erzählte, daß auch in seinem Hause ein Streifbrecher wohnte. Als er Brandenburg kommen sah, zeigte er auf ihn und sagte: „Da kommt er, Brandenburg, der mit dem schwarzen Hut.“ Darauf sei Kuhl über die Straße gegangen. Sie haben nicht gesehen, daß Kuhl den Angeklagten angriff, auch nicht gehört, was er sprach. Brandenburg habe jedoch sofort ein langes Messer unter der Weste hervorgeholt und Kuhl in den Leib gestochen. Kuhl taumelte über die Straße und rief: „Ich bin gestochen, ich sterbe!“ und sank seinem Schwager in die Arme. Brandenburg suchte mit dem Messer umher und rief Drohungen aus. Dann lief er zur Fabrik zurück und rief nach dem Wachtmeister.

Der einzige Entlastungszeuge war der frühere Arbeitswillige und jetzt in Stargard ansässige Händler Krellenthin. Er hat vom Fabrikator aus dem Brandenburg nachgesehen und will dabei gesehen haben, daß dieser von Kuhl an der Schulter gefaßt wurde. Gleich darauf habe jedoch schon Kuhl beide Hände gegen den Leib gepreßt und sei über die Straße gelaufen. Er habe angenommen, daß er einen Fauststoß gegen den Magen bekommen habe. Brandenburg sei nun von den Streifenden verfolgt worden und zur Fabrik zurückgelaufen. Dort habe er gesagt, er habe einen gestochen, der ihn angefaßt habe. Er habe sich nicht anders retten können und in Notwehr gehandelt. Widerspruch auch dieser Zeuge den Bekundungen aller anderen, die nun nochmals übereinstimmend erklärten, daß Kuhl den Angeklagten nicht berührt habe, so bestritt er doch deren bestimmte Angabe, daß Brandenburg ein großes Messer benutzt habe. Der Angeklagte habe ihm selbst ein solches Brotmesser gezeigt, mit dem habe er gestochen. Das vorliegende Taschenmesser sei es nicht gewesen. Weiter behauptet er, daß am Nachmittag der Angeklagte durch Streikposten bedroht wurde und daß auch Kuhl gegen Arbeitswillige Drohungen ausgeprochen habe. Der Zeuge Gendarm Schmöder hat aber ebenfalls hinter Brandenburg hergesehen und auch nicht bemerkt, daß ihn Kuhl bei der Schulter faßte. Nebenbei erklärte auch der nun vernommene Sachverständige Kreisarzt Dr. Seiffert, daß nach Lage des Stichkanals es ganz ausgeschlossen sei, daß Kuhl die unter allen Umständen übliche Wunde in eine Stellung erhalten haben könne, bei der er dem Angeklagten die Hand auf die Schulter legte. Weiter erklärte er, es könne die Wunde durch das vorliegende Taschenmesser verursacht sein, wenn es mit großer Gewalt gestochen und gewaltsam aus der Wunde gezerrt wurde. Wahrscheinlicher sei die Anwendung eines größeren Messers.

Neben der Frau des Angeklagten sollten dann noch weitere vier Zeugen befragt werden, daß der Angeklagte tatsächlich bedroht wurde. Sie können jedoch darüber alles zusammen nichts angeben. Nur Frau Brandenburg behauptete, daß vorher ein Arbeiter ihr gesagt hatte, sie solle ihren Mann nicht bei Weich arbeiten lassen: „Ihr Mann wird ja sehen was er dafür bekommt.“ Die Zeugin gibt dann auch zu, daß ihr Mann ein großes Messer habe, doch weiß sie nicht, ob auch zur Zeit der Tat.

Zum Schluß wurden noch zwei Arbeiterfrauen vernommen, die mit dem Angeklagten auf einer Biegelei gearbeitet hatten und ihn warnten, Streifbrecher zu werden, als er davon sprach, bei Weich in Arbeit zu treten. Diesen Zeuginen gegenüber hat Brandenburg gesagt: „Wenn mich ein Streifender anfaßt, würde mir wäre das ganz egal, ich würde ihm ein Messer in den Bauch stoßen und ihm die Gedärme vor die Füße legen.“ Trotzdem durch diese Beweisaufnahme die ganze Terrorismuslegende, die sich an diesen Fall knüpfte, schmächtig zusammengebrochen war, billigte der Staatsanwalt dem Angeklagten in weitgehendem Maße mildernde Umstände zu, denn der Angeklagte sei bedroht worden, Kuhl habe ihn angreifen wollen. Arbeitswillige würden in letzter Zeit öfters bedroht. Aber der Angeklagte könne nicht ohne Strafe bleiben, da er die Grenzen erlaubter Notwehr weit überschritten habe. Der Verteidiger ergriff sich darin, Terrorismusgeschichten auszumalen, und forderte schließlich Freisprechung. Nach kurzer Beratung vereinbarten, wie wir bereits telegraphisch gemeldet haben, denn die Geschworenen auch die Schuldfragen. Der Angeklagte wurde freigesprochen und aus der Haft entlassen.

Der Wahrspruch der Geschworenen muß empörend wirken. Ein Arbeiterleben durch einen vorbestraften Messerhelden vernichtet und der Täter freigesprochen, wiewohl seine Ausrede, er habe in Notwehr gehandelt, durch eine Anzahl Zeugen und durch den medizinischen Sachverständigen klar widerlegt ist! Wie kam das Schwurgericht zu dem „Nichtschuldig“? Die Geschworenen bestanden nicht aus Personen, die vom Volk aus allen Teilen der Bevölkerung gewählt waren, sondern sie bestanden aus Personen, die unter sorgfältiger Auscheidung der Arbeiterklasse aus den Reihen der der Arbeiterklasse entgegenstehenden Klasse entnommen waren. Die so zu Geschworenen ausgesiebten Rittergutsbesitzer, Domänenpächter, Fabrikanten und Beamte waren nur einer Klasse der Bevölkerung entnommen, waren also Klassenrichter. Sie standen ferner im Mann der Beeinflussung durch eine schamlose gegen Arbeiter und zum Mord gegen Arbeiter hegenden „Ordnungs“-Presse. Denn ist die Verhöhnung der Tat, die jetzt als Mord, zum mindesten als schwerer Totschlag klar erwiesen ist, durch jene Presse etwas anderes als der Versuch, zu rechtfertigen, daß Arbeiter menschenähnlich gemordet werden? Ist der Schrei „Schutz der Arbeitswilligen“ statt des Verlangens „Schutz gegen Arbeitswillige“ etwas anderes als Anstiften und Hegen zu Schandtaten und Begünstigung roher Mordtaten? Wer Mordern Gnade schenkt, wird selbst zum Mörder. Die Hege gegen die Arbeiterklasse macht den Schutz gegen Arbeitswillige dringend. Ungefühlt bleibt die ferne Erwähnung des braven Stettiner Arbeiters wie der im September 1910 von Polizisten begangene Totschlag an dem Arbeiter Herrmann und ähnliche Frevel. Soll die zum Himmel schreiende Rechtslosigkeit des Arbeiters ewig bleiben? Soll ewig Recht in Unrecht sich wandeln, wenn es um eines Arbeiters Recht, Gesundheit und Leben sich handelt? Der Stettiner Fall möge aufpeitschend auf alle die wirken, die einen Funken Rechtsgefühl auch Arbeitern gegenüber haben. Zusammenscharen gegen das Unrecht, das frech sein Haupt erhebt. Organisierung in den sozialdemokratischen Vereinen sei eine Parole gegen die Herrschaft des Meuchelmords und der Messerfischer sowie ihrer kapitalistischen Begünstiger und Nutznießer. An Stelle einer Klassenjustiz und Klassengesetze, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind, müssen wir mit verdoppeltem Eifer Gleichberechtigung, volles gleiches Recht für die Arbeiterklasse und für den einzelnen Arbeiter verlangen und rücksichtslos die Brandmarken, die dies Recht dem Arbeiter vorenthalten.

## Politische Uebersicht.

### Zur Ausländerhege an den deutschen Hochschulen.

Den Geisteshebeln in der „Deutschen Tageszeitung“ scheinen ihre eigenen Kräfte zur Hege gegen die ausländischen Studierenden nicht mehr auszureichen; sie holen sich deshalb Sulfur aus den gesinnungsverwandten Kreisen der russischen Pogromisten, auf deren Unterstützung sie schon durch die ganze Art ihres Auftretens rechnen können. „Ein russischer Akademiker“ erteilt dort dem preussischen Unterrichtsministerium Ratsschlüsse, wie der „ganzen Ausländerfrage“ ein „schnelles Ende“ zu bereiten sei. Wir haben gegen diese „Ermischung eines Ausländers in eine innere preussische Angelegenheit“ nichts einzuwenden, zumal sie geeignet ist, in der bisherigen polizeilichen Praxis, die in ähnlichen Fällen stets mit dem Knüttel dreinschlägt, Wandel zu schaffen. Und zudem zeigen die Ausführungen die Maßnahmen zum „Schutz“ der deutschen Hochschulen in ihrer wahren Gestalt als den Beginn eines planmäßigen Feldzuges gegen die russisch-jüdischen Studierenden, unter der Fahne des Antisemitismus und der religiösen Unabdsamkeit.

Der russische Gewährungsmann des Wandlerorgans argumentiert folgendermaßen: Der größte Teil der russischen Studierenden an den deutschen Hochschulen sind Juden, denen der Zutritt zu den russischen Hochschulen — infolge der bestehenden „Aufnahmemorm“ von 3 bis 5 Prozen. — so gut wie versperrt ist. „Ob nun — erklärt er — die russische Regierung ihre Pflicht tut oder nicht, ob sie einen Teil der Bevölkerung besser behandelt, als einen anderen — das geht uns in diesem Falle gar nichts an, das ist innere Angelegenheit Rußlands, in die wir uns nicht hineinmischen.“ Wie zartfühlend von dem „russischen Akademiker“! Ausschlaggebend ist für ihn die Tatsache, daß die russischen Juden, die eine ausländische Hochschule absolviert haben, das Ansiedlungsrecht im russischen Reich erwerben. Das ist nun freilich nicht ganz richtig, denn das ausländische „Diplom“ tritt nur nach Ablegung eines Staatsexamens an einer russischen Hochschule in Kraft. Immerhin, diese Judengesetzgebung, die ein Sechsmillionenvolk in dem „Ansiedlungsrauh“ zusammenpreßt, es der elementarsten Bürgerrechte beraubt und dem allmählichen Untergang preisgibt, soll, so will es die „D. Z.“ und ihr „Akademiker“ in Zukunft auch für Preußen gelten. Deshalb verlangen sie nichts weniger als die Ausdehnung der russischen Einschränkungen gegen die jüdischen Studierenden auch auf die deutschen Hochschulen! Man bringe auch in Preußen die Vorschriften des sächsischen Unterrichtsministeriums und der Universität München zur Anwendung, wonach nur Russen immatrikuliert werden, die mindestens ein Jahr an einer russischen Hochschule studiert haben. Da die Juden zu den russischen Hochschulen fast gar nicht zugelassen werden, so würden durch diese Bestimmung die Juden „einigermaßen ferngehalten“ werden.

Wir betrachten den oben erwähnten Vorschlag keineswegs als eine Zufallserscheinung. In diesem Sinne hat die konservative Presse schon mehrfach Andeutungen gemacht und Wünsche geäußert. Das Bohren unserer echten Preußen an dieser Stelle hat seine guten Gründe. Unsere „Gesetzgebung“ in der Ausländerfrage scheint sich in der Tat in der oben angedeuteten Richtung fortzubewegen. Ist dies der Fall, so habe man schon den Mut der Konsequenz! Man verstehe sich nicht hinter der jesuitischen Formel, für die der

echtrussische Gewährungsmann der „D. Z.“ plädiert. Herr v. Trost zu Solz erklärt klipp und klar, daß das preussische Unterrichtsministerium sich die russische Gesetzgebung als Muster genommen habe, und auf die jüdischen Studierenden aus Rußland dieselben „Aufnahmemormen“ ausdehne, die im Reich der Arzte üblich sind. Dann wird man wenigstens wissen, wie weit die Verwandtschaft der preussischen Reaktionäre und der russischen Pogromisten gediehen ist!

### Schleswig-Holsteinische Schulreaktion.

Die Regierung in Schleswig hat durch ihre reaktionäre Schulpolitik schon oft von sich reden gemacht. Nach den Reichstagswahlen von 1907 drangfallerte sie einen Schulleiter aus König, der während der Wahlbewegung in einer von freisinniger Seite einberufenen Wählerversammlung die Protowahlerpolitik geißelt hatte. Vor mehreren Jahren hatte die organisierte Arbeiterschaft Kiels Unterrichtskurse im Deutschen veranfaßt und als Lehrer dafür mehrere Volksschullehrer gewonnen. Den Lehrern wurde von der Regierung die Erteilung dieses Unterrichts verboten. Die aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts stammende verstaubte und vermoderte Verordnung, nach der für die Erteilung von Unterricht an Schulpflichtige die Genehmigung der zuständigen Schulbehörde nötig ist, wird in Schleswig-Holstein nicht nur für Arbeiter-Turnvereine angewandt, selbst Vah- und Hochschulen mühen daran glauben, wenn die Lehrerin in den Verdacht kam, ihre Sympathien könnten der dänischen Volksbewegung in Nord-Schleswig gehören. In allerjüngster Zeit hat nun die Regierung in Schleswig, Abteilung für Schulsachen, zwei neue Wälen in den Krang ihrer „gloriosen“ Schulpolitik gestrichelt.

Für die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volkszeitg.“ schrieb seit fünf Jahren ein Kieler Volksschullehrer die Theaterkritiken. Der literarisch und musikalisch hochgebildete Herr, Rathmann ist sein Name, hatte sich durch die strenge Sachlichkeit und den künstlerischen Wert seiner Kritiken Ansehen beim Publikum wie bei den Künstlern erworben. Die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ hatte dem Mann für seine Arbeiten vollständig freie Hand gelassen. Sie hat nie den geringsten Versuch unternommen, ihn zu irgend welchen politischen Zugeständnissen zu nötigen. Trotzdem hat der Regierungspräsident den Lehrer Rathmann gezwungen, seine Arbeit als Kritiker einzustellen, weil er diese nebenamtliche Tätigkeit gewerbmäßig ohne vorherige behördliche Genehmigung ausgeübt habe.

Es handelt sich um eine glatte Maßregelung. Die Tätigkeit als Theaterkritiker ist dem Volksschullehrer Rathmann nur deshalb verboten worden, weil er für ein sozialdemokratisches Blatt schrieb. Dafür spricht die notorische Tatsache, daß es in Kiel viele Lehrer gibt, die Nebenbeschäftigung betreiben, ohne daran zu denken, dafür die Genehmigung der vorgesetzten Behörde einzuholen. Da gibt es Lehrer, die Kalligraphie betreiben und Grundstücksverkäufe vermitteln; andere, deren Privatstunden, die sie erteilen, den Umfang der amtlichen Unterrichtsstunden erreichen; solche, die für bürgerliche Zeitungen und Zeitschriften schreiben usw. Kein Regierungspräsident kümmert sich darum. Wäre der Volksschullehrer Rathmann ein eifriger Förderer und Mitarbeiter bei Jugendwehr- und Pfadfindervereinen gewesen, hätte er sich möglichst bei patriotischen Vereinstellungen hervorgetan, vielleicht gar hurrapatriotische Reden gehalten, er würde die Gunst der hohen Regierung gewonnen haben.

Ein anderer Fall: Vor einigen Wochen veröffentlichte ein bürgerliches Lokalblatt in Kiel eine Notiz, daß in den Kieler Mittel- und Volksschulen vor kurzem die Leitung des Religionsunterrichts durch die Organe der Kirche dahin neu geordnet worden sei, daß jedem Geistlichen der verschiedenen Pfarrbezirke die in seinem Bezirk liegenden Schulen zur Beaufsichtigung zugewiesen werden. Die sozialdemokratische Kathausfraction verlangte nun in einer Interpellation in einer Sitzung der städtischen Kollegien Auskunft über die Angelegenheit und besonders auch darüber, welche Beweggründe zu der Neuordnung geführt und welche Rechtsgründe sie hat und warum die städtischen Kollegien vorher nicht mit der Angelegenheit beschäftigt worden sind. Aus der Antwort der beiden Bürgermeister und aus den Feststellungen des sozialdemokratischen Stadverordneten Adler in der Besprechung der Interpellation ging folgendes hervor: Die Regierung in Schleswig hat auf Ersuchen des Kieler Konsistoriums einfach die Neuordnung verfügt. Für die Teilnahme der Geistlichkeit an der Leitung des Religionsunterrichts in den Schulen läßt sich eine Begründung aus gesetzlichen Bestimmungen gewinnen, nicht aber für die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts in den Schulen. Die Schulaufsicht ist weltlich und wird nur vom Staat ausgeübt. Selbst dort, wo es geistliche Schulpfektoren gibt, was natürlich in Kiel nicht der Fall ist, üben die geistlichen Schulpfektoren die Aufsicht nur im Auftrage des Staates aus. Praktisch liegt die Sache in Kiel nun so: Bisher war ein Geistlicher mit der aus den gesetzlichen Bestimmungen sich ergebenden Teilnahme an der Leitung des Religionsunterrichts betraut. Das heißt, dieses Recht wurde eigentlich nur formell ausgeübt. Jetzt ist jedem Geistlichen der verschiedenen Pfarrbezirke nicht nur die Teilnahme an der Leitung, sondern auch die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts zugewiesen worden. Es handelt sich also um einen offensbaren Vorstoß zur stärkeren Beeinflussung des Unterrichts an den Mittel- und Volksschulen, ein Vorstoß zur stärkeren Verpfassung der Schulen.

### Der Modernisteneid.

Die Tragweite des Modernisteneides, so schreibt das reformkatholische „Neue Jahrhundert“ in seiner Nr. 40, erkennen viele erst jetzt allmählich infolge einzelner in seiner Konsequenz liegenden vatikanischen Akte gegen die historischen Zweige des theologischen Wissenschafts- und Studienbetriebs. Die Ablehnung des Lehrluges der Kirchengeschichte von F. X. Funk sei in dieser Beziehung recht lehrreich. Das „Neue Jahrhundert“ zitiert Darlegungen eines ungenannten Katholiken in der Nr. 423 des „Schwäbischen Merkur“. Dort wird Funkts Werk als hochangesehenes Lehrbuch bezeichnet, in dem Funkt seine Lebensarbeit von fast 40 Jahren niedergelegt hat; ein Buch, das 25 Jahre lang im offiziellen und approbierten Gebrauch verschiedener Länder war. Seine plötzliche Abschaffung bedeute die schärfste Verächtlichmachung aller der Vorkämpfer, die Funkts Buch bisher gebilligt haben, einen der schwersten Funkschläge, die die römische Kurie unter Pius X. gegen die katholisch-theologische Wissenschaft geführt hat, eine Diskreditierung der studierenden Theologen. „Das Verbot der Funktschen Kirchen- und Kirchengeschichte sei ein Akt, aber den die Katholiken sich auf tiefste Gedanken mühen, ob man ihn vom wissenschaftlichen oder vom pädagogischen oder vom Autoritätsstandpunkt an betrachte.“

Das Verbot wird als ein Zugeständnis an die dogmatische Methode der Jesuiten und Dominikaner im Gegensatz der historisch-empirischen Methode hingestellt. Als man im Jahre 1910 die Harmlosigkeit des Modernisteneides behauptete, habe man die ganze Öffentlichkeit, besonders auch die Regierungen, getäuscht.



## Steuerdebatte im bayerischen Landtage.

Die durch die Zentrumsinterpellation veranlaßte Debatte über den Steuerabzug füllte nicht nur die Sitzung vom Mittwoch aus, sie wurde auch am Donnerstag noch nicht zu Ende geführt. Der Finanzminister antwortete in einer fast zweistündigen Rede auf die Beschwerden über die Veranlagung der Steuern. Er verminderte jeden Angriff auf das Zentrum, von dem doch die Beschwerden ausgingen; dafür richtete er Angriffe gegen die Liberalen, die die Steuerreform als Zentrumsmaßwerk bezeichnet hatten. Der Minister wandte sich entschieden gegen das Verlangen einer Vermögenssteuer. Er deutete an, daß schon bei der Einziehung des Wehrbeitrages die Besitzenden merken würden, was eine Vermögenssteuer bedeute. Die ganze Steuerreform, so erklärte er, habe eine Abwälzung der Lasten von dem Lande auf die Städte bezweckt.

Genosse v. Haller ergriff nochmals das Wort, um die Zentrumsamäbie gegen den Steuerabzug im einzelnen nachzuweisen. Haben doch Zentrumsredner sogar Beschwerden über Bestimmungen der Steuererlasse erhoben, die durch die eigene Schuld des Zentrums entgegen Anträgen der Sozialdemokratie in das Gesetz hineingekommen waren. Da die Zentrumsredner die Mißstände im Steuerabzug als einen Augiasstall bezeichneten, der ausgeräumt werden müßte, so schloß Haller seine Rede mit der Bemerkung, der Augiasstall sei das Zentrum selbst, das ausgemistet werden müßte. Es entstand große Unruhe und Haller erhielt einen Ordnungsruf.

Wie feindselig das Zentrum gegen jede Besitzsteuer ist, erhellt daraus, daß die Erklärung des Finanzministers gegen eine Vermögenssteuer die lebhafteste, stürmischste Zustimmung des Zentrums fand.

Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt. Es werden dann die Interpellationen und die Anträge über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenfürsorge verhandelt.

## „Soziale Fürsorge“ in einer Zentrumsdomäne.

In einer Anzahl Städte des Ostens ist die Wohnungsnot so groß, daß in diesem Jahre am 1. Oktober wieder eine Anzahl Familien obdachlos waren und in Kasernenquartieren untergebracht werden mußten. In der katholischen Kreisstadt Heilsberg (Ostpreußen), einer sicheren Zentrumsdomäne, waren es zwanzig Familien (für die kleine Stadt eine erhebliche Zahl), die keine Wohnung finden konnten. Das Zentrumssblatt, die fromme „Warmlia“, die „für Thron und Altar“ kämpft, teilt in einer Notiz von sieben Zeilen mit, daß „die Kernten zum Teil unter freiem Himmel kampieren müssen“!!

Also soweit sind wir in unserem „christlichen Staate“, im Zeitalter der sozialen Fürsorge“ bereits gekommen. Die Familien müssen in dem rauhen Ostpreußen, im Oktober, wo bereits die Kältefröste einlegen, im Freien kauen. Und das geschieht in einer Stadt, in der man die christliche Religion der Nächstenliebe besonders pflegt, in der sich die Geißlichkeit der Schäflein liebevoll annimmt und in der man in diesem Sommer zur Gedung des Patriotismus“ viele tausende Mark ausgegeben hat. Die Stadt bekam ein großes Hujarendenmal, das für alle Zeiten ein bereites Wahrzeichen für die gottesfürchtige, waterlandsliebende und königstreue Gesinnung der Bevölkerung des ganzen Kreises“ sein soll. Für die Errichtung dieses „Wahrzeichens“ — es stellt in echt christlicher Weise den Moment dar, in dem ein preussischer Wachmeister einen französischen Säbuzich niedersticht — haben sich besonders die Behörden ins Zeug gelegt. 12.000 Mark floßen allein aus freiwilligen Spenden zusammen. Tausende Mark wurden für Festmähler, Festspiele und Straßenausmähdungen ausgegeben. Sechs Generäle, 30 Kriegervereine, die Geißlichkeit beider Konfessionen und ein Mitglied der Hohenzollernfamilie wohnten der Enthüllung des Denkmals bei. Der Landrat hielt die Festrede. Und jetzt, wo der Jubel verhaucht ist, erblickt man die Schriftreihe der Bedauile. Die Behörden, die unangeseht um die Errichtung des Denkmals bemüht gewesen sind, haben die Folgen der Wohnungsnot völlig außer acht gelassen und nicht einmal für die allermodernsten Obdachlosensquartiere gesorgt. Und die fromme „Warmlia“ spricht nur die leise Hoffnung aus, daß die Kernten bald ein Unterkommen finden mögen. Sonst hat das Zentrumssblatt an diesem gottgewollten Jubiläum nichts anzusetzen. Das ist die „soziale Fürsorge“, die von den Zentrumschristen für die Armen entfaltet wird.

## Feldwebel als Betrüger.

Wegen Betruges und Unterschlagung verurteilte das Oberkriegsgericht zu Allenstein den Feldwebel August Zämer zu einem Jahre, den Stabsfeldwebel Jaglowski zu 1 1/2 Jahren und den Feldwebel Wankle zu neun Monaten Gefängnis. Gegen alle drei, die im Infanterieregiment Nr. 150 dienten, wurde auch auf Degradation erkannt. Jaglowski hatte die Rachweise über die Verpflegungsrationen nachsprühen. Hierbei hatte er stets die Gesamtsumme um 100 bis 200 M. höher angegeben. Zämer erhielt die geänderten Rachweise und fassierte den ganzen Betrag ein; in die Wehrbeiträge teilten sich die beiden. Insgesamt haben sie in zwei Jahren gegen 1000 M. unterschlagen. Wankle behielt auch noch die Wohnung der Mannschaften, die mit Wehrbeitrag beurlaubt waren, für sich. Auch Wankle betrug sich an solchen Mannschaftenslöhnen. Fünf Tage mußte das Oberkriegsgericht verhandeln, um den Tatbestand festzustellen.

## Die Balkanfragen.

### Der griechisch-türkische Streit.

Saloniki, 9. Oktober. (Meldung des Wiener R. R. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In hiesigen maßgebenden Kreisen betrachtet man die in den türkisch-griechischen Verhandlungen eingetretene Pause als Zeichen eines gewissen Abflauens der scharfen Krise und ist der Ansicht, daß die Aussichten einer friedlichen Austragung der vorliegenden Differenzen gestiegen sind. Es wird hierbei jedoch hervorgehoben, daß der Ernst der Lage noch nicht ganz geschwunden ist und Ueberraschungen immerhin eintreten können.

### Demobilisierung der Türken.

Konstantinopel, 9. Oktober. Durch einen Erlass des Sultans ist die Demobilisierung angeordnet worden. Die Orientbahn wurde beauftragt, zu diesem Zwecke täglich fünfzig Waggons bereitzustellen.

### Die Serben überschreiten die Grenze.

Wien, 9. Oktober. Die „Südslawische Korrespondenz“ meldet aus Belgrad: General Jowankowitsch hat den Befehl erteilt, die albanische Grenze zu überschreiten und den Feind bis ins Innere Albaniens zu verfolgen.

## England.

### Der Kampf um Homerule.

London, 9. Oktober. Der Erste Lord der Admiralität Winston Churchill hielt gestern in Dundee eine Rede, in der er sich gegen die Aufwiegungen der Opposition zu Streit und Krieg in Ulster und gegen den Vorschlag eines Boykotts der Territorialarmee wandte. Er erklärte, Homerule werde Gesetz werden. Es würde ein Unglücksstog sein, wenn die Regierung sich selbst so schwach zeigen sollte, um der Gewalt irgend einer Gruppe des Volkes feige nachzugeben. Der Minister fuhr fort: Innerhalb der nächsten zwei Jahre, also bevor Homerule voll wir-

sam sein kann und bevor irgend ein Gesetz vom irischen Parlament angenommen werden kann, müssen allgemeine Wahlen stattfinden. Sollte ihr Ergebnis eine Verhinderung der Macht sein, dann würden die Unionisten die Maßnahmen widerrufen können, und das ist unsere Antwort auf ihre Beschwerden. Wenn die Annahme von Homerule von einer Majorität zu nichte gemacht würde, welche die gefegloste Minderheit hätte, ein Kaufbold-Veto einzulegen, das willkürlicher sei als das Veto der Krone, das seit 300 Jahren abgeschafft sei, dann würde die Konstitutionelle und parlamentarische Bewegung und die Abstellung von Mißständen überall im Reiche und in der ganzen zivilisierten Welt in schlechten Ruf gebracht und verhöhnt sein. Gegen eine solche Gefahr, gegen solche zügellose Ansprüche sei die Regierung bereit, alle notwendigen und geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Aber erfreulicherweise seien auch Anzeichen einer Wendung zum Besseren vorhanden. Er habe jüngst in einem Teil von Ulster die Reizung gesehen, die Forderungen einzuschränken durch die Beanspruchung einer besonderen Berücksichtigung von Nordost-Irland. Dieser Anspruch sei sehr verschieden von dem, Homerule zu hemmen, und dem ganzen übrigen Irland den Weg zu veripieren. Es sei ein Anspruch, der, wenn er aufrichtig verfolgt würde, nicht ignoriert werden könne.

## Holland.

### Gemeinderat und Lehrerkollegium.

Aus Amsterdam wird uns berichtet: Die in diesem Sommer gewählte sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung der holländischen Hafen- und Fabrikstadt Zaandam, die sofort den Achtstundentag für den Gemeindegewerkschaften einführte, hat einen neuen Schritt getan, der die helle Wut der ganzen Merikalen und auch liberalen Reaktion hervorgerufen hat. Das Schöffengericht, in welchem unsere Parteigenossen natürlich jetzt auch die Mehrheit haben, hat nämlich den Berufsverein der Lehrer, der den ständigen Angriffspunkt aller Reaktionen bildet und der oft mit unserer Partei und mit den modernen Gewerkschaften für politische Zwecke zusammen arbeitet, ersucht, ihm fortan für alle Unterrichtsfragen, die in der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung vorliegen, ein Gutachten abzugeben. Daß hierdurch die sehr fortschrittlich gestimmte Lehrervereinigung als die offizielle Beraterin eines Gemeindevorstandes fungiert, hat die Prejudizanten, laut ihrem starken Gebrüll, offenbar fast zur Verzweiflung gebracht.

## Amerika.

### Die Kämpfe in Mexiko.

New York, 9. Oktober. Nach einer Depesche aus Mexiko bestätigten Privatnachrichten ein Gerücht, demzufolge die Aufständischen ein großes Massaker unter den Spaniern angerichtet hätten. Es sollen 175 Spanier getötet worden sein.

## Aus der Partei.

### Die Organisationen über den Parteitag.

Die Parteigenossen in Frankfurt a. M. diskutierten in zwei gutbesuchten Versammlungen, deren letzte am Dienstag bis nachts 1 Uhr sich hinzog, sehr lebhaft über die Beschlüsse des Parteitags. Die Auseinandersetzungen drehten sich fast nur um die Massenstreik- und die Steuerfrage. Die Frankfurter Delegierten hatten in diesen Fragen auf dem Parteitag eine geteilte Haltung eingenommen. Dasselbe Bild gab auch die Debatte: die Hälfte der Redner trat entschieden für die Beschlüsse des Parteitags ein, während ein anderer Teil der Redner den Standpunkt der Minderheit vertrat. Besonders wandten sich führende Genossen in der Gewerkschaftsbewegung gegen den Massenstreik, dessen Durchführung zurzeit noch nicht möglich sei. Demgegenüber betonte Genosse D i h m a n n, wenn man abwarten wolle, bis die Voraussetzungen der Vorstandsresolution gegeben seien, dann könnte man bis zum St. Rimmerleinstag warten. Der Massenstreik müsse als Kampfmittel für die Erringung eines besseren Wahlrechts in Preußen angewendet werden, denn man habe keine anderen Mittel mehr. Genosse K r e m s e r sagte, gegenüber dem Wortgeklänge in der Resolution Luxemburg müsse man vorsichtig sein. Daß oft gebremst werde, liege daran, daß die Führer weiter schauen, als die, die nur den Boden betrachten, auf dem sie stehen. Jeder wünsche, daß es vorwärts gehe, aber nicht mit leichtfertigen Maßnahmen.

Genosse D r. Quard betonte, die Abstimmung über die Resolutionen zur Massenstreikfrage habe sich nicht um deren Wortlaut gedreht, sondern um die Frage, ob man gut tue, unterantwortliche Reden über Dinge zu halten, die man zurzeit nicht durchführen könne. Daß der Massenstreik eine revolutionäre Waffe bei den Kämpfen der Zukunft sein werde, darüber habe kein Mensch gekritzelt. Jetzt drehe es sich aber nur um die Frage, ob es politisch klug sei, mit dieser Waffe nur zu rufen, oder ob man sich nicht besser rüste, bis man das Schwert niedersinken lassen könne, daß es auch Wunden schlage.

Redakteur H a m m e r verteidigte den Standpunkt der Minderheit auf dem Parteitag. Man dürfe die Anhänger des Massenstreiks nicht gleich unter die Syndikalisten und Putschisten werfen.

Genosse C o h e n ist Anhänger des Massenstreiks, der aber nicht zu ungeeigneter Zeit angewandt werden dürfe. Die Vorstandsresolution sei nach den Kommentaren, die dazu gegeben worden seien, viel gefährlicher als die Resolution Luxemburg, für die er gestimmt habe. Der Augenblick zum Kampf sei erst dann gekommen, wenn aus den Massen heraus die Flamme der Empörung lodere. Genosse D r. Levi hat für die Resolution Luxemburg gestimmt. Er glaubt, daß bei einem Massenstreik auch die Inorganisierten für unsere Ziele gewonnen würden. Könne man nicht auch sagen, vom Streit zur Organisation, anstatt umgekehrt?

Gegen diese Auffassung wandten sich sehr scharf die Genossen D r e n e c k e und K i r c h n e r.

Wie in der Massenstreikfrage, so gingen die Meinungen auch in der Steuerfrage auseinander. Doch schien in dieser Frage die Mehrheit der Redner auf Seiten der Fraktion zu stehen. Genosse D r. Quard sagte unter Zustimmung, man hätte, anstatt die Zustimmung der Fraktion zu den Besitzsteuern zu bekräftigen, den Kampf gegen die Militärvorlage energischer aufnehmen müssen und die Regierung viel bestiger wegen der Ablehnung unserer Forderungen bedrängen sollen. Die Besitzsteuern seien ein riesiger Erfolg für die Fraktion, sie bedeuteten eine Wendung in dem bisherigen Steuer-system. Genosse D i h m a n n betonte, auch die Besitzsteuern würden aus den Knochen der Arbeiter geholt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Eine sehr anregend verlaufene Versammlung in Breslau beschäftigte sich mit den Steuerfragen. Genosse C o r n s t e i n hatte das Referat übernommen, in dessen Verlauf er seinen Standpunkt zu den Reichsteuern darlegte. Bekanntlich zählt Cornstein zu der Minderheit in der Fraktion, die den Wehrbeitrag und die Besitzsteuern nicht bewilligen wollte; die Breslauer Genossen aber haben sich wiederholt in öffentlichen Kundgebungen auf den Standpunkt der Fraktionsmehrheit gestellt. Dieser Standpunkt wurde nun auch in der Diskussion von den Genossen L ö b e und D a r f vertreten. Die Breslauer Genossen erhoben gegen ihren Abgeordneten keinerlei Vorwurf, nur könnten sie in diesem einen Punkte seine Auffassung nicht teilen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Parteisekretär K ä l l e r als Vorsitzender erklärte zum Schluß nochmals, daß es durchaus nicht in der Absicht

der Breslauer Genossen gelegen habe, ihren Abgeordneten zu einer Versammlung kommen zu lassen, um Wortworte gegen ihn zu erheben. Genosse C o r n s t e i n habe vielmehr selbst den Wunsch geäußert, sich mit seinen Wählern auszupreden, wozu seine Anwesenheit beim Städtetag in Breslau die beste Gelegenheit geboten habe.

## Die neue Arbeiterbewegung in Neuseeland.

Eine neue Welle der australischen Arbeiterbewegung bezeichnet der Kongreß, den die verschiedenen Arbeiterorganisationen Neuseelands vom 15.—22. Juli in Wellington abgehalten haben und der von 380 Vertretern von etwa 60.000 organisierten Arbeitern besucht war. Bis her war die Arbeiterchaft dieser ausblühenden Kolonie überwiegend in der Vereinigten Arbeiterpartei (United Labor Party) organisiert, die, der Arbeiterpartei des australischen Festlands entsprechend, im wesentlichen auf dem Boden des bürgerlichen Radikalismus stand und sowohl die gewerkschaftliche wie die politische Organisation der Arbeiterchaft bestimmte. Daneben stand die weit schwächere Arbeitervereinigung (Federation of Labor) auf dem Boden des Massenlampfes. Dingu kam vor kurzem als ausschließlich politische Organisation die Sozialistische Partei. Dieser Zustand der Zerplitterung und der liberalen Arbeiterpolitik hat sein Ende gefunden mit dem Kongreß, der sich mit überwältigender Mehrheit auf den Boden der einheitlichen sozialistischen Organisation gestellt hat.

Obwohl nur 68 Delegierte der Arbeitervereinigung und 12 der sozialistischen Partei angehörten, unterlagen die Vertreter der überlieferten Politik in allen Fragen gegen Zweidrittel- bis Dreiviertelmehrheiten, und der feierliche Austritt von 12 bis 15 Anhängern des Alten brückte dem Wandel der Dinge den Stempel auf. Der Kongreß beschloß die Zusammenfassung der gesamten Arbeiterchaft in zwei einheitliche, unabhängige, aber im Einverständnis und auf dem gemeinsamen Boden des Massenlampfes vorgehenden Organisationen: den gewerkschaftlichen Vereinigten Arbeiterverband (United Federation of Labor) und die politische Sozialdemokratische Partei, die beide die Grundsätze des internationalen Sozialismus anerkennen. — Ferner wurde in der wichtigen Schiedsgerichtsfrage der überlieferten Auffassung eine entschiedene Abgabe erteilt. Er sprach sich gegen das mit dem obligatorischen Schiedsamt, dessen Einführung von der bürgerlichen Sozialpolitik als Gewähleistung des „sozialen Friedens“ begrüßt worden ist, verbundene Streikverbot aus und beschloß die Anerkennung des Streiks als Kampfmittel, das gründlich vorbereitet und nötigenfalls als Generallstreik für das ganze Land zur Anwendung kommen soll. Dieser Beschluß führte zum Austritt der konservativen Delegierten.

Man darf erwarten, daß dieses entschiedene Vorgehen der Arbeiter Neuseelands auch auf die Bewegung im australischen Bundesgebiete, die noch ganz von der Arbeiterpartei“ beherrscht, jedoch auch schon immer mehr von sozialistischen Gedankengängen durchläutert wird, seine vorwärtsdrängende Wirkung ausüben wird.

## Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

### Ein scharfmacherischer Anonymus.

Vor einigen Wochen wurde in Köln ein Flugblatt verbreitet und in den verschiedenen Werkstätten und Fabriken auch angeschlagen, das die Heberkrift trug: „Wo bleiben die Kölner Arbeitergroßen?“ Der Inhalt dieser Flugkrift beschäftigte sich mit den Abrechnungen der Kölner Gewerkschaften im Jahre 1912. Es wurde u. a. behauptet, die Kölner Gewerkschaftsmitglieder hätten im Jahre 1912 nur 29 Proz. ihrer Beiträge an Unterstützung erhalten, während alles übrige für Verwaltungskosten ausgegeben oder an die Hauptkasse gefandt worden sei. Zu diesem Ergebnis kam der Verfasser dadurch, daß er die Beiträge um über 178.000 M. zu hoch und die Unterstützungen aus der Hauptkasse um über 284.000 M. zu niedrig angab. Das Flugblatt war anonym, nicht einmal ein Verleger oder Drucker war angegeben. Man zerbrach sich in den Kreisen der Kölner Gewerkschaftsmitglieder den Kopf, wer wohl dieser zurückhältliche Anonymus sein konnte, und die „Rheinische Zeitung“ brandmarkte ihn als gemeinen Verleumder, um ihn zu nötigen, mit seinem Namen an die Öffentlichkeit zu treten. Jetzt nach sechs Wochen hat sich als Verfasser endlich ein Herr D r. P a u l S t e l l e r, der Geschäftsführer des Bundes der Industriellen in Köln gemeldet und hat den verantwortlichen Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ wegen Verleumdung verklagt.

## Letzte Nachrichten.

### Ein spanisch-französisches Bündnis.

Madrid, 9. Oktober. (W. G.) Der „Diario Universal“, das offizielle Organ des Grafen Romanones, veröffentlicht heute abend einen längeren Artikel über die Stellung der politischen Parteien in Spanien zu einer Entente mit Frankreich und erklärt u. a., daß die Konservativen, die bisher stets gegen eine französisch-spanische Bündnispolitik gewesen sind, ihre Ansicht geändert haben, und nunmehr eine Entente lebhaft begrüßen würden.

### Unruhen auf Samos.

Konstantinopel, 9. Oktober. (W. G.) Auf der Insel Samos ist eine Revolte ausgebrochen. Die Einwohner der Insel haben sich in zwei Parteien gespalten. Die einen sind für Griechenland, die anderen für die Türkei. Der seit Ausbruch des Krieges eingesezte griechische Gouverneur ist dem Ausstand zum Opfer gefallen. Der Oberrichter ist bereits vor einigen Tagen ermordet worden. Zwei griechische Torpedoboote umfahren die Insel, um die Flüchtlinge am Verlassen derselben zu verhindern.

### Strengere Behandlung der Suizidateten.

London, 9. Oktober. (W. T. A.) Das Ministerium des Innern hat eine Erklärung veröffentlicht, daß die Anhängenden des Frauenstimmrechts Mary Richardson und Rachel Peace, die in der letzten Woche das Hampton-Haus bei London in Brand gesteckt haben und im Gefängnis die Nahrungsaufnahme verweigert haben, nicht auf Grund des Gesetzes in Freiheit gesetzt werden würden, welches die zeitweise Entlassung wegen Hungerstreiks erlaubt. Als Grund wird angegeben, daß ihre Freilassung gefährlich sein würde. Die Gefängnisbehörden sind angewiesen worden, nötigenfalls eine zwangswise Ernährung durchzuführen. Die Erklärung deutet an, daß die erwähnte Gesetzesbestimmung in Zukunft nur in Fällen leichter Vergehen Anwendung finden soll.

### Proteste gegen den Ritualmordprozess.

Petersburg, 9. Oktober. (W. G.) Um gegen den Prozess Weiss zu protestieren, finden allenthalben Arbeiterdemonstrationen statt, besonders in Kiew, Warschau, Riga und Petersburg. Auch haben bereits einige den Ausstand erteilt. Eine große Demonstration fand an der Universität in Petersburg statt, wo ein Auktoral verteilt wurde. In Kiew fanden Unruhen statt, doch ist dort die Polizei verstärkt worden.

### Hafenarbeiterstreik in Spanien.

Sueva, 9. Oktober. (W. T. A.) Die bei dem Bau des Hafens beschäftigten Arbeiter beschloßen, in den Ausstand zu treten. Daraufhin haben die Hafenarbeiter sich solidarisch erklärt und streiken ebenfalls.



# Leineweber

Berlin C

Kölnische Fischmarkt 4-5-6 Kölnischer Fischmarkt 4-5-6 Fischerstraße 1



Die in den großen  
Eckschaufenstern  
Kölnischer  
Fischmarkt 4

ausgefellten

blaugrauen  
und braunen

## Ulster

im Preise von

**25.- M. bis 85.- M.**

bieten das Neueste in Stoffen,  
Fassons und Farben der Saison



**Knaben- und  
Jünglings-Kleidung**

nur in eigenen Betriebs-Werk-  
stätten hergestellt, ist preiswert  
und unübertroffen in Sitz und  
solider Verarbeitung

Große Auswahl □ Gute Passform □ Billige Preise  
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig aus 10 Pf. Anweisung frei  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Sanfztrakt.)

**Dr. H. Unger in Würzburg.**

Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-  
Apothek, Barnimstr. 33. — So nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

### Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata. Blutuntersuchung.  
Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise.  
**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor).  
Sprechst. 8-9, 11-2, 5-8, Sonnt. 8-9.



**Haarblondin**  
das Ideal Waschpulver  
für helles u. dunkles Haar  
1 Paket = 25 Pl. Nur  
echt m. d. Feuerkranz.  
Zu haben in Drogerien.  
**Fritz Kratz, Berlin N.**  
Reinickendorferstr. 119

### Zigarrengeschäfte

mach' ich aufmerksam auf meine Kantabak-Spezialitäten:

**Skandia-Skraa**  
und  
**Solidaritäts-Tabak**

**Max Ziegenhals, Neue König-Strasse 70**  
(Königsstadt: 3047).  
Zämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken,  
Zigarren zu billigsten Preisen.

Spüle  
mit  
**Henkel's**  
Bleich-Soda.

Nur ein Preis!  
Frühe fette Junge, 7-15 Pf. Schwere  
**Gänse** pro 72 Pf.  
Nur allererste Qualität!  
Gänserümpfe, 1/2 Gänse, 1/4 Gänse,  
Suppenhühner, Bratbühner, Lenden  
empfiehlt  
**F. Wegner, Berlin SO.**  
nur Mariannenstr. 34.



Was ich mir  
zum Putzen hol'?  
Einzig und allein

# Blendol



Der gute Metallputz.

In Glas- u. Blechflaschen überall erhältlich. — Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch **Mann**  
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekanntesten Firma  
**Kohnen & Jöring, Berlin 49.** **Arbeitskleidung - Berufskleidung.**  
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66.  
Neuere billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstraße 69

Soeben erschienen:

## Völkerschlachten und Klassenkämpfe

Urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier  
gesammelt von  
**A. CONRADY**  
Erster Teil  
Leinenband 1.— Mark gebunden

Der zweite Teil erscheint in wenigen Tagen!



Gewerkschaftliches.

Ein Unternehmerurteil über die „nützlichen Elemente“.

Mühte man den offiziellen Mitteilungen der bürgerlichen Blätter und den Erklärungen des Stettiner Magistrats glauben, so wäre es mit der Arbeit im dortigen Hafen wohl bestellt. Gesberg's verwegene Gestalten verrichteten treu und brav ihre Arbeit und der Streik berührte den Hafenbetrieb nicht. Gegenteilige Behauptungen der Streikleitung werden als unwahr hingestellt. Die Wahrheit über die Streiklage dürfte aber vielleicht doch als bestätigt gelten, wenn der dritte Interessierte, die Spediteure, vertraulich sich darüber äußern. Plog und da ein Schriftstück des Stettiner Spediteurvereins zu, das anscheinend einen Bericht an die Spediteure im Reich bildet. Weniger interessiert uns der Bericht über den Streik selbst, als die Charakterisierung der Streikbrecher und ihrer Arbeit, wodurch zugleich das Verhalten des Magistrats in ein sonderbares Licht gerückt wird. Hören wir:

„Der während des Streiks durch die auswärtige Streikbrechermannschaft geleistete Rohbeleg

kann naturgemäß nicht anders als mangelhaft sein, zumal es sich nicht nur um körperliche Arbeit, sondern zugleich um die unentbehrlichen Dienste des gleichfalls teilweise streikenden Aufsichtspersonals (z. B. der Leute, die die Güter unter Austausch der Quittungen abnehmen und herausgeben) handelt. Es sind zusammengelaufene, nicht besonders kräftige, ungeübte Leute, die durchschnittlich zwar das Doppelte des regulären Lohnes kosten, aber nur etwa die Hälfte leisten von dem, was geübte Leute schaffen, so daß die Arbeit etwa viermal so viel wie sonst, in vielen Fällen mehr kostet und ungeachtet der noch größeren Anzahl Leute langsamer und unregelmäßiger vorhatten geht.

Alle Arbeit geschieht unter Polizeischutz. Vielfach arbeiten die Kontorpersonale mit. Wir, gleich allen andern Spediteuren, nehmen die Bohheit der Streik Klausel in den Verträgen und Gebrauchen in Anspruch, führen also während der Dauer des Streiks und seiner Wirkungen Geschäfte für Rechnung und Gefahr der Auftraggeber bestmöglichst aus und berechnen die vom Magistrat erhobenen doppelten Rohgebühren und die nach Lage jedes Falles so billig wie, tunlich eingerichtete Streikzulage.

Die Störungen erstrecken sich nicht allein auf die Raie, wo sie verhältnismäßig noch am besten ausgeglichen werden, obwohl über beträchtlichen Verzögerungen, sondern auch auf den Vordüverschlag aus den Seeschiffen in Nähe und umgekehrt, zumal die Schiffleute (Stauer, im Schiffsraum und Schiffbold) zwar nicht streiken, aber mit den streikenden Arbeiterkategorien sympathisieren und deren arbeitswillige Erfolge teils wegefallen, teils mit ihnen, wie erforderlich, nebeneinander zu arbeiten sich langsam weigern. Dadurch wird die Lage besonders verschärft. Nicht minder herrschen die Störungen an den antiken Speichern und den privaten Lagerhäusern, weil die Boden- und Lagermeister zu den Streikenden gehören. Erst recht an den offenen Vollwerken, wo kein Gleisanschluß und keine Absperrung vorhanden, muß jeder Arbeitswillige von einem Polizisten eskortiert sein und die Kosten betragen das Dreifache der gewöhnlichen und mehr.

Die regelmäßigen Dampferlinien sind bemüht, den Verkehr im Gange zu erhalten. Seit mehreren Tagen ist noch empfindlicher Wagonmangel hinzugekommen, dem ungeachtet der an die Eisenbahn gerichteten Beschwerden noch nicht abgeholfen ist.

Und bei diesen geradezu skandalösen Zuständen kann der Stettiner Magistrat weiter sich so reaktionär verhalten? Die Kosten betragen das Dreifache und mehr, doch die geringen

Forderungen der Streikenden können nicht erfüllt werden. Diesen unbegreiflichen Scharfmacherstandpunkt nimmt eine städtische Behörde ein, die im Interesse aller Steuerzahler ihre Geschäfte führen soll. Wie lange noch?

Berlin und Umgegend.

Kätzung, Klempner, Schlosser und Schweißer! Die Kollegen der Firma Rudolf Wunke, Tempelhof, Ringbahnstr. 86, befinden sich im Streik. Der Betrieb ist gestoppt und ersuchen wir, den Zugang streng fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Berband (Ortsverb. Berlin).

Der Streik im Kürschnergewerbe.

Am gestrigen Tage hatten sich die Parteien wiederum vor dem Einigungsamt eingefunden. Die Verhandlungen dauerten 6 Stunden und waren beinahe ergebnislos verlaufen, da die Unternehmer nach fünfständiger Beratung plötzlich erklärten, daß sie den Zwischenmeistern die seinerzeit zugesagten 10 Prozent Aufschlag nicht zusprechen könnten, da das Angebot ja nicht definitiv gemacht und durch den Streik auch illusorisch geworden wäre. Zwischenmeister Feldmann erklärte hierauf, daß damit die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien, da die Zwischenmeister nach sechsständiger Kampfe gar nicht daran dächten, ohne das geringste Zugeständnis die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn dies aber doch geschähe, dann könnten die Unternehmer mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Zwischenmeister im Winter bei 10 Grad Kälte unermüdet die Arbeit einstellen und sich ihre Forderungen erzwingen würden. Dem vermittelnden Eingreifen des Magistrats von Schulz gelang es, nach weiteren Beratungen eine Einigung auf folgender Grundlage herbeizuführen:

Die Vertreter der Zwischenmeister und der Arbeitgeber einigen sich dahin, daß eine Kommission von 10 Mitgliedern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zusammenkomme. Diese Kommission soll Differenzen schlichten und ist von dem Unparteiischen innerhalb acht Tagen nach Anrufung bzw. Einreichung der Beschwerde einzuberufen. Neben der Schlichtung von Differenzen hat die Kommission sofort in Beratung einzutreten über die Schaffung eines Tarifvertrages. Der Tarifentwurf ist den Generalversammlungen beiderseits zur Genehmigung zu unterbreiten. Für den Fall, daß es zu einem Entwurf nicht kommt bzw. die Generalversammlungen ihn ablehnen, ist das Einigungsamt von beiden Seiten anzurufen. Die Fertigstellung des Tarifs und die Verlegung desselben hat bis zum 15. Dezember zu erfolgen. Bis zum 1. Januar 1914 soll ferner eine Zulage von 5 Prozent an die Zwischenmeister gezahlt werden.

Der etwaige Tarif tritt spätestens am 1. Januar 1914 in Kraft und soll gelten bis 1. Juli 1916.

Den Arbeitern werden folgende Vorschläge gemacht: Die Forderung auf Bezahlung der Feiertage, sowie die Regelung des Lehrlingswesens fällt weg. Die Arbeitgeber dagegen versprechen und verpflichten sich auch, das Versprechen bei ihren Kollegen in der Versammlung durchzudrücken, daß im Gegenzug zu früher, am Sonntag nur 7 1/2 Stunden gearbeitet wird. Sie verpflichten sich weiterhin, mit den Arbeitern zusammen nach zwei Jahren darüber in Verhandlungen zu treten, ob eine weitere Arbeitszeitverlängerung angebracht ist.

Für den Fall, daß die Parteien über diese Frage nicht einig werden, ist das Einigungsamt des Generalbegehrten anzurufen. Die Arbeiter und Arbeitgeber werden eine Kommission in derselben Besetzung wie die Zwischenmeister und Arbeitgeber andererseits ins Leben rufen. Auch hier sollen dem Unparteiischen dieselben Befugnisse zufließen. Der Vertrag läuft bis 1. Juli 1916. Zwischenmeister sowie als Arbeitervertreter verpflichten sich für den Fall der Annahme die Aufhebung des Streiks in ihren Versammlungen zu beantragen.

Nachregelungen dürfen von beiden Seiten nicht vorgenommen werden.

Zu diesen Einigungsvorschlägen nahm bereits gestern abend eine Versammlung der Zwischenmeister Stellung. Nach längerer Debatte wurden die Einigungsvorschläge angenommen und beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Arbeiter werden in einer demnächst stattfindenden Versammlung ebenfalls zu den obigen Vorschlägen Stellung nehmen.

Deutsches Reich.

Die Arbeitsgelegenheit auf den Seeschiffswerften.

Noch immer ist eine große Zahl der früher auf den Werften beschäftigten Arbeiter nicht wieder eingestellt, angeblich weil es an passender Beschäftigung fehlt. Immer und immer wieder müssen diese Arbeiter die Arbeitsnachweise besuchen, um andauernd die Antwort zu erhalten, daß keine Beschäftigung für sie vorhanden sei. Daß dem jedoch nicht so ist, beweisen die Tatsachen. Im Binnenlande reisen Agenten der Werften umher, um Arbeiter aller Branchen für die Werften anzuwerben. Hohe Löhne, große Verdienste werden versprochen. Leider lassen sich auch Arbeiter durch diese Verlockungen locken und gehen nach den Werftorten, um dann zu ihrem Schaden zu erfahren, daß daselbst noch genügend Arbeiter vorhanden sind, die auf Beschäftigung warten. Auch könnten sich die Arbeiter, die von den Agenten anzuwerben versucht werden, von selbst sagen, daß, wenn die Werften so hohe Löhne zu zahlen bereit sind, dann hätten sie nur etwas Entgegenkommen bei den Verhandlungen mit den Werftarbeitern zeigen brauchen. Jeder Arbeiter sollte sich deshalb selbst sagen, mögen die Werften zunächst die noch beschäftigungslosen Werftarbeiter einstellen, bevor sie auf die Suche nach anderen Arbeitern gehen.

Noch etwas anderes erwartet die heranzuziehenden Arbeiter. Mit allen Mitteln versuchen verschiedene Werften, die Einigkeit der Werftarbeiter und ihre Organisationen zu zerstören. Sie gründen gelbe Werkvereine, die jedoch von vornherein dazu verurteilt sind, ein bescheidenes Dasein zu fristen. Um diesen überflüssigen Gebilden auf die Beine zu helfen, werden Arbeiter unter Androhung der Entlassung aufgefordert, ihnen beizutreten. Da diese Mittel an der Wasserfront nicht recht ziehen, glauben die Unternehmer wohl mit den herangezogenen betriebsfremden Arbeitern leichteres Spiel zu haben. Die Arbeiter des Binnenlandes sehen also, was ihrer erwartet, wenn sie den Lockungen der Werbagenten Gehör schenken und sich an die Werftorte verschleppen lassen.

In der Rheinischen Wurst- und Fleischwarenfabrik Wilhelm Klein, Köln a. Rh. sind ernste Differenzen ausgebrochen. Diese Firma, die als Spezialität Halberstädter Würstchen fabriziert, erhielt vom Zentralverband der Fleischer einen Tarifvertrag zugestimmt mit dem Ergehen um Verhandlungen. Die Firma lehnte nicht nur jede Verhandlung ab, sondern schrieb: „Wer von meinen Leuten nicht mit der von mir herausgegebenen Arbeitsordnung einverstanden ist und sich derselben nicht unterwerfen will, kann bei mir nicht bleiben resp. nicht eingestellt werden.“ Diese Arbeitsordnung aber zeigt alles andere, nur keine Ähnlichkeit mit dem Tarifvertragsentwurf. Die Firma beweist ihre Organisationsfeindschaft dadurch, daß sie Organisierte nicht dulden will. — Die Würstchen dieser Firma kommen in Dosen mit grünem Etikett zum Verkauf. Ein besonderes Abgabegeld sind die Freimärkte und Messen, desgleichen der Hamburger Dom.

Die Münchener Kohlenarbeiter sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Der vom Schleifsteinbrecher des Bayerischen Industriellenverbandes Dr. Kuhl geleitete Arbeitgeberverband der Münchener Holz- und Kohlenhandlungen lehnte jede Tarifverneuerung ab und verfolgte dabei die Taktik des Bayerischen Industriellenverbandes, der prinzipieller Gegner von Tarifverträgen ist. Dr. Kuhl entschloß sich vor dem Einigungsamt das Geständnis, daß nicht die Arbeitslöhne die Kohlenpreise erhöhen, sondern daß die Verkaufspreise von den Kohlenhändlern festgelegt werden. Charakteristisch ist es, daß die hochmögenden Kohlenfirmen ausländische Arbeiter heranziehen, während Tausende von Familienvätern arbeitslos herumirren. Diese Tatsache, meinte der Arbeiterlohnversicherer stark vermehren. Es wird dringend ersucht, den Zugang von Arbeitern nach den Münchener Kohlenhandlungen strengstens fern zu halten.

Ausland.

Zum Stand des Straßenbahnerstreiks in Moskau.

Der am 2. d. M. ausgebrochene allgemeine Straßenbahnerstreik in Moskau dauert, wenn auch abgeschwächt, noch an. Die

Notizen.

— Berliner Volkschor. Zu der Aufführung der Schöpfung von Haydn, die der Volkschor unter Leitung seines Dirigenten Dr. Jander und unter Mitwirkung von Frau Boehm-van Embert, Herrn Hans Koch und Herrn Friedrich Wajchle am 18. Oktober in der Neuen Welt veranstaltet, sind sämtliche 4000 Einlosharten vergriffen. Eine Abendlosse findet nicht statt.

— Vorträge. Freitag abend 8 Uhr spricht in der Singakademie Professor Wilhelm Ostwald über: „Das Christentum als Vorstufe zum Monismus.“ — Einen Zyklus philosophischer Vorträge veranstaltet die Humboldtakademie an drei Sonntagen mittags 12 Uhr in der alten Bauakademie (Schinkelplatz). Sonntag, den 12. Oktober, spricht Prof. Deussen (Kiel) über Schopenhauers Leben und Lehre. In den weiteren Vorträgen wird Professor S. Cohen „das Unvergängliche an der Lehre Kant's“ und Dr. Frischeisen den Monismus behandeln.

— Theaterchronik. Im Lessing-Theater mußte die Uraufführung von Herbert Eulenbergs „Zeitwende“ bis zur nächsten Woche verschoben werden. Dafür geht allabendlich „Peer Gint“ in Szene.

— Eine Volksuniversität wurde in Amsterdam eröffnet; man hofft, mit der Zeit ein eigenes Gebäude dafür einrichten zu können.

— In der Breslauer Jahrhundertausstellung, die am 26. Oktober geschlossen wird, wird vom 11. bis 19. Oktober eine Obst- und Gemüsehau stattfinden. Die Gärten sind zum Teil noch in vollem Flor.

— Danny Gärtler, der Teufelskerl. In der „Essener Arbeiterzeitung“ lesen wir in einer redaktionellen Empfehlung eines Vortragsabends des auch in Berlin nicht ganz unbekannt Danny Gärtler:

„Man muß ihn nur einmal gesehen haben, wenn er seine Holzhaderballade rezitiert. Man sieht förmlich, wie der Holzhader zum Schläge ausholt; um seiner ungetreuen Gattin und deren Liebhaber den Schädel zu spalten, man hört, wie krachend die Art die Hirschhale spaltet, man hört die marschierenden Schreie, man sieht das rote Blut fliegen und man sieht die Leichen regungslos am Boden liegen. Und dann herrscht Totenstille im Saal... Es wäre jedoch ein vergebliches Bemühen, Danny Gärtler naturgetreu schildern zu wollen.“

Ja, kann denn die Schauerlichkeit des Kolportageromans noch weiter getrieben werden?

— Was ein junges Mädchen vor der Ehe wissen muß! Ausführliches Werk gegen Nachnahme von 2.40 M. Auf diese in zahlreichen Zeitungen von einem Münchener Buchhändler erlassene Annonce lesen nicht weniger als 25 000 Bestellungen ein. Die Bestellerinnen erhielten ein — Kochbuch, was die neugierigen Dämonen allerdings nicht erwarteten hatten. Der fündige Verleger wurde von einem Konkurrenten auf Unterlassung der Anzeige verklagt. Er konstatierte jedoch im Prozeß, daß von den Bestellerinnen nicht eine einzige reklamierte. So mögen wohl alle selbst eingesehen haben, daß junge Mädchen vor der Ehe in der Küche Bescheid wissen müssen.

Kleines feuilleton

Der alte Fahrer. Da sagen die Leute immer, der moderne Verkehr habe alle Poreis auf. Das ist gar nicht wahr. Ich meine nicht die Romantik der Eisenbahnen, eines Bahnhofes bei Nacht und all der Dinge, in denen Gott Maschine eine heimgängige Rolle spielt. Nein, auch die Idylle ist noch nicht ausgefallen.

Ich stand vorn auf der Plattform eines Wagens der elektrischen Straßenbahn zu Berlin. Ich war mit dem Fahrer allein. — und wir saßen so die schnurgerade Straße heraus bis zur Haltestelle. Da saß ein Mann auf, mit einem fröhlichen, roten Gesicht, blauen Augen, in ganz anständiger Kleidung. Wir fuhren weiter. ... „Na“, sagte auf einmal der Mann zu dem Fahrer, „ich habe auch mal gefahren bei euch!“ — Das durfte er aber gar nicht sagen, denn die Unterhaltung ist strengstens verboten. Er tat aber doch. Und der Fahrer überreichte seinerseits auch die Schweigebotschaft, drehte sich interessiert um und sprach: „So? — Wo denn? Der andere nannte die Dime, und gleich begannen sie sich über die Einzelheiten des Dienstes zu unterhalten, über die strengen Vorgelegten, über die Gewohnheiten, die Handgriffe des Personals, — und es hagelte Fachausdrücke und mir unverständliche Abkürzungen. ... Der Wind pfliff um die Ohren, — alles konnte ich nicht hören. Aber einmal, da leuchteten dem Fährmann die Augen. Sie sprachen von der Schnelligkeit der verschiedenen Wagen. — Das hatte ich nun wieder nicht gewußt, daß nicht alle Wagen gleich schnell fahren. Nein, das taten sie nicht. „Nensch“, sagte er, „wie fährt denn die Nummer 6734?“ — Die Nummer wußte er auch noch! — „Das war ein Kerner!“ — Und von 6714 wußte er noch und von 6867 und 4532 — das waren die Wagennummern, die hatte er behalten! — Und als sie alle alten Erinnerungen ausgetauscht hatten, — da bat er den Kollegen: „Laß mich doch noch einmal fahren!“ — Und weil er gar so bat, tat der's — obgleich er gelogen wäre, wenn's herausgekommen wäre. Und solz trat der Fährmann an den Führerstand und drehte die Kurbel und dremste und ließ den Wagen laufen, wie dummwals, als er noch Fahrer war.

Die „Käseklinit“. In einer Berliner Straße gibt es ein Vorlosgeschäft, das allgemein die „Käseklinit“ genannt wird. Wie kam das Geschäft zu dieser merkwürdigen Bezeichnung? In dem Nachbarhause befindet sich eine Schuhmacherverkstatt, deren Inhaber seitlich die Inschrift „Stiefel-Klinit“ hatte anbringen lassen. Als das Vorlosgeschäft eingerichtet wurde, gab dessen Inhaber einem Schildermaler den Auftrag, die inbalsamierten Worte „Butter und Käse“ an den der Schuhmacherverkstatt zu gelegenen freien Teil der Wand hinzumalen. Der Maler machte sich den Spaß, dieselbe Schriftart zu wählen, die die Inschrift „Stiefel-Klinit“ aufweist, und so ließ man denn an der Grenze der beiden Häuser folgendes:

Butter Käse  
Käse Klinit

Es dauerte nicht lange, so führte das Vorlosgeschäft allgemein den Namen „Käseklinit“, und auch der benachbarte Schuhmacher mußte sich allerlei Anstellungen wegen seiner „Butterstiefel“ gefallen lassen. Immer häufiger begegnet uns das Wort „Klinit“ auf dem Geschäftsfeld, und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten. Die „Puppenklinit“ machte den Anfang, es

folgten dann „Oberhemdenklinit“, „Wäschklinit“, „Schuhklinit“, „Stiefelklinit“, „Regenschirmklinit“ usw. Das Wort „Klinit“ ist ein Kunstausdruck der medizinischen Sprache; es ist von dem griechischen Wort „kline“ (Bett) abgeleitet, hatte ursprünglich die allgemeine Bedeutung von Krankenhaus und wurde dann zum besonderen Ausdruck für die mit einer Universtität in Verbindung stehenden Anstalten für Krankenbehandlung gewählt, die gleichzeitig Lehrzwecken dienen. In eine Klinit begeben sich viele, um ihren Körper stützen oder ausbessern zu lassen; dieser Umstand führte dazu, daß man auf einmal dazu überging, gewerbliche Ausbesserungsanstalten „Kliniten“ zu nennen. Die Benennung „Ausbesserungsanstalt“ ist, wie dies bei allen mit Hilfe des Ausdrucks „Anstalt“ gebildeten Bezeichnungen der Fall ist, ein häßliches Wort; das Wort „ausbessern“ erinnert allzu sehr an das verpönte „stücken“, und so griff man zunächst zu dem Ausdruck „Reparatur“, namentlich im Schuhmachergewerbe. Je mehr sich aber das Wort „Reparatur“ einbürgerte, um so gewöhnlicher kam es vielen vor, und es griff im Schuhmachergewerbe an seiner Stelle immer mehr die Bezeichnung „Besohlenanstalt“ Platz. Manche wählten aber nach dem Muster der Puppenklinit die Bezeichnungen Schuhklinit oder Stiefelklinit. Mit diesem Namen scheint das Wort Klinit seine Karriere auf diesem Gebiet noch nicht abgeschlossen zu haben.

Spazierfahrten im gläsernen Boot. Die deutsche Zoologische Station in Rovigno, an der Westküste der Halbinsel Istrien gelegen, hat in den letzten Jahren für die Verjüngung der zoologischen Anstalten an den deutschen Hochschulen und zuletzt für die Deckung des Bedarfs des neuen großen Aquariums in Berlin eine erhöhte Bedeutung gewonnen. Früher war die Gewinnung der Tiere und Pflanzen dadurch erschwert, daß ihre Suche nur durch Taucher bewerkstelligt werden konnte, wenn man es nicht überhaupt dem Zufall überlassen wollte, welche Geschöpfe ans Tageslicht gefördert wurden. Selbst bei flachem Wasser, wo das Auge bis auf den Grund zu dringen vermag, ist eine genaue Erkennung erschwert oder unmöglich, da die Lichtbrechung das Bild verzerrt. Um diesen Fehler nach Möglichkeit auszuhalten, haben die Fischer schon früher kleine Kästen mit gläsernem Boden verwendet, damit wenigstens die Bewegung der Wasseroberfläche keine Störung verursachen konnte. Seit etwa einem Jahre ist aber für Rovigno ein besonderes Boot gebaut worden, das nicht nur für die praktischen Zwecke, sondern auch zu Spazierfahrten für Forscher und Naturfreunde ausgezeichnet verwendbar ist. In dem flachen Boden des Bootes ist, wie Dr. Nilow in der „Allgemeinen Fischerzeitung“ schreibt, eine große und starke Glasscheibe eingelassen, die gegen die Spiegelung von oben und von den Seiten her durch Vorhänge abgedehnt ist. Infolgedessen tritt das Bild des vom Tageslicht erreichten Bodens deutlich hervor. Auf diese Weise kann der Meeresboden bis zu 30 Meter Tiefe und bei unangünstigen Wetter bis 10 oder 15 Meter unterhalb werden. Eine Fahrt in diesem Boote gewährt einen außerordentlichen Genuß, besonders an einer zerklüfteten Steilküste, wie sie Istrien darbietet. Die Vertiefungen, wo das Auge den Boden nicht mehr erreicht, liegen wie dunkle Inseln zwischen den Erhöhungen, wo das reiche Wachstum der buntfarbigsten Algen wie beruhtene Wälder oder wie ein wogendes Kornfeld aufragt. Dazu kommen nun die Schwärme der Meerestiere verschiedenster Art. Fische der mannigfaltigsten Form und Farbe, Krabben und Einsiedlerkrebse, Seesalzen und Seesterne. Alles das überhaut der Fahrt dieses Bootes von einem bequemen Platz aus durch den gläsernen Boden.



Administration sucht um jeden Preis die Hauptforderung der Streikenden, die Befreiung der verhafteten Delegierten zu umgehen und probiert dadurch die weitere Ausbreitung des Streiks auch auf die anderen Berufe. Am 6. streikten bereits, nach amtlichen Angaben, 15.000 Arbeiter in 50 Fabrikbetrieben, darunter in 2 Druckereien. Eine weitere Ausdehnung des Streiks ist sehr wahrscheinlich.

## Siebenter österreichischer Gewerkschafts-Kongress.

(Vierter Tag.)

Telegraphischer Bericht.

Wien, 9. Oktober.

Heute wurde die Debatte über

### Parlament und Arbeiterschutz

fortgesetzt. Die Erörterung gestaltete sich sehr eingehend. Es nahmen an ihr Vertreter fast aller Branchen und der verschiedensten Gebiete des Reiches teil und sie erhoben mannigfache schwere Klagen darüber, daß das Parlament und die Regierung nicht nur die Erweiterung des Arbeiterschutzes hemmen und verhindern, sondern daß auch die Behörden kaum etwas tun, um den bereits bestehenden Arbeiterschutz durchzuführen, ja daß die krassesten Verletzungen des Gesetzes nicht geahndet werden, obgleich sie vor den Augen der Behörden geschehen. Der bereits mitgeteilte umfangreiche Resolution, die der Referent Abg. Panusch vorgelegt hat, wurde noch eine Reihe von Beschlüssen hinzugefügt. Es wurden Anträge angenommen auf Einleitung einer Agitation zur Erreichung weiterer Gewerbegebiete, die bisher nur in wenigen Orten bestehen, auf Befreiung der Korrigenden (Bürogehilfen) von der Arbeit auf Bantzen und auf Regelung der Arbeitsverhältnisse im Preisverweber. Als Punkt 19 wurde der Resolution die von der bürgerlichen Mehrheit des Abgeordnetenhauses erst letzten abgelehnte, obgleich von unfernen untergeordneten Bebel schon Ende der sechziger Jahre im Norddeutschen Reichstag durchgeführte Forderung nach Befreiung des Arbeitsbuches angefügt. Alle Sonderausweise für die Arbeiterschaft sollen beseitigt werden und als alleiniger Ausweis über die Verwendung Zeugnisse dienen. Auf Antrag der Gewerkschaften Triests wurde die Regierung aufgefordert, die Gewerbeinspektion auszubauen und ein eigenes Inspektorat für die Seelente und Hafenarbeiter zu errichten. Endlich wurde noch das Verbot der Kindererwerbsarbeit in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft für das ganze schulpflichtige Alter verlangt. Hierauf wurde eine Protektionresolution gegen die von der Regierung vorgeschlagene Gehaltsgrenze für die Krankenversicherung und ein weiterer Protest gegen den Plan der Regierung angenommen, daß am 1. Oktober 1914 der Achtstundentag für das Vorkub- und Hauptpersonal der Eisenbahnen aufgehoben werden soll, für welches Personal die achtstündige Arbeitszeit bereits seit 1903 besteht. Außerdem wurde die Reichsratsfraktion aufgefordert, mit allem Nachdruck für die Gewerkschaften der Sozialversicherung zu wirken. Schließlich wurde die Gewerkschaftskommission beauftragt, eine Zentralstelle für Arbeiterschutz zu errichten, die alles Material über die in- und ausländische Sozialpolitik, den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht sammeln, publizistisch behandeln und alle Maßnahmen treffen soll, die geeignet sind, den Arbeiterschutz wirksam zu fördern. Zur Beschaffung der Mittel für diese Zentralstelle soll die Gewerkschaftskommission mit den Gewerkschaften selbst in Verbindung treten.

Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung:

### Zoll- und Handelsverträge

referierte hierauf Reichsrats- und Landtagsabgeordneter Dr. Karl Renner. Wien. An der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre geht es mit einem reichen statistischen Material wieder er nach, welche enorme Schädigung die gesamte österreichische Industrie, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, alle an ihrem Fortschreiten interessierten Volksschichten, alle Konumenten und insbesondere die Arbeiterklasse durch die Hochzollpolitik erfahren haben. Der Gewerkschaftskongress hat die oberste Vertretung der wirtschaftlichen Interessen und Interessen des organisierten denkenden Proletariats sei berufen, der Arbeiterschaft das Stichwort zu geben für den schweren Kampf, in den sie nun einzutreten hat, wenn 1917, bei der Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge, mit dem von den Agrariern und Kartellwählern empfohlenen verwerflichen System gebrochen und eine Wirtschaftspolitik eingeschlagen werden soll, die geeignet ist, die lange zurückgehaltene wirtschaftliche Entwicklung Österreichs sich endlich entfalten zu lassen und den breiten Massen der Arbeiter, Kleinbürger, Staatsdiener und kleinen Beamten ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Dr. Renner unterbreitet dem Kongress eine ausführliche Resolution, in der zunächst festgestellt wird, daß die Kriegsgeschichte und die sofort nach dem Friedensschluß eingetretene Wirtschaftskrise nach der vorausgegangenen vierjährigen Feuerung durch Unterernährung, Arbeitslosigkeit, Aufhebung aller Spargebote und Auswanderung hochqualifizierter Arbeiter eine wahre Verheerung der Volkskraft und des Volkvermögens bewirkt haben. Die letzten Ursachen dieser Krise sind die durch den Posttarif von 1902 hervorgerufene Steigerung aller Lebensmittelpreise, die durch ihn begünstigte Kartellierung der schweren Industrien, die seit herge frivole Handelsvertragspolitik, die Österreich die Balkanländer entfremdet und insbesondere Serbien mit zum Kriege gedrängt hat, und vor allem unsere auswärtige Politik, die ohne Rötigung und ohne den Schatzen eines Erfolges Österreich vom ganzen Balkan wirtschaftlich ausgegliedert und dort nichts erzielt hat als die Verachtung unseres Namens und die Achtung unserer Arbeitsprodukte. Die Vertretung der Industriellen hat sich angelehnt dieser unverantwortlichen Verschönerung von Milliarden österreichischen Volkvermögens bei einer schwächlichen Beurteilung ohne jede praktische Konsequenz beruhigt, der Kongress aber fordert das Parlament auf, die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen. Die bisherige verfehlte Wirtschafts- und Handelspolitik von 1906 darf nicht fortgesetzt werden. Ueber alle Gegenstände hinweg appelliert der Kongress an die Unternehmer, nicht so sehr an ihre politische Verstandnis und ihre soziale Einsicht, sondern bloß an ihr kaufmännisches und industrielles Interesse.

Die Lebensmittelpreise verteuern die Lebenskosten der Arbeiter und zwingen ihnen Lohnkämpfe auf. Rohstoffpreise und die durch die Kartelle reißend ausgenutzten Transportkosten der schweren Industrie verteuern den verarbeitenden Industrien die Materialien und erhöhen ihre Produktionskosten. Die hohen Lebensmittelpreise zehren allein das Einkommen der Massen auf und lassen ihnen nichts übrig für Industrieerzeugnisse, sie untergraben also den inneren Markt der Industrie. Die hohen Produktionskosten erzwängen hohe Produktionspreise und machen die Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig. Vergebens suchen die Erzeuger von Holz- und Gangfabrikaten diese Nachteile durch Kompensationszölle auszugleichen.

Unser Zollsystem unterbindet die industrielle Entwicklung, sie hindert uns, neue Märkte zu erschließen, während unsere Handelsvertrags- und insbesondere unsere Veterinärpolitik uns die alten Märkte versperrt. Die Unternehmerschaft aber unterläßt jede Abwehr und gibt sich eine untaugliche, halb zünftlerische, halb agrarische politische Vertretung (den „Deutschen Nationalverband“), welche den Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik verständnislos gegenübersteht und das Parlament des allgemeinen Stimmrechts durch kleinliche Quertreibereien zur Karikatur einer Volksvertretung macht. Die Befreiung ist berechtigt, daß das industrielle Wagnertum auch vor 1917 wieder verloren und den ihm gebührenden Einfluß auf die Staatspolitik nicht zur Geltung bringen wird, obwohl die industriellen Klassen heute den Staat erhalten, die Arbeiter durch die indirekten, die Unternehmer durch die direkten Steuern. Es ist das Los der österreichischen Arbeiterklasse, erst alle Voraussetzungen des bürgerlichen Staates erlängern zu

müssen, denn Österreichs Industriele opfern die wirtschaftliche Zukunft der Habiter der Feudalokratie.

Die österreichische Arbeiterklasse fühlt die volle Verantwortung für die Entwicklung zum Industriestaat, ohne die Land und Volk verarmen und der Staat finanziell und kulturell verelenden müssen, sie erwartet jedoch, daß auch alle anderen industriellen Schichten von nun an bis 1917 ihre Pflicht tun, damit dem Industriestaat zum Siege verholfen werde.

Im Namen der österreichischen Arbeiterklassen fordert der Gewerkschaftskongress die sozialdemokratischen Abgeordneten auf, mit aller Macht zum Entscheidungskampf des Jahres 1917 zu rufen und unter Wahrung des prinzipiellen, vom Kongress gebilligten Standpunktes der Verlebens- und Handelsfreiheit zwischen allen Staaten der Welt, jede Maßregel zu unterlassen und jedes Mittel zu ergreifen, wodurch der allgemeine Abbau des Hochzollsystems eingeleitet und beschleunigt, insbesondere aber die Zölle auf Lebensmittel, die Rohstoff- und Kartellzölle beseitigt und die Politik freier Handelsverträge zum Durchbruch gebracht werden können.

Morgen wird über das Renner'sche Referat und diese Resolution debattiert werden. Der Kongress geht morgen zu Ende.

## Der Ritualmordprozeß in Kiew.

Nach endlosen Verschleppungen hat jetzt in Kiew der Prozeß gegen den jüdischen Arbeiter Weills wegen des angeblich an einem Christenknaben begangenen Ritualmordes begonnen. Kein Einzelverurteil wird hier entschieden, das Geschick eines ganzen Volkes wird hier auf das Spiel gesetzt, das unter der Barbarei der russischen Zustände schon öfters an schweren zu leiden hat. Aus dem dunkelsten Mittelalter ist der Irrwahn der Ritualmordbeschuldigungen herangeholt worden, um den Fanatismus irreführender Pöbelmassen noch mehr gegen die Juden aufzustacheln und eine neue Ära der Pogrome in Rußland einzuleiten. Seit 2 1/2 Jahren tobt der Kampf um diesen Prozeß, auf den die Czaristen und ihre hohen Gömmer am Hofe und in der Regierung die allergrößten Hoffnungen gesetzt haben. Die fanatischsten, rücksichtslosesten Elemente des Zarenreiches scharen sich um die Anklage, die nicht nur gegen den Arbeiter Weills, sondern gegen das ganze jüdische Volk erhoben wird. Sie scheuen vor keiner Fälschung, vor keinem Gewaltakt, vor keiner Infamie zurück, um den Weills-Prozeß in den Ausgangspunkt einer reaktionären Volksbewegung zu verwandeln, und die planmäßig aufgestachelten Leidenschaften der dunklen Massen in das Bett religiösen Fanatismus und nationalen Hasses zu leiten. Aus Mangel politischer Berechnung ist dieser beispiellose Prozeß inszeniert worden, um dem zarischen Rußland noch einmal Gelegenheit zu geben, die blutige Ära von Kischinew zu wiederholen.

Eine kurze Wiedergabe der Vorgänge, die zu dem Weills-Prozeß geführt haben, genügt, um die Wichtigkeit dieser Behauptungen zu bestätigen. Am 25. März 1911, zwei Wochen vor dem jüdischen Passahfest, verhielt sich in Kiew der 12jährige Knabe Juschtschinski. Eine Woche später wurde sein Leichnam am Rande der Stadt gefunden. Schon während der Beerdigung wurden auf dem Friedhofe eckstrussische Flugblätter verbreitet, in denen die Juden des Nordes an dem Knaben beschuldigt und die Massen zu einem Judenpogrom aufgefordert wurden. Die Ritualmordanklage, die noch vor Vollendung der gerichtlichen Obduktion erhoben wurde, wurde von den eckstrussischen Organisationen in Kiew hartnäckig aufrechterhalten. Der jetzige „Führer“ der Nationalisten in der Reichsduma, A. Sawenko, setzte sich mit den Führern der Pogromisten in Petersburg in Verbindung, deren Organe nun eine wüste Agitation im ganzen Reiche entfalteten. Der berühmte Führer der äußersten Rechten, Samjlowitsch, der jetzt als Zibillager im Weills-Prozeß auftritt, brachte im April 1911 eine Interpellation über den „Ritualmord“ an den Knaben Juschtschinski in der Duma ein. Seine Kollegen Jurischewitsch und Marlow forderten bei der Begründung der Interpellation unverhüllt zu Judenpogromen auf. Der Justizminister kam den Wünschen der Pogromisten bereitwillig entgegen und versprach die sorgfältigsten Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts. Die Duma jedoch lehnte die eckstrussische Interpellation als unbegründet ab. Die Pogromorganisationen aber verstärkten hierauf ihre Agitation. Hunderttausende von Flugblättern mit der Aufforderung zum Pogrom, zum Teil von dem Dumaabgeordneten Jurischewitsch verfaßt, werden unter den Augen der Administration im ganzen Reiche verbreitet. Inzwischen gerät aber die Kiewer Polizei auf die Spur der Mörder und verhaftet als der Tat verdächtig den Stiefvater des Ermordeten, Prichoblo, den 16jährigen Bruder desselben Nikolaus Prichoblo, den Onkel des Ermordeten, Rehsinsh, seinen anderen Onkel Tschirnikow und die in der Nachbarschaft lebende Wera Tschibirjalowa. Die Untersuchung ist allem Anschein nach auf dem richtigen Wege. Das Ritualmordmärchen stirzt unter den objektiven Indizienbeweisen, die sich in einer ganz anderen Richtung bewegen, zusammen, als plötzlich auf Vordringen der einflussreichen Pogromistenführer in Petersburg die Verhafteten freigelassen und der Chef der Kiewer Detektivpolizei, Krassowsky, seines Amtes enthoben wird.

Am 4. August 1911 wird endlich der heilige Jude gefunden, gegen den die Ritualmordanklage erhoben wird. An diesem Tage wird der Arbeiter Weills verhaftet, dessen einzige Schuld darin besteht, daß er in der Nachbarschaft des Tatortes des Verdrehens wohnt. Von diesem Augenblick an gilt Weills, trotz dem Mangel jeglicher Beweise, als der Mörder, der die Tat zu rituellen Zwecken begangen habe. Die Führer der Eckstrussen, namentlich der oben genannte Samjlowitsch treten nun noch zielbewußter mit ihrer Pogromagitation auf. Die Prokuratur und die Untersuchungsrichter gehen Hand in Hand mit den Eckstrussen vor, denen sie das Material der Untersuchung ausliefern, noch bevor es dem Angeklagten unterbreitet worden ist. Im Mai 1912 reißt der Journalist Graf. Wraschko in der Gendarmereipolizei eine Erklärung ein, in der er auf Grund der von ihm unternommenen Untersuchung auf das allerbestimmteste behauptet, der Mord an dem Knaben Juschtschinski sei von einer Diebeshande begangen worden, die sich des Knaben, der zu viel von ihr wußte, entledigen wollte. Auf Grund dieser Erklärung, die sich auf eine Reihe von Zeugenausagen stützte, wurde eine neue Untersuchung eingeleitet. Inzwischen wurden auch diese Angaben als „unwesentlich“ abgelehnt, und der Chef der Detektivpolizei Krassowsky, der den Journalisten bei seinen Redereien unterstützt hatte, wurde zudem noch unter Anklage gestellt und zu Gefängnishaft verurteilt.

Neben diesen Bemühungen, die Spuren der wirklichen Mörder zu verwischen, liefern die Bemühungen, dem Mord einen ausgeprochenen rituellen Charakter zu verleihen. Der Untersuchungsrichter für besonders wichtige Angelegenheiten, Fenenko, ein früherer Freund und Vertrauensmann der Eckstrussen, lehnte es nach genauer Kenntnis der Umstände entschieden ab, den Mord an dem Knaben Juschtschinski als Ritualmord zu bezeichnen. Auch er wurde daraufhin, wie der frühere Chef der Detektivpolizei Krassowsky über Mord geworfen, denn die herrschende Pogromistenpartei bedurfte eines Ritualprozesses, und wenn ein solcher nicht

vorhanden war, so mußte er eben mit allen Mitteln inszeniert werden.

Von rein juristischem Standpunkte bietet der Prozeß ein so ungeheuerliches Bild, daß man sich fragen muß, wie so etwas im 20. Jahrhundert selbst im zarischen Rußland möglich sei. Weder ist die Schuld des unglücklichen Weills auch nur im geringsten erwiesen, noch steht der Tatbestand des Ritualmordes überhaupt fest. Das eine wie das andere beruht auf den schändlichsten Fälschungen, auf einer Masche, die ihresgleichen nicht hat.

Vor dem Gerichtshof in Kiew stehen sich nun in erbittertem Zweikampfe zwei Welten gegenüber. Die eine, die Welt der mit allen Machtmitteln des Staates ausgerüsteten Pogromisten und Dunkelmänner, die den Irrwahn des Ritualmordes absichtlich herausbeschwören; die andere — die Welt aller vorwärtsstrebenden Elemente Rußlands, die Vertreter aller Rechtlosen und Unterdrückten im Zarenreiche, die den Kampf mit ungleichen Waffen aufgenommen haben, um die Barbarei, die Inkultur des zarischen Rußlands vor den Augen der ganzen zivilisierten Welt an den Scheitelpfad zu nageln.

Kiew, 9. Oktober. Der Beginn des Weills-Prozesses wird von der Presse der eckstrussischen Leute zu den unerhörtesten Jubelstößen benutzt. In der schmutzigsten und erbärmlichsten Weise wird in diesen Blättern das Volk zu Gewalttaten gegen die Juden aufgehetzt. Eines dieser Blätter, der „Doppeltöyfige Adler“, wird in den Straßen Kiews gratis verteilt. Die in dem Schandblatte erhobene Aufforderung, Pogrome gegen die Juden zu veranstalten, hat bereits teilweisen Erfolg gehabt. In der letzten Nacht wurden in einem Stadtteile Kiews Juden durch Angehörige des eckstrussischen Verbandes angegriffen. Bei der Schlägerei wurden einige Juden verwundet.

Kiew, 9. Oktober. Nach der Verlesung der Anklageschrift im Weills-Prozeß stellte der Präsident die Frage an den Angeklagten, ob er sich schuldig bekenne. Weills antwortete darauf: Nein, ich bin ehemaliger Soldat, arbeitete ehlich mein ganzes Leben lang und dachte nur an meine Familie, meine Frau und meine Kinder; man verhaftete mich und hält mich schon 25 Monate im Gefängnis; warum, weiß ich nicht.

## Jugendbewegung.

### Katholiken für den Alkoholgenuß.

Daß der Alkoholgenuß für Körper und Geist schädlich ist, weiß nachgerade jedermann, der sich für diese Frage interessiert. Insbesondere schädigt der Alkohol die Funktionen des Gehirns, ist somit ein Feind der geistigen Aufklärung. Und nicht zuletzt aus diesem Grunde bekämpft die proletarische Jugendbewegung so entschieden den Alkoholgenuß durch Jugendliebe.

Anders jene Leute, wie die Pfarrer der christlichen Kirche, denen es hauptsächlich darum zu tun ist, das Volk in ihrem Bannkreise festzuhalten. Je dümmere das Volk, um so leichter ist es zu beherrschen. In dem Bestreben, das Volk in der Dummheit zu erhalten, ist der Alkohol ein guter Helfer. Seine schädigende Wirkung auf den menschlichen Organismus wagt heutigentags allerdings auch kein Pfarrer zu bestreiten, um sich nicht dem Hohngelächter der Heigenossen preiszugeben. Darum halten sie es mit der bekannten Trinker- und Schnapsbrennereimär: mäßig genossen sei der Alkoholgenuß ungefährlich und ein Erholungsmittel. In der sozialdemokratischen Zeitschrift (Heft 9/10 d. J.), Zeitschrift für das katholische Vereinswesen, herausgegeben von der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland findet sich als Stoff zu einem Vortrage für Jugendvereine eine Abhandlung über die Erholung, worin unter der Rubrik „Katholische Erholungsmittel“ auch der Alkohol genannt wird:

„Starker Kaffee oder Tee, der in den Großstädten gelegentlich getrunkenen Absinth, dann Tabak im Uebermaß genommen, überhaupt alle Reizmittel, wie sie auch heißen mögen, können wohl gelegentlich den Anschein erwecken, als ob sie zur Erholung dienlich wären, in Wahrheit sind sie es aber alle nicht. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß jeder Alkohol- und Tabakgenuß zu verurteilen sei, im Gegenteil, ein in beschaulicher Ruhe nach des Tages Last gerauchtes Pfeifchen, oder ein auf dem Auszug oder in froher Gesellschaft getrunkenes Glas Bier oder Wein kann sogar direkt als Erholung gelten. Schädlich ist nur immer jedes Uebermaß und jeder Genuß zur Unzeit.“

Was für geistesarme Tröpfe müssen die katholischen Jugenderzieher sein, wenn sie des Bieres und Weines als Erholungsmittel auf einer Wanderung durch die Natur bedürfen. Nirgends wirkt der Alkoholgenuß fördernd und lästiger als auf einem Auszuge in die freie Natur, wozu er auch von unserer wandernden Jugend stark verpönt ist.

Die katholischen Jugendliebe fragen aber nicht nach den Interessen und der Gesundheit der Jugend. Als Mittel zur Verdummung und Festhaltung der Jugend ist ihnen der Alkohol gut genug. Das sie ihn der Jugend empfehlen, obwohl ihnen seine schädigende Wirkung auf die körperliche Entwicklung des Menschen bekannt ist, zeigt, wie skrupellos sie zu Werke gehen.

## Aus Industrie und Handel.

### Zur Zolltarifreform.

Ein Teil der Zollherabsetzungen im neuen amerikanischen Tarif wird für die Einfuhrländer, die keinen Handelsvertrag mit Amerika haben, durch die Bestimmung wieder aufgehoben, daß von der Einfuhr aus diesen Ländern auf nichtamerikanischen Schiffen ein fünfprozentiger Zusatzzoll erhoben werden soll. Außer Deutschland und Frankreich haben auch andere davon betroffene Mächte gegen diese Zollherabsetzung von 5 Proz. zugunsten amerikanischer Schiffe protestiert. So hat Deutschland mitgeteilt, daß es gegen jede Bestimmung des neuen Tarifgesetzes Einwendungen erheben würde, durch welche die Anwendung des fünfprozentigen Differentialzolls auf die Einfuhr aus Peru, den hanseatischen Staaten und Westfalen-Schweden beschränkt werden soll unter Ausschluss des übrigen Deutschlands. Das amerikanische Schahamt hat daher angeordnet, daß diese Bestimmung der Tarifbill aufgehoben werden soll, bis das Justizamt eine Entscheidung über die Auslegung dieses Paragraphen gefällt hat. Der Solicitor im Staatsdepartement hat weiter suchte nach einer Unterbrechung mit dem Präsidenten Wilson, Lambertwood und Simmons auf, um zu versuchen, die anstößige Klausel zum Zolltarif rückgängig zu machen oder abändern zu lassen.

### Der Ruf nach dem Sundial.

Zur Zeit der Hochkonjunktur wurde im Jahre 1912 die Kontingentierung der B-Produkte (Stabeisen, Walzdraht, Bleche, Nägel, Guß- und Schmiedestücke) vom Deutschen Stahlwerksverband ausgegeben und nur die der A-Produkte (Halbguß, Eisenbahnmaterial, Formeisen) beibehalten. Jetzt mit dem Umschlag der Konjunktur zum Schiefen und den Preisermäßigungen auf dem Eisenmarkt wächst das Bedürfnis der Eisenindustrie nach Bindung der Produktion, um die Preise zu halten. Für die Stahlindustrie ist die gegenwärtige Lage um so unangenehmer, als die weltliche, Großbetriebe in Lothringen und Luxemburg gerade große Betriebs- und Kontingentierung auch der B-Produkte. So heißt es in dem Geschäftsbericht der Laurahütte, des größten schlesischen Bergwerkskonzerns:



In der Eisenindustrie herrschte zeitweise eine fast fürmische Nachfrage. Von den im Düsseldorf-Stadtwerksverbande fabrikeren Erzeugnissen blieb Halbzeug fortgesetzt harz gesucht, wogegen Formeisen etwas zurücktrat, da der teure Geldstand hemmend auf die Bautätigkeit einwirkte. Reichlichen Erfolg hierfür boten aber die großen Abrufe in Eisenbahnmateriale, die voraussichtlich auch noch einige Zeit anbauern werden. In den freien Erzeugnissen — Stabeisen, Bleche, Röhren, sowie Guß- und Schmiedestücke — konnte den Anforderungen der Kaufkraft nicht immer entsprochen werden, so sehr häuften sich die Aufträge zeitweise an. Mit Schluß des Geschäftsjahres trat aber eine beauerliche Wendung zum Schlechteren ein. Sie wurde eingeleitet durch die Vollaufwirren und erfuhr eine weitere Verschärfung durch die an den Markt gedachten bedeutenden Erzeugungsmengen der neuen Lothringisch-luxemburgischen Großbetriebe. Mit besonderer Wucht macht sich dieser Rückgang bei Stabeisen und Röhren bemerklich, welche für uns von besonderer Wichtigkeit sind. Hier waren in verhältnismäßig kurzer Frist Preisrückgänge von etwa 25 M. je Tonne, bei Röhren sogar noch mehr, zu verzeichnen, und wenn man berücksichtigt, daß im Jahre 1912 in Deutschland an Stabeisen etwa 4.800.000 Tonnen und an Röhren etwa 640.000 Tonnen hergestellt wurden, so läßt sich ermessen, welche großen Verluste dem heimischen Erwerbsleben durch den Preisrückgang entstanden sind. Neuerdings haben auch Bleche, welche sich lange Zeit gehalten hatten, der rückläufigen Bewegung folgen müssen; da es sich hierbei in Deutschland um eine Jahreserzeugung von etwa 2.900.000 Tonnen handelt, so ist auch der auf diesem Gebiete eingetretene Umschwung von besonderer Bedeutung. Man hat vor einigen Monaten in ernsthafter Arbeit unter unserer Mitwirkung versucht, Syndikate für Stabeisen und Röhren zu begründen, leider scheiterten aber alle Bemühungen an den unerfüllbaren Ansprüchen einzelner Werke. Es erhebt sich im Interesse der gesamten Eisen- und Stahlindustrie dringend geboten, immer aufs neue zu versuchen, hinsichtlich der heute noch freien Erzeugnisse geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Dieser Ruf nach einem Syndikat wiederholt sich dann bei den Bemerkungen über die gegenwärtige Geschäftslage. Der Ausblick auf die Zukunft bietet leider kein erfreuliches Bild. Wie sehr die Marktlage in der Eisenindustrie sich verschlechtert hat, geht wohl am besten daraus hervor, daß ein so fest gefügtes Syndikat wie der Düsseldorf-Stadtwerksverband innerhalb der letzten Monate den Preis für Halbzeug zweimal um je 5 M., also um insgesamt 10 M., hat ernähigen müssen, und daß auch die im allgemeinen recht gleichmäßig gehaltenen Notierungen für Formeisen vor kurzem um 5 M. herabgesetzt werden mußten. Wenn dies schon bei den durch Verträge geschützten Erzeugnissen geschieht, so kann man ermessen, wie die freien Produkte, wie Stabeisen, Bleche und Röhren, von dem heutigen Wettbewerb umstritten werden. Der Wert der am 1. Juli 1913 in das neue Geschäftsjahr hinübergenommenen Aufträge für die Hüttenwerke betrug nur — 10,37 Millionen Mark gegen 22,16 Millionen Mark im Vorjahre.

## Soziales.

### Innere Kolonisation.

Zu Preußens großen Kulturwerten gehört die „innere Kolonisation“. Man hat dafür eine besondere Organisation geschaffen, betreibt eine große Kellerei und läßt sich die Sache einen netten Wahren Geld kosten. Kaiserlich sind die Erfolge großartig. Die königliche Generalkommission, die auf Grund des Gesetzes vom 7. Juli 1891 die Bildung von Rentengütern zu besorgen hat, kann berichten, daß sie im Jahre 1912 für 1493 neue Rentengüter 17.833 Hektar verwendet habe. Die Leistung im Jahre vorher ergab 750 „Güter“ mit 21.295 Hektar Fläche. Die großartigen Erfolge auf dem Gebiete der „inneren“ preussischen Kolonisation summieren sich seit 1891 auf 8426 erworbene Grundstücke mit einer Fläche in Höhe von 408.207 Hektar. Von dieser Fläche sind bisher zur Bildung von 19403 Rentengütern 219.879 Hektar aufgeteilt worden. Der Erwerbspreis der Gesamtfläche stellt sich auf 54.200.550 M.

Preußen wäre nicht Preußen, wenn dieser „Aufteilung“ nicht auch eine Zusammenlegung gegenüberstände. Und es ist ganz preussisch, daß dieses Zusammenlegen die „Aufteilung“ überreichlich aufhebt. Die fideiussorische Fläche nimmt nämlich mehr zu, als die für die Rentengüterbildung erworbene. Nach der amtlichen Statistik wurden in dem Jahrzehnt 1901/10 nicht weniger als 257.421 Hektar durch Bildung neuer Fideikommissionen gebunden. Jeder Fideikommission ist im Durchschnitt 1000 bis 2000 Hektar groß, jedes Rentengut im Durchschnitt nur 11,3 Hektar. Außerdem wurden die bestehenden Fideikommissionen durch Erweiterung um über 20.000 Hektar vergrößert. Die königliche Generalkommission erwirbt in 22 Jahren 408.202 Hektar, benötigt aber nur 219.879 Hektar zu Rentengüterbildung und die Fideikommissionen brauchen nicht die Hälfte der Zeit, um ihren Besitzstand um fast 270.000 Hektar zu vergrößern. Selbst wenn man den Abgang durch Verfeinerung und Ablösung absieht, dann bleibt für die Fideikommissionen doch ein gewaltiges Plus in der Flächenvermehrung. Ja, ja, Preußen ist ein Musterland der Scheinkultur.

### Befeldigung eines Maschinenmeisters.

Ein Maschinenmeister klagte gestern vor dem Gewerbegericht gegen die Firma Wägenstein auf eine Woche und einen Tag Lohn, insgesamt 44 M., wegen ungerechtfertigter sofortiger Entlassung.

Die Firma hielt sich zur Entlassung für berechtigt, weil Kläger die Arbeit verweigert habe. Der Kläger hatte eine Zweitorenmachung zu bedienen. Sein Vorgesetzter wurde ihm sorgfältig und ihm eine Anleiherin zugeteilt. Diese leistete jedoch angeblich nicht genügend. Der Maschinenmeister wendete sich dieserhalb an den Obermeister. Das mißfiel der Anleiherin und es kam zu einem Wortwechsel zwischen dem Kläger und der Vorgesetzten. Dabei soll dies ihm angedroht haben, ihm in die „Presse“ zu schlagen. Da sie das einem Hausdiener gegenüber schon einmal wahr gemacht habe, nachdem sie vorher gereizt worden, wollte der Kläger einem Skandal aus dem Wege gehen und forderte jetzt eine andere Heiserin. Er erhielt diese nicht und wurde schließlich entlassen.

Die Angelegenheit hatte bereits das Schiedsgericht beschäftigt. Dieses war zu der Ansicht gekommen, daß der Kläger als Vorgesetzter der Anleiherin anzusehen sei und deshalb wohl berechtigt war, im Falle einer großen Befeldigung die Ablösung der Arbeiterin zu verlangen. Da jedoch der angeführte Befeldigung Ausdruck bestritten wurde, mußte der Beweis durch Eidesabnahme vor dem Gewerbegericht geführt werden.

Die Anleiherin schwor gestern, die ihr zur Last gelegte Behauptung nicht getan zu haben. Die Klage wurde darauf zurückgezogen.

### Som Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Die Tatsache, daß in einigen Orten eine Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen zustande gekommen ist, hat zu der Annahme geführt, es sei allgemein Frieden geschlossen. Das ist ein Irrtum. Die Ärzte sind sehr kampflustig, und die Kassen wehren sich selbstverständlich. In der Provinz Sachsen haben alle Kassenärztereine dieser Provinz in Gemeinschaft mit denen von Sachsen-Anhalt ein Schutz- und Trugbündnis geschlossen. Der Hauptinhalt ist erstens, daß Verträge nur unter entsprechenden Bedingungen und von allen Vereinen nur zur gleichen Zeit abgeschlossen werden sollen. Die sächsischen Staaten werden sich vermutlich diesem Vorgehen anschließen.

### Sicherung der Bauforderungen.

Durch Ministerialverordnung ist bestimmt worden, daß in den preussischen Städten Königsberg, Stettin, Breslau, Posen, Magdeburg, Rassel, Wiesbaden und Wachen die Geschäfte, die mit der Sicherung der Bauforderungen zusammenhängen, von der städtischen Polizeiverwaltung wahrzunehmen sind.

### Selbstmord eines Unfallverletzten.

Die Witwe eines Ländereigenen klagte auf Gewährung der Unfallrente, weil ihr Ehemann vor Jahren einen Betriebsunfall erlitten und an den Folgen des Unfalls verstorben sei. Ihr Ehemann habe im Winter als Bauarbeiter feiern müssen und sich mit seinen Nebenkollegen im Gemeindefeiere bei St. Goar als Waldarbeiter beschäftigt. Bei dieser Arbeit sei ihm ein großer Baumast auf den Kopf gefallen und habe ihn schwer verletzt. Nach und nach hätten sich aber die Beschwerden verschlimmert und wäre der Verletzte zuletzt ganz erwerbsunfähig geworden und habe sich im Anfall von Wahnsinn selbst getötet. Durch Zufall wurde nun die Witwe darauf aufmerksam gemacht, daß sie Anspruch auf Hinterbliebenenrente erheben könne, da der Selbstmord doch sicher als Unfallfolge anzusehen sei. Doch die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft weigerte sich entschieden, die Rente zu zahlen und versuchte die Ursachen des Selbstmordes auf andere Gründe zurückzuführen. Die Witwe erhob Verurteilung. Das Oberverwaltungsamt ließ ein Obergutachten von der Marburger Klinik über die Frage des Zusammenhanges zwischen Unfall und Selbstmord einholen. Inzwischen stellte sich auch noch heraus, daß der Verletzte kurz vor seinem Tode angeklagt war, einen sechsjährigen Knaben schwer mißhandelt zu haben, jedoch vom Schöffengericht Frankfurt a. M. freigesprochen wurde, weil er für seine Tat nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Die von der Witwe als Zeugen benannten Kollegen des Verstorbenen sagten aus, daß sie ein „auffallend verändertes Wesen nach dem Unfall an dem Verletzten bemerkt haben“. Professor Tuschel zu Marburg kam in seinem Obergutachten zu dem Schluß, daß ein mittelbarer Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tode des Verletzten unbedingt angenommen werden müsse. Sicher habe der schwere Unfall — Kopfverletzung — ein Nerveneiden hervorgerufen und dieses Leiden habe zum Tode — Selbstmord — geführt.

Die Frau erhielt nun eine Rente für sich und ihre Kinder. Die Rente ist freilich sehr gering. Da der örtliche Jahresverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter im Bezirk St. Goarshausen nur 600 M. beträgt, so erhält die Frau für sich und ihre Kinder nur eine Jahresrente von 360 M. Wäre ihr Ehemann aber als Bauarbeiter verunglückt, so wäre sicher ein Jahresverdienst von 1450 M. angenommen worden und die Hinterbliebenenrente mehr als doppelt so hoch gewesen. Das zeigt den schweren Schaden, den Bauarbeiter erleiden, wenn sie das Recht haben, im Winter als Waldarbeiter ihr Brot verdienen zu müssen.

## Genossenschaftliches.

### Die fünfzigjährige Feier der Großeinkaufsgesellschaft englischer Konsumvereine.

1863, zwanzig Jahre nach dem bahnbrechenden Vorgehen der 23 armen Weiber von Rochdale, schufen die Konsumvereine Englands sich die Cooperative Wholesale Society in Manchester: zunächst eine Geschäftsstelle für gemeinsamen Einkauf auf dem Weltmarkt, mit der Zeit ein Zentrum stetig wachsender Wirtschaftsgemeinschaft in Warenumlauf, Produktion und Selbstverleber. Das erste Geschäftsjahr, 1884, wies einen Umsatz von 1.063.000 M. auf. 1898 folgte eine besondere C. W. S. für Schottland mit einem Umsatz von 198.800 M. Im Jahre 1912 betrug der Warenumlauf der beiden Großeinkaufsstellen 777.717.600 M., während die gesamten 1899 Konsumvereine mit 2.760.688 Mitgliedern einen Umsatz von 1.608.664.400 M. erzielten. Die Geschäftsanteile der Konsumvereine erreichten die Höhe von 708.751.000, die der Großeinkaufsgesellschaften 48.886.811 M. Die Eigenproduktion der letzteren war 205.862.800 M. — 29 Prozent ihres Gesamtumsatzes. Die Produktion der gesamten Konsumgenossenschaften erreichte schon 1911 die Höhe von 499.778.000 M., also eine halbe Milliarde.

Speziell die englische Großeinkaufsgesellschaft rechnet für das laufende Jahr auf einen Umsatz von 650 Millionen Mark. Sie besitzt 45 Fabriken, mehrere Seeschiffe, Zerpflanzen in Indien, Gemüße- und Obstgärten in Schottland, Palmwälder in Westafrika. Ihre Bank hat einen Geldumlauf von rund 2 1/2 Milliarden Mark. Von dem Festmahl, das in Manchester die 32 Direktoren der Gesellschaft mit sonstigen leitenden Kräften und Vertretern der ausländischen Arbeiterorganisationen vereinigte, gibt Genosse Serway, Geschäftsführer des Verbandes der belgischen sozialistischen Konsumvereine, eine fesselnde Darstellung im „Peuple“. Ein Blick auf die Verammlungen zeigt, daß sie alle Arbeiter sind, aus der kapitalistischen Industrie und dem Handel hervorgegangen. Alle haben, trotz ihrer Gehälter von 6500 bis 7800 M., die Einfachheit und Ungezogenheit des Weizens bewahrt. Ihr offenes Gesicht spiegelt Freimut und Energie. Ihre grauen oder weißen Haare — Keuzgehntel sind älter als fünfzig — stößen Achtung und Vertrauen auf die Zukunft ein. Ueberall Herzlichkeit und Humor. Herr Schillito, der ohne die geringste Ermüdung die Verhandlungen vier Stunden lang geleitet hat, ist ein wackerer und großer Alter von 81 Jahren. Er ist der Leiter der Geschäftsstelle. Nach den ständigen Glückwünschen und der Ueberreichung der Geschenke sprachen Stewart von der schottischen C. W. S., Marwell, Präsident des Internationalen Genossenschaftsverbandes und Schillito über die Zukunft der Genossenschaft.

Was uns mehr freut als die angeführten Millionen, ist der Geist der britischen Genossenschaftler, ihr klares Bewußtsein von der gegenwärtigen Bedeutung ihrer Bewegung gegenüber dem Kapitalismus. Sie lassen sich nicht durch ihren Erfolg verführen. Sie wissen, daß der große Feind des Fortschritts der Genossenschaftsidee viel mehr der Konsument, der Arbeiter selbst, als der Kapitalist selbst. Neben den 2 1/2 Millionen Genossenschaftlern und Gewerkschaftlern gibt es noch mehrere Millionen, für die die Organisation ein totes Wort ist. Auch verlangen sie, daß die Genossenschaften selbst immer mehr für die Erziehung ihrer Mitglieder ausgeben. Es gilt, sagen sie, die Vorkriegszeit aus den Sitten der Arbeiter zu drängen, um den Vorkriegsstand einzuführen. Die gierige Dividendenjagd ist einzuschränken, die gesamte genossenschaftliche Treue zu lehren und den Dausfrauen zum Grundsat zu machen. Der Nationalpatriotismus ist mit aller Kraft zu bekämpfen. Es gilt, die Massen zur Erkenntnis der sozialen Bedeutung der Genossenschaft zu bringen, unseres Zieles: Alle Konsumanten an allen Orten, nur ihre eigenen Läden kennend, alle Vereine nur bei ihrer Zentrale laufend; der gesamte genossenschaftliche Konsum aufgebaut auf die genossenschaftliche Produktion; schließlich internationaler Austausch auf der Grundlage der Großeinkaufsstellen jedes Landes!

Ja, die Genossenschaft wird triumphieren, sofern sie, in Erkenntnis der Macht des Kapitalismus, wenn nicht Hand in Hand, so doch in gleicher Richtung mit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse marschiert. Diese Einsicht, die namentlich Marwell, der Abgeordnete Barnes und die Schotten vertreten, ist heute noch die einer bedeutenden genossenschaftlichen Minderheit. Ein Komitee der drei Organisationen sucht einen gemeinsamen Aktionsplan. Ihr Einvernehmen wird tiefgreifende Umgestaltungen im englischen Arbeiterleben anbahnen.

## Verammlungen.

Genosse Wesse ersucht uns um Aufnahme einer Ergänzung dahin, daß er im Köpenicker Viertel des vierten Kreises im Schlußwort einem Diskussionsredner gegenüber besonders betont habe, daß es wohl notwendig war, daß Genosse Scheidemann der Genossin Luxemburg so wie geschienen gegenüber getreten ist. Denn sie hat ja in Parteiverammlungen die Behandlung der Massenstreikfrage dazu benützt, um Angriffe gegen die Zentralorganisation und die Führer zu richten. Ebenso habe sie die praktische agitatorische Kleinarbeit herabzusetzen versucht. Habe das dann auch aus Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“ nachgewiesen. Er erklärte dann weiter, daß die Genossin Luxemburg auf dem Parteitage nicht darauf eingegangen ist, was sie vorher gesagt und geschrieben hat.

In dem Bericht des vierten Kreises soll ich, der Unterzeichnete, gesagt haben, die Rede Scheidemanns habe lächerlich gewirkt. Dies ist wohl ein Formfehler des Berichterstatters. Bedauert habe ich, daß der Genosse Scheidemann in seiner Rede über den Massenstreik sich verschiedener Dinge bediente, die besser nicht gesagt worden wären bei einem solchen ersten Thema wie die Massenstreikfrage.

Franz Künstler.

Genosse Jubel bittet uns um die Aufnahme einer Erklärung dahingehend, daß er in der Verammlungen des Köpenicker Viertels vom vierten Wahlkreis nicht gesagt habe: die Gewerkschaften hätten die Masse abgefaßt. Er hätte die Gewerkschaften gar nicht erwähnt.

Verichtigung. Beim Köpenicker Verammlungsbericht muß es dritte Spalte Zeile 18 heißen: Keine Heeresvorlagen winten. Der letzte Diskussionsredner heißt nicht Radtke, sondern Regge.

Verichtigung. In dem Bericht im Stralauer Viertel des 4. Berliner Reichstagswahlkreises sendet uns Genosse Eugen Brückner folgende Verichtigung: Ich habe nicht im Fall Radel erklärt, daß ich mit der Haltung des Parteitages nicht übereinstimme, vielmehr habe ich hervorgehoben, daß, wenn ein Beschluß gerecht gefaßt worden ist, es in Sachen Radel gelassen sei. Die Haltung der Bremer Parteiorganisation sei daher anlässlich der klaren Beschlußfassung des Parteitages nicht zu verstehen. Des weiteren läßt mich der Bericht sagen, daß die Stellungnahme der Gewerkschaften zum Massenstreik durch die Gewerkschaftsorgane gegeben sei. Verichtigend muß ich bemerken, daß ich von Beschläffen des Jenaer Parteitages 1905 und des darauffolgenden Parteitages in Mannheim gesprochen habe, dem sich auch die Gewerkschaftler, soweit sie Parteigenossen sind, gefügt haben.

Eugen Brückner.

Alte eine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (B. a. W.) zu Hamburg. Filiale Baumhäuserweg. Den Mitgliedern, welche in Teptom wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 11. Oktober, abends von 8 1/2—10 Uhr, im Lokale von Jul. Schmidt, Tiefholst. 22, kassiert wird.

### Witterungsübersicht vom 9. Oktober 1913.

Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometerhöhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.
Eutinende	751	SW	4	12	Habaranda	761	R	2	10
Hamburg	749	SW	4	12	Petersburg	763	R	2	10
Berlin	753	SW	3	12	St. Petersburg	763	R	2	10
Frankf. a. M.	757	SW	4	12	Wien	759	D	3	12
München	761	SW	5	12					
Wien	759	D	3	12					

### Wetterprognose für Freitag, den 10. Oktober 1913.

Teilweise heiter, aber veränderlich, nachts kühl, am Tage wieder etwas wärmer bei ziemlich frischen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Die herzlichsten Glückwünsche unserem Genossen  
**Otto Georgi** nebst Frau  
zur Silberhochzeit. 29.10.  
Die Genossen Sez. 231a.

**Todes-Anzeigen**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter  
**Karl Malchow**  
Neußd. 11, im Alter von 34 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Klosters, Friedrichstraße, aus statt.  
Kege Beteiligung erwartet.  
127/13 Die Ortsverwaltung.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.**  
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der pensionierte Kollege  
**Wilhelm Pritschow**  
welcher früher im Kreis II der Berliner Verwaltungsverwaltung beschäftigt war, verstorben ist.  
Ehre werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
35/13 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Buchhändler-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Kollege  
**Rich. Wartenberg**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof, Wälderstraße, 25/1.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Monteur  
**Hermann Fritsch**  
(Überstr. 52), am 8. Oktober an Herzleiden gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 11. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Philippus-Klosters, Friedrichstraße, aus statt.  
Kege Beteiligung erwartet.  
127/13 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem 6. Berliner Wahlkreis, dem Lotterieverein „Fortuna Jäger“, sowie dem Bund der Raureportiere meinen innigsten Dank.  
Frau Witwe Emilie Gese.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die vielen Krampfen bei der Beerdigung meiner lieben Tochter, Schwester und Schwägerin  
**Marie Ziebarth**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, Kolleginnen und Kollegen sowie dem Bureau „Personal“, Beamtinnen und Beamten Kst. B. und der Kassenkassiererin unseren innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Florentine Ziebarth**  
20195 nebst Kindern.

**Dankagung.**  
Für die überaus große Teilnahme und Krampfen bei der Beerdigung meiner Frau, Mutter und Großmutter  
**Marie Lehmann**  
sagen wir allen Verwandten, den Kindern vom Hause sowie den Freien Kassen- und Ehrenmitgliedern und dem Hausklub Bahlo für die Beteiligung unseren herzlichsten Dank.  
511  
**A. Lehmann**  
nebst Kindern.

**Dankagung.**  
Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich dem Holzarbeiterverband meinen herzlichsten Dank.  
96215  
Frau verwit. Emma Werkman.

**Muskeln und Gesundheit**  
kommen in einen hervorragend guten Zustand durch Gebrauch unserer  
**CHEST-EXPANDER**  
Wir bieten solche bei allerbesten Qualität zum erstenmal  
gegen Ratenzahlung  
an. Prospekt gratis und franko.  
Wrangel-Haus, Berlin SO, Wrangelstr. 23 V.







Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis. Heute findet der zweite Vortragsabend über „Imperialismus und Militarismus“ statt. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Um zahlreichem Besuch bitten Der Bildungsausschuss.

Fünfter Wahlkreis, 7. Abteilung. Die Flugblattverteilung am Sonntag, den 12. Oktober, im 38. Stadivorderordneten-Kommunalbezirk findet nicht von Freitag, Luisenstr. 26, sondern von Schneider, Marienstr. 9, aus statt.

Lichtenberg. Die Genossen zur Landagitation treffen sich morgen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wlth. Schulz, Kronprinzenstr. 47. — Obsteute 8 Uhr.

Tempelhof. Am Sonntag, den 12. d. Mts., vormittags 10 Uhr, findet die Beschäftigung des Krematoriums in Baumjuchentweg statt. Treffpunkt pünktlich 9 Uhr am Ringbahnhof Tempelhof.

Lichterfelde. Heute Freitag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Flugblattverteilung für eine vom Sportartell für Kultur- und Körperpflege am 12. Oktober, mittags 1 Uhr, bei Richter, Chausseestraße 103, stattfindende öffentliche Versammlung. Die Genossen von Ost treffen sich bei Weigel, Kronoldplatz 2; die für Süd bei Erpel, Berliner Str. 129; für West bei Brotnida, Ringstr. 17, und für Chausseestraße bei Lensky, Chausseestr. 55.

Niederschönhausen (Niederbarnim). Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonntag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ einen heiteren Abend unter Mitwirkung von Frä. Margarete Herrbach (Rezitation) und Herrn Kurt Siegmund (Vieder zur Laute). Der Eintrittspreis ist auf 40 Pf. (einschließlich Tanz) festgesetzt. Eine rege Beteiligung ist erwünscht.

Lichtenrade. Am Sonnabend fällt der Jahlabend aus, dafür findet am Mittwoch, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Wirtshaus Lichtenrade unsere Mitgliederversammlung statt.

Schönholz und Umgegend. Am Montag, den 13. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, beginnt in der „Villa Kahl“ der Vortragskursus des Gen. Wilhelm Piez über: „Der praktische Teil des Parteiprogramms“ (sechs Vorträge). Erster Vortrag: Der Zusammenhang unserer Gegenwartsforderungen mit dem theoretischen Teil des Programms. Teilnehmerkarten a 50 Pf. sind zu haben beim Kassierer B. Franz, Paradiesstr. 4, und dem Gen. Wollenhain, Eichwalde, Kaiser-Friedrich-Str. 7. Arbeitslose Mitglieder haben freien Zutritt.

Grünau. Am Sonnabend, den 11. Oktober, feiert der hiesige Wahlverein im Restaurant „Bellevue“ sein 23. Stiftungsfest. Da für gute Unterhaltung gesorgt ist, wird reger Besuch erwartet.

Groß-Besen. Am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Lokal von Hermann Reimeke: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitage in Jena. 2. Diskussion. 3. Rassenbericht.

Nieder-Schönhausen-Kordend. Sonntag, den 12. Oktober, früh 8 Uhr: wichtige Handzettelverteilung von sämtlichen Bezirken aus.

Senzig und Umgegend. Am Sonntag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant A. Schinle. Tagesordnung: 1. Besprechung über unsere Agitationstour. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Unsere Bildungsbestrebungen. 4. Jugendorganisation und Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Neue Sprengversuche in den Rüdersdorfer Kalkbergen.

Beim Bau des Simplontunnels (1898-1905) ist flüssige Luft als Sprengmittel in größerem Maßstabe angewandt worden; allein die Handhabung dieses Sprengmittels war damals ziemlich schwierig, und deswegen hat man es bei anderen Gelegenheiten kaum angewandt. Neuerdings ist auf dem Gebiete der Sprengung mit flüssiger Luft nun ein bedeutender Fortschritt erzielt worden, und seit den Versuchen, die unlängst in den Rüdersdorfer Kalksteinbrüchen erfolgreich ausgeführt worden sind, kann man sagen, daß flüssige Luft als Sprengmittel ein gefährlicher Nebenbuhler der übrigen Sprengmittel geworden ist. Früher ging durch Verdampfung sehr viele flüssige Luft verloren, und die Vorbereitungen auf die Sprengungen waren sehr zeitraubend. Gegenwärtig ist die Handhabung sehr bequem, wie aus folgendem Bericht über die Rüdersdorfer Sprengungen in den „Naturwissenschaften“ hervorgeht:

Als Patronenhülle wurde bei den Versuchen eine Papierhülle von 40 Millimeter Durchmesser und etwa 35 Zentimeter Länge verwendet; sie wurde mit einer Mischung von Kieselgur und Petroleum im Verhältnis von 60 : 40 gefüllt. Durch die Längsachse der Papierhülle geht ein 10 Millimeter weites Rohr aus feinnächtigem Drahtgewebe, das von der Mischung frei bleibt und bei der Auffüllung der flüssigen Luft dazu dient, diese durch die ganze Waffe hin zu verteilen. Das Befüllen des Bohrloches geschieht nun in der Weise, daß die Patrone, in welche eine Sprengpatrone mit elektrischem Zünder eingeführt wurde, in das Bohrloch eingeschoben wird. Befindet sich die Patrone in der Tiefe des Loches, so wird eine Räumnadel eingebracht und dann der Befehl hineingeschoben und festgestampft. Zieht man jetzt die Räumnadel wieder heraus, so ist die Patrone mit flüssiger Luft zu laden. Die flüssige Luft wird in einer nach dem Demarschen Prinzip gebauten Kanne, die mit einem festen, eisernen Gefäße umgeben ist, an die Sprengstrecke herangebracht. Da die flüssige Luft ständig verdampft, darf die Kanne nicht fest verschlossen sein. Zum Füllen der Bohrlöcher wird in der Kanne mit Hilfe einer daran angebrachten Handpumpenpumpe ein geringer Ueberdruck von 0,4 Atmosphären erzeugt, der genügt, um die flüssige Luft aus der auf dem Erdboden stehenden Kanne durch eine Papprohrleitung in das Bohrloch hinaufzudrücken und die Patronen zu füllen. Hierbei nimmt die flüssige Luft Wärme auf und verdampft anfangs ziemlich rasch. Die entstehenden Dämpfe treten aus dem hinteren Ende der Patrone aus und entweichen durch die Öffnung zwischen Patrone und Bohrloch. Hierbei umspülen die kalten Dämpfe die Patrone und schützen so die Flüssigkeit in der Patrone gegen Wärmeaufnahme vom Gestein her; es wird auf diese Weise eine sehr gute und für den Erfolg der Sprengung sehr wesentliche Wärmeisolierung erzielt.

Bei den Versuchen in Rüdersdorf wurden nach oben ansteigende Sprenglöcher von 1 Zentimeter Tiefe und der gewöhnlichen Weite gebohrt. Drei Sprenglöcher wurden immer zu gleicher Zeit gefüllt und die ganze Arbeit zum Laden der drei Patronen dauerte nur ungefähr eine Minute. Die Wirkung der Detonation mit flüssiger Luft war die gleiche, wie bei dem sonst von der Bergwerksverwaltung verwendeten Ammon-Gehäut, was auch mit den früher beobachteten Ergebnissen übereinstimmt. Für einen Schuß wurde etwa ein Liter flüssige Luft verbraucht, zu deren Ver-

stellung ein Energieaufwand von 2,5 Pferdestärkestunden erforderlich ist. Bei der Wiederholung der Versuche ergaben sich verschiedene wesentliche Verbesserungen des Verfahrens, so wurde eine Füllflasche konstruiert, die keinerlei bewegliche Teile besitzt und daher von jedem Arbeiter leicht bedient werden kann.

Das Verfahren ist zwar noch verbesserungsfähig. Es ist aber bereits — selbst wenn eine Transportflasche zerbrechen sollte — vollkommen gefahrlos; die Betriebssicherheit der Gruben wird dadurch wesentlich erhöht, und schließlich kann bei Verwendung in Kohlengruben die flüssige Luft an Ort und Stelle hergestellt werden, so daß das Sprengen mit flüssiger Luft auch billiger ist als das mit anderen Sprengmitteln.

Zur Arbeitslosenfrage.

Der von der gemischten Deputation betreffend Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung eingesetzte Ausschuss, dem die in der letzten Sitzung der gemischten Deputation am 27. September gestellten Anträge zur Vorberatung überwiesen worden waren, tagte gestern (Donnerstag) und lehnte den von unseren Genossen gestellten Antrag mit vier gegen drei Stimmen ab, sofort 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen zur Unterstützung der Arbeitslosen, die aus ihren Organisationen keine Unterstützung erhalten und der Unorganisierten, die sich täglich im Zentralverein für Arbeitsnachweis zur Kontrolle melden. Von Magistratsvertreterseite wurde darauf hingewiesen, daß der Armenetat schon jetzt um mehr als 650 000 Mark überschritten worden sei, was ungewisselhaft auch den Arbeitslosen zugute komme, daselbst treffe auf die erhöhten Ausgaben aus Stiftungsmitteln zu. Außerdem seien große Summen zur Beschleunigung städtischer Arbeiten inzwischen bereit gestellt worden. Ueberdies sei noch immer in der Schwebe, ob derartige Inanspruchnahme städtischer Geldmittel nicht die Beschränkung der bürgerlichen Rechte zur Folge habe, und das beabsichtigen in erster Linie doch wohl die Antragsteller nicht. Dem wurde unsererseits insoweit zugestimmt, als einwandfrei festgestellt werden sollte, ob Arbeitslose, die aus solchem Fonds Unterstützung beziehen, die Befreiung der politischen Rechte zu gewärtigen haben. Es hieß, dem könne aus dem Bege gegangen werden durch Errichtung einer städtischen Arbeitslosenkasse mit Beitragszwang. Das soll in Verbindung mit den übrigen dem Ausschuss überwiesenen Anträgen, darunter der Antrag unserer Genossen auf Errichtung einer städtischen Arbeitslosenversicherung nach dem Genet System und einer gesonderten städtischen Arbeitslosenunterstützungskasse, demnächst in einer weiteren Sitzung beraten werden.

Die Kranzschleifen, die gelegentlich der Einäscherung Bebeis gestiftet worden sind, sollen den Spendern zum Andenken zurückgegeben werden. Die Schleifen können im Verbandsbureau, Lindenstr. 2, vorn 1 Treppe, in der Zeit von 9-1 und von 4-7 Uhr abgeholt werden.

Eine Markthalle für den Lebensmittelhandel.

Die Verhältnisse in und vor der Engros-Markthalle am Alexanderplatz sind seit Jahren so unhaltbar geworden, daß Polizei und Feuerwehr im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf endliche Aenderung hinarbeiten. Es sind auch wiederholt Projekte vorgelegt worden, die aber wegen der Lage des Geländes nicht verwirklicht wurden. Jetzt liegt ein Projekt vor, nach dem die neue Halle an der Veuffelstraße in der Gegend der Gebauerischen Fabrik ausgeführt werden soll. Das Gelände soll 16 1/2 Millionen Mark kosten — da die Fabrik Gebauer abgebrochen werden soll —, die Baufkosten der Halle sind auf 10 Millionen berechnet. Der Eisenbahnanschlag wird auf 2,6 Millionen Mark geschätzt. Dazu kommt eine Zinsenlast von 4 Millionen für die vierjährige Bauzeit, so daß die neue Halle 34 Millionen kosten wird, die aus Anleihemitteln gedeckt werden sollen.

Es ist in Aussicht genommen, daß die neue Halle eine Lebensmittelhalle großen Stils werden soll, insbesondere für Obst und Gemüse. Die Gemüsehändler erheben gegen die Verlegung des Gemüsehandels nach Roabit Einspruch, weil das aus dem Norden kommende Gemüse erst große Umwege erfahren muß, während andererseits für die Heranschaffung von Obst der Wasserverkehr wieder günstiger ist.

Der „nicht unsachgemäß“ gebrauchte Polizeirevolver.

Jene nächtliche Schießaffäre, die sich im August 1912 in Berlin an der Ecke der Müng- und der Dragonerstraße abspielte und bei der ein Schützmann Gabbert einen Fürsorgezögling Fischer niederschloß, hat noch bis in die letzte Zeit hinein der Staatsanwaltschaft zu tun gegeben. Zwar galt der Staatsanwaltschaft der Fall Gabbert längst als erledigt, nachdem sie eine Strafverfolgung des Schützmanns für ungerechtfertigt erklärt hatte, weil nach ihrer Ansicht er beim Gebrauch der Schußwaffe seine Befugnisse nicht überschritten habe. Aber die Mutter des Erschossenen hatte gehofft, durch eine von ihr selber eingereichte Anzeige gegen Gabbert sowie durch Beschwerde gegen die ablehnende Verfügung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I den schließenden Schützmann doch noch auf die Anklagebank bringen zu können. Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht hat jetzt die Beschwerde zurückgewiesen, weil er sie „nach Einsicht der Akten nicht für begründet erachten“ könne. Welches Bild des Herganges bei jener Schießerei er aus den Akten gewonnen hat, das sagt er der Mutter des Erschossenen mit folgenden Worten:

„Nach den Ermittlungen war der Schützmann Gabbert von einem in der ihn bedrohenden Menschenmenge befindlichen Manne sätzlich angegriffen und zu Boden geworfen worden. Er hat darauf gedroht, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn er wiederum angegriffen werde. Es kann nun dahingestellt bleiben, ob jener Mann Ihr Sohn gewesen ist, und ob Ihr Sohn, als er auf den Beschuldigten zugeht, einen Angriff auf ihn beabsichtigte. Jedenfalls ist nach der gefährlichen Lage, in welcher sich der Schützmann Gabbert befand, anzunehmen, daß er an einen neuen unmittelbaren bevorstehenden Angriff glaubte und diesen von sich abwenden wollte. Bei dieser Sachlage kann der Gebrauch der Schußwaffe insbesondere mit Rücksicht auf den früheren Angriff nicht als unsachgemäß erachtet werden, und es ist ferner nicht zu beweisen, daß der Beschuldigte über die Grenzen der von ihm für notwendig gehaltenen Verteidigung hinausgegangen ist.“

Offenbar mühen die Ermittlungen sich hauptsächlich auf die Aussagen des beschuldigten Schützmanns Gabbert. Nach dem Wortlaut der Antwort des Oberstaatsanwalts muß man annehmen, daß Gabbert selber nicht bestimmt sagen kann, Fischer sei derjenige gewesen, der gegen ihn einen Angriff machte oder einen erneuten An-

griff machen wollte. Aus der ganzen Darstellung empfängt man den Eindruck, daß ein Unbeteiligter das Opfer des Polizeirevolvers geworden ist. Den Gebrauch der Schußwaffe, wie er hier geschildert ist, findet der Oberstaatsanwalt „nicht unsachgemäß“. Vielleicht wird mal bei einem Auflauf von dem Revolver eines sich bedroht und „sachgemäß“ schließenden Schützmanns versehentlich ein vorbeigehender Oberstaatsanwalt niedergelassen.

Der Raubanfall in der Friedrichstraße.

Zu dem Raubanfall in der Friedrichstraße erfahren wir weiter, daß der Täter, der sich Weder aus Frankfurt a. M. nannte, jetzt festgestellt ist als ein Handlungsgehilfe Franz Ernst, der aus einem Städtchen im Harz gebürtig ist. Der junge Mensch ist erst 19 Jahre alt und scheint nicht ganz so schlimm zu sein, als man erst ahmte. Er selbst gibt zwar zu, daß er sich in den Besitz der Ladenkasse setzen wollte, bestreitet aber, daß er habe schießen wollen und versichert, es sei ihm nur darauf angekommen, durch die Drohung mit dem Revolver den Geschäftsmann einzuschüchtern. Ernst ist augenscheinlich etwas phantastisch veranlagt. Bestraft ist er bisher noch nicht. Nachdem er in einem Konfektionsgeschäft im Harz gelernt hatte, blieb er noch eine kurze Zeit als Gehilfe und ging auf die Wanderschaft. Wie er sagt, wollte er allmählich nach Frankreich zu wandern, über die Grenze gehen und in die Fremdenlegion eintreten. Von diesem Gedanken kam er jedoch wieder ab. Er begab sich nun zunächst nach Magdeburg und kaufte dort einen Revolver und 50 scharfe Patronen, weil man doch, wie er beim Verhör erklärte, auf der Wanderschaft unbedingt eine solche Waffe haben müsse. Von Magdeburg wandte sich Ernst nach Hamburg, wiederum ohne bestimmtes Ziel. Als er von Hamburg nach Berlin kam, war er mit seinen Mitteln am Ende. Um sich neue zu verschaffen, begab er sich in den Juwelierladen, den er sich nachmittags schon ausgesucht hatte. Soweit die Angaben des Verhafteten, die im einzelnen noch nachgeprüft werden müssen. Der falschen Namen will Ernst angegeben haben, um seine Eltern zu schonen.

Tödlicher Sturz aus dem Automobil.

Als am Mittwochabend gegen 10 Uhr auf der Chaussee von Schildow nach Mühlenbeck ein Automobil der Berliner Städtischen Gaswerke fuhr, stürzte plötzlich aus demselben eine Dame. Die in dem Auto befindlichen Beamten brachten die Schwerverletzte sofort nach Mühlenbeck in ärztliche Behandlung, hier war jedoch schon der Tod eingetreten. Der Amtsvorsteher von Mühlenbeck ordnete bis auf weiteres die Unterbringung der Leiche in die dortige Halle an. Wie sich der Unfall zugetragen, entzieht sich vorläufig noch der öffentlichen Kenntnis.

Sturz zweier Knaben aus dem Fenster.

Ein aufregender Vorfall hat sich in dem Hause Wilmersdorfer Straße 18 in Charlottenburg zugetragen. Der sechsjährige Rudolf Rister spielte in der im ersten Stockwerk belegenen Wohnung seiner Eltern mit dem vierjährigen Franz Thiemann, dessen Eltern in demselben Hause wohnen. Die beiden Knaben kletterten, als sie für kurze Zeit allein im Zimmer waren, auf das Fensterbrett eines offen stehenden Fensters und traten schließlich, um auf dem Hofe spielende Kinder besser beobachten zu können, auf das vor dem Fenster angebrachte Blumenbrett. Unter der Last der beiden Knaben löste sich das Blumenbrett und die Jungen stürzten auf den gepflasterten Hof hinab. Der ältere Knabe erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und mußte nach dem Krankenhaus Westend geschafft werden, während der kleine Thiemann wie durch ein Wunder mit geringfügigen Hautabschürfungen davonkam.

Zwei Arbeiter von einem Schnellzug überfahren.

Auf dem Bahnhof Pankowstraße wurden gestern abend bald nach 7 Uhr die beiden Arbeiter Sperling und Lange durch den vom Lehrter Bahnhof kommenden D-Zug 12, der sich auf der Fahrt nach Hamburg befand, überfahren. Sperling war auf der Stelle tot, während Lange in schwer verletztem Zustande nach dem Virchowkrankenhaus transportiert wurde. Die beiden Arbeiter waren, aus Spandau kommend, wo sie bei den Siemens-Schuldettenwerken Beschäftigung hatten, auf dem Bahnhof Pankowstraße ausgestiegen, um sich nach ihren Wohnungen am Wedding zu begeben. Infolge eines Windstoßes flog dem einen Arbeiter der Hut vom Kopfe und beide eilten ihm über die Gleise nach, ohne den heranbrausenden Zug zu bemerken.

Für 20 000 M. Pelzwaren erbeuteten Einbrecher in der bergangenen Nacht auf dem Grundstück Dranienstr. 60, an der Ecke der Kommandantenstraße.

Von einem Postwagen überfahren und getötet wurde gestern abend die 88 Jahre alte Rentiere Rosalie Rosenfeld aus der Simeonstr. 28. Als die alte Dame vor dem Hause Alte Jakobstraße 80 den Fahrradweg überschreiten wollte, geriet sie unter die Räder des Postwagens, die ihr über die Brust gingen und so schwer verletzten, daß sie nach wenigen Augenblicken verstarb. Die Leiche wurde beiseitegenommen und nach dem Schauhaus gebracht.

Eine neue Faugvorrichtung wird bei den Wagen der städtischen Straßenbahn gegenwärtig eingeführt. Bis Mitte Dezember werden sämtliche Wagen mit dieser Einrichtung versehen sein. Dieselbe hat sich, soweit bereits angebracht, bisher sehr gut bewährt. Unter anderem wurde ein Kind, welches neulich in der Danziger und Wilmersdorfer Straße quer über den Fahrdamm lief und hierbei von dem Motorwagen 230 erfasst und umgestoßen wurde, vom Fahrgestell aufgenommen und unverletzt von demselben aufgehoben.

An der städtischen Fachschule für Maurer, Zimmerer und Dachdecker beginnt das Winterhalbjahr am Sonntag, den 12. Oktober, früh 9 Uhr. Maurer-, Zimmerer- und Dachdecker sowie Angehörige verwandter Berufsarten werden in fünf aufsteigenden Halbjahrskursen zu je acht Wochenstunden theoretisch und praktisch zu Leitern in ihrem Fache herangebildet.

Unterrichtsfächer sind: Werkzeichnen mit praktischen Übungen, Baugewerksches, Projektionszeichnen, Fachrechnen, Einführung in die Festigkeitslehre, Materialkunde, Baueinführungslehre, Einführung in den Eisenbetonbau, die erste Hilfe bei Unfällen. Das Schulgeld beträgt 8 Mark für den geschlossenen Halbjahrskursus.

Fortgeschrittene Bauhandwerker werden unterwiesen: in der Aufzeichnung von Bauzeichnungen unter Berücksichtigung aller konstruktiven Einzelheiten, im freihändigen Darstellen von Motiven aus dem Baufache, im angewandten Projektionszeichnen in Verbindung mit Skizzierübungen sowie in der Berechnung von Eisenbetonkonstruktionen, verbunden mit Übungen. Das Schulgeld beträgt hier halbjährlich für wöchentlich vier Stunden 4 M., für wöchentlich weiter je zwei Stunden 2 M. mehr.

Der Unterricht findet statt Sonntags vormittags 9 bis 12 Uhr und wochentags abends 7-9 Uhr in den Schullokalen der drei Abteilungen: Wartenburgstraße 12, Müllerstraße 158/159 und Andreadstraße 16a. Ausnahmen erfolgen daselbst noch an den ersten Unterrichtstagen.

Vierter Kreis. Am Dienstag in der Versammlung Südoft, Waldemarstr. 76, ist ein Schirm steifen geblieben. Der Fieber wird



erfücht, denselben im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11, abzugeben.

**Keine Nachrichten.** Am Schiffbauerdamm wurde die Leiche der 18 Jahre Schneiderin Anna Destrach aus dem Wasser gezogen. Das Mädchen war seit Freitag, wo es vom Hause fortging, verschwunden. — Auf einer Rehebe in der Frankfurter Allee verfiel plötzlich die 77 Jahre alte Witwe Lange, die in der Frankfurter Str. 124 wohnte. — In der Schankwirtschaft von Zell in der Königgräber Str. 11 starb plötzlich der Kaufmann Paul Berter, der kurz vorher eingelehrt war.

Der Männerchor **Wobbit** hält am Sonnabend, den 11. Oktober, im Stadttheater, Alt-Neubau 47—49, ein Konzert ab unter Mitwirkung der Konzert- und Oratorienfängerin Frau Herta Geipelt, Sopran. Am Klavier: Herr A. Torkiana. Das Konzert beginnt pünktlich 9 Uhr.

Die Männerchöre **Kordos-Dyrania** und **Hilaritas** veranstalten am Sonntag, den 12. Oktober, im Konzertabstimmungsbüro Friedriehshain einen Volksliederabend unter Mitwirkung der Opernsängerin M. Blume und des Berliner Tonkünstlerorchesters. Das Konzert beginnt um 8 Uhr.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

In der Sitzung am Mittwoch wurden eine Reihe kleinerer Vorlagen debattiert.

Die Vorlage, durch welche der Magistrat die Gewährung zweier Hypotheken erleichtern will, wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen. Die Vorlage sieht die Schaffung eines Hypothekensanktionsfonds vor, für dessen Pfandbriefe die Stadtgemeinde die Garantie bis zu einer Höhe von 20 Millionen Mark übernehmen soll. Mitglied des Vereins soll jeder Hausbesitzer werden können, der ein Eintrittsgeld von 500 M. zahlt; nach einjähriger Mitgliedschaft haben die Vereinsmitglieder Anspruch auf sachungsgemäße Beleihung ihrer Häuser nach Maßgabe der verfügbaren Mittel. Die Hypotheken sollen als un kündbare Abzinsungshypotheken gegeben werden, und auch die vor ihnen stehenden Hypotheken müssen in solche umgewandelt werden, wenn eine Beleihung erfolgen soll. Die Stadt behält sich eine weitgehende Aufsichtsbesugnis gegenüber dem Wandverein vor, die durch einen vom Magistratsdirigenten zu bestellenden Magistratskommissar ausgeübt wird.

In der Diskussion wurde von den Rednern sämtlicher Parteien betont, daß der Ausschuss sehr eingehend prüfen müsse, ob statt des vorgeschlagenen Weges nicht lieber die Stadt unmittelbar und ohne Benutzung eines Vereins die Hypotheken geben solle.

Eine sehr lebhafteste Debatte riefen die von liberaler und unpolitischer Seite gestellten Anfragen nach der „Verunsicherung“ des Wittenbergplatzes hervor. Sehr eingehend legte Stadtbaurat **Vredtschneider** die Entwicklungsgeschichte der wesentlichen Vorortbahnen dar, die einseitige Stellungnahme der Aufsichtsbehörde zugunsten der Wilmersdorfer Grundbesitzer am Nürnberger Platz, die eine Führung der Wilmersdorfer Linie über die Umlandstraße hinterziehen, so daß Charlottenburg sich genötigt sah, auf einer gesonderten Linie Wittenbergplatz—Umlandstraße zu bestehen, die vorläufig mit Pendelbetrieb unterhalten wird. Die Anlage auf dem Wittenbergplatz sei verkehrstechnisch notwendig und man könne nicht behaupten, daß sie den Platz verunfallte; aber selbst wenn dies der Fall wäre, müßten die städtischen Rücksichten den höheren Rücksichten des Verkehrs weichen. Stadtv. **Dunk** (lib.) schloß sich den Ausführungen des Stadtbaurats an und meinte, die Grundbesitzer und Geschäftsleute in der Nähe des Wittenbergplatzes, die jetzt so sehr über die Bahnhofshalle schimpften, würden sehr bald gewahrt werden, welche großen Vorteile sie durch die Eröffnung der neuen Untergumbahnhöfen erhielten. Notwendig sei es auch, von dem Verkehrszentrum, zu dem der Wittenbergplatz sich immer mehr entwickele, endlich den Bogenmarkt wegzunehmen, der auf einen solchen großstädtischen Verkehrspunkt nicht hingehöre. Stadtv. **Vander** (unpolit.) wollte wissen, warum der Magistrat nicht strafrechtlich gegen den Justizrat **Schöps** vorgehe, der ihn in einer Proklamation über die Angelegenheit des Bahnhofes Wittenbergplatz größtenteils Jurefährung der Stadtverordneten und der Deffektivität vorgeworfen habe. Bürgermeister **Raier** erwiderte, es hieße solchen Angriffen, die den Stempel der Unsachlichkeit an der Stirn tragen, zu viel Ehre antun, wenn man sie einer Beachtung würdige. Stadtv. **Stadthagen** (unpolit.) hob hervor, daß bei dem vor zwei Jahren gefassten Beschluß der Versammlung, die Ueberführung auf dem Wittenbergplatz oberhalb der Steile zu machen, kein Mensch daran gedacht habe, die Ueberführung der Ueberführung zu einer monumentalen Halle auszugestalten; der Magistrat hatte wohl das formale Recht dazu, es wäre aber gut gewesen, wenn er der Stadtverordnetenversammlung Kenntnis gegeben hätte, als das Projekt sich zur Errichtung dieser Bahnhofshalle veränderte. Bürgermeister **Raier** erklärte, daß es in der Tat zweckmäßig gewesen wäre, die Versammlung und die Deffektivität schon in einem früheren Stadium über die endgültigen Pläne aufzuklären.

Eine weitere Anfrage des Stadtv. **Liepmann** und Gen. (unpolit.) erludigte sich nach dem Schicksal des alten Baumbestandes auf dem Kurfürstendam, der mit der Weiterführung der Untergumbahn von der Umlandstraße nach Halensee gefährdet erscheine, wie die Vernichtung zahlreicher Bäume durch die Anlage des Bahnhofes Umlandstraße beweise. Stadtbaurat **Vredtschneider** betonte, daß die Bäume erhalten werden können, wenn die Bahn tiefer gelegt werden würde, was natürlich teurer sei und un bequem hohe Treppen bedinge; wolle man das nicht, so müßten in der Tat bei Weiterführung der Bahn ein Teil der Ulmen geopfert werden und dafür nicht so tief wurzelnde Bäume angepflanzt werden. Von mehreren Stadtverordneten (Dr. **Crüger**, **Bergmann**, **Johlenberg**, **Hornisch**) wurde betont, daß die Befestigung einer Anzahl Bäume auf dem Kurfürstendam nur erwünscht sein könne, da sie dort viel zu dicht stehen und Licht und Luft wegnehmen. Bürgermeister **Raier** erklärte dagegen, daß der Magistrat auf dem Standpunkt stehe, den alten Baumbestand überall in der Stadt nach Möglichkeit zu erhalten.

Stadtv. **Vollmann** (lib.) begründete einen von Mitgliedern aller Fraktionen eingebrachten dringlichen Antrag, die Wahlzeit am Sonntag, den 9. November, entgegen dem gefassten Beschluß des Magistrats (10 bis 6 Uhr) bis 8 Uhr abends auszuweiten, damit auch die Verkehrsbeamten ihr Wahlrecht ausüben könnten. Der Antrag wurde angenommen.

Bürgermeister **Raier** bemerkte, die Wahlbeteiligung an den Sonntagswahlen sei gegen die Erwartung nicht stärker, als früher an den Wochentagen und man werde daher später die Frage der Sonntagswahlen noch einmal prüfen müssen.

### Neukölln.

#### Mit Notstandsanträgen

Der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wird sich die heute abend 5 Uhr im Rathaus tagende Stadtverordnetenversammlung zu beschäftigen haben. Die Anträge lauten: Um der in ständigem Wachstum hervortretenden Arbeitslosigkeit und dem sich daraus ergebenden Notstande der Arbeiter nach Möglichkeit zu steuern, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat:

- die bereits beschlossenen und noch nicht zur Ausführung gelangten Arbeiten im Hoch- und Tiefbau schleunigst in Angriff zu nehmen,
- für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsnachweises für das Gebiet Groß-Berlin an maßgebender Stelle einzutreten und
- der Einführung der Arbeitslosenversicherung jede mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen,

d) für eine kommunale Arbeitslosenfürsorge Mittel bereit zu stellen und der Stadtverordnetenversammlung schleunigst eine Vorlage zu unterbreiten.

Bei dieser Gelegenheit dürfte auch über eine Petition verhandelt werden, die der Verband Deutscher Fischhändler an die städtischen Körperschaften eingereicht hat und durch die er eine andere Regelung des städtischen Seefischverkaufs anstrebt. Der Verband schlägt vor, von einem vollständig öffentlichen Verkauf abzusehen und dafür einen Verkauf nur an bestimmte Kreise einzurichten: an Arbeitslose, an Familien mit Einkommen unter 1200,— M. und an Kollektende. Alle diese Leute sollen auf Antrag von den Bezirks- und Armenvorstehern Gutscheine bekommen und nur auf diese die Fische erhalten und zwar jedesmal nicht mehr als 5 Pfund. Die Arbeitslosen und die minderbemittelten Familien unter 1200,— M. Einkommen sollen nur den halben Marktpreis zahlen, die Kollektenden sollen die Fische ganz unentgeltlich bekommen. Zur Durchführung dieses Planes schlägt der Verband der Stadtverordnetenversammlung vor, dem Magistrat 6000,— M. zur Verfügung zu stellen.

Das Ansuchen, die Kollektenden an die Bezirks- oder Armenvorsteher zu verweisen, muß ganz entschieden abgelehnt werden. Schon aus diesem Grunde kann der Verband Deutscher Fischhändler auf Zustimmung zu seiner Petition nicht rechnen.

### Der „städtische Grundstücksspekulant“.

In der Stadtverordnetenversammlung fand am Dienstag eine Vorlage zur Beratung, welche mit Recht lebhafteste Gegnerchaft in der sozialdemokratischen Fraktion fand. Der Magistrat will die in den letzten Jahren erworbenen großen Ländereien, darunter das Luisenstädtische Kirchengelände (zwischen Mittelweg und Kopsstraße), das Lazarische Gelände am Mariendorfer Weg und das Industrie-gelände am Schiffahrtskanal, einer kleinen Kommission von einem Magistratsmitglied und drei Stadtverordneten überantworten, die selbständig die Veräußerung und „Verwertung“ des städtischen Grundbesitzes betreiben soll. Nach dem Grundstückserwerbsfonds handelt es sich um Gesamtwerte von etwa 30 Millionen Mark. Zur Durchführung einer ausreichenden Propaganda und für die geschäftlichen Angelegenheiten will man einen kaufmännischen Leiter anstellen. Bei Nichterfolg kann es sich — wie Genosse **Dr. Silberstein** am Dienstag sehr richtig sagte — bei dem ganzen Plan nur darum drehen, daß der städtische Grundbesitz verschleudert wird, um möglichst schnell neues Terrain der Bebauung zu „erschließen“ würde aber so teuer als möglich verkauft werden, so schaffe man mit dem gedachten kaufmännischen Leiter nicht anderes, als einen „städtischen Grundstücksspekulant“. Davon könne ebenso wenig die Rede sein, wie von der beabsichtigten Verschleudung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung durch Erteilung der Verkaufsvollmacht an die kleine Kommission. Der Redner warf ferner auch die bedeutsame Frage auf, warum angesichts der sehr nahe liegenden Gefahr einer Wohnungsnot der Magistrat nicht endlich an den Kleintwohnungsbau in eigener Regie denke. Es war herzlich unzulänglich, was der Oberbürgermeister auf diese Einwände ins Treffen zu führen vermochte. Die Gefahr der Terrainspekulation unter städtischer Flagge glaube er mit der Hoffnung zu bannen, daß die Kommission durch Aufstellung entsprechender Grundstücke das verhindern werde. Den städtischen Kleintwohnungsbau bezeichnete das Stadtoberhaupt als sehr bedenklich, da es zweifelhaft sei, ob die Stadt die notwendigen Mieter fände. Abgesehen davon, daß dieser Einwand sicher nicht den Neuköllner Magistrat bestimmt, so ist er auch gar nicht stichhaltig. Genosse **Buyl** verwies den Oberbürgermeister auf Zürich, wo er erst kürzlich Gelegenheit hatte, die vorbildlichen Mietshäuserbauten des dortigen Stadtrates kennen zu lernen. Ganze Häuserblöcke seien dort in städtischer Regie errichtet worden die große Höfe mit Spiel- und Turnplätzen, gärtnerischen Anlagen und architektonisch schönen Brunnen umschließen. Der Erfolg sei dort ohne Frage eingetreten; denn die Stadt führe bereits weitere Bauten aus. Gleiche Erfahrungen hätten ja auch schon deutsche Städte gemacht. In Neukölln mangelt es dazu allerdings an der notwendigen Energie. Das bewies der Ausgang der Beratung am Dienstag. Die vom Hausagrariertum regierten bürgerlichen Parteien gingen sowohl über die sozialdemokratischen Einwände, als auch über den Antrag von derselben Seite, die so wichtige Angelegenheit erst einer Deputation von 15 Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen, glatt hinweg und wählten die vom Magistrat vorgeschlagene Verkaufskommission. Zwar soll diese erst einen Plan über ihre Tätigkeit noch vorlegen; wenn aber nicht alles trägt, so wird das Unerhörte Laifache: Neukölln geht als Stadt offiziell unter die Terrainspekulanten!

Die Märchaufführung am letzten Sonntag hat ein überaus großes Interesse gefunden. Der große Saal bei Parich war bis auf den letzten Platz gefüllt und Hunderte mußten umkehren, ohne Eintritt finden zu können. Es war auch tatsächlich eine Freude, zuzusehen, wie die Kinder spielten. Die Kommission hat sich deshalb veranlaßt gesehen, das Märchen „Das Wiesenmännchen und der Wiesenmichel“ am Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7 Uhr, zu wiederholen. Der Eintritt kostet für Kinder 10 Pf. und für Erwachsene 20 Pf. Der Saal wird um 6 Uhr geöffnet. Billetts sind bei den Bezirksfischerinnen, im Bureau des Wahlvereins **Neckars**straße 2 und bei **Parich**, **Hermannstraße** 49, im Restaurant zu haben. Um zahlreiche Unterstützung bittet die Kommission.

Am Sonntag, den 12. Oktober, findet eine Familienpartie nach der Werdebuht statt. Abfahrt morgens 8 Uhr vom Ringbahnhof Neukölln nach Johannisthal; dann Fußwanderung durch den herrlichen Eichenwald nach Werdebuht. Dort Treffpunkt für Radfahrer. Bei schlechtem Wetter fällt die Partie aus; dafür dann nachmittags 4 Uhr gemütliches Beisammensein im „Karlsgarten“.

### Brix-Neukölln.

Morgen Sonnabend, den 11. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, beginnt der vom Arbeiter-Bildungsausschuss veranstaltete Liederabend im **Walders** Gesellschaftshaus, **Chausseest. 97**. Frau **Käte Han** bringt Lieder zur Laute zum Vortrage, welche jeder Teilnehmer beifriedigen werden und einen guten Besuch voraussetzen. Während des Tanzes, welcher nach dem künstlerischen Teile beginnt, kommen wertvolle Bücher und Wandschmuck zur Verlosung. Billetts à 30 Pf. sind außer in den mit Plakaten belegten Geschäften am Abend an der Kasse zu haben. Arbeitslose haben mit Frauen freien Eintritt.

### Zossen.

Ein Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch an der Stuben-tauchastraße. Dort fiel der fünfjährige Sohn des Buchbinders **A.** in den diese Straße kreuzenden, über 2 Meter tiefen Graben, wobei er sich erhebliche Kopfverletzungen zuzog, so daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Das Unglück konnte vermieden werden, wenn die zuständige Behörde den Graben genügend abgegrenzt hätte. Jetzt ist der Graben bloß durch eine Eisengrenze abgegrenzt, durch die Kinder von 6 Jahren noch bequem hindurch können. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die städtischen Behörden ersuchen, einen Spielplatz für die Kinder einzurichten, wozu das städtische Gelände am Bahnhof sehr gut geeignet wäre. Es ist tatsächlich ein Wunder, daß bei dem starken Autoverkehr nicht mehr Unfälle passieren. An der hiesigen Arbeiterkassa wird es liegen, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl die Kandidaten der

Sozialdemokratie zu unterstützen, damit dieselben an zuständiger Stelle auf die kommunalen Angelegenheiten einen Einfluß erlangen.

### Dübars-Waidmannslust.

Aus der Gemeindevetretung. Mit welchem Eifer unsere Gemeindevetretung arbeiten können, wenn es sich um die Interessen des Großhandels dreht, haben die letzten beiden Sitzungen wieder einmal gezeigt. Die Gemeindevetretung gab einem Verträge ihre Zustimmung, der in nicht allzuferner Zeit den Gemeindefiskus erheblich belasten und zweierlei Recht zugunsten einer Profiteuregesellschaft schaffen wird. Es handelt sich um folgendes: Die Neue Bodenaktiengesellschaft zu Berlin beabsichtigt das Etsche'sche Waldgelände am Steinberg zu erwerben, wenn die Gemeinde einem Verträge zustimmt, nach welchem die Anlage und Befestigung der Straßen mit Teerhauffierung innerhalb 10 Jahre zugestanden wird und die Weiterführung der Durchgangsstraße von der Waidmannstraße bis zum Grenzfließ mit **Herrnsdorf** auf Kosten der Gemeinde bis zum Jahre 1918 erfolgt. Die Verhandlungen schweben seit 3/4 Jahren; die Gemeindevetretung hat bereits zweimal diesen Vertrag mit der Begründung abgelehnt, daß die Befestigung der Straßen nach den im Ort bestehenden Normatibestimmungen, welche Kleinstreupflaster oder polygonale Kopfsteine als Befestigung der Fahrdämme vorsehen, zu erfolgen hat, eine Verpflichtung betreffe Fortführung der Durchgangsstraße aber nicht übernommen werden kann. Am 20. September kam der Vertrag mit unwesentlichen Abänderungen wieder zur Beratung. Die strittigen Punkte: Teerhauffierung sowie Fortführung der Durchgangsstraße usw. fanden auch diesmal nicht die Zustimmung der Vetretung. Der Gemeindevorsteher schlug deshalb vor, eine Kommission zu wählen, die nochmals mit der Gesellschaft über diese Punkte verhandeln sollte, was auch angenommen wurde. Die Kommission hat innerhalb acht Tagen zweimal darüber beraten. Hierbei wurde von den Vertretern der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht, daß das Gelände eine höhere Belastung durch Befestigung der Straßen nach den Normatibestimmungen und Hergabe eines zinsfreien Darlehens von 150 000 M. für die Fortführung der Durchgangsstraße nicht zu tragen vermag. Von unseren Genossen wurde erwidert, daß der Vetretung nicht zugunsten werden könne, die Steuerzahler im Interesse der Bodenspekulation zu belasten. Der Verkäufer kann es wohl möglich machen, ohne erhebliche Schmälerung seines Profits der Gesellschaft soweit entgegen zu kommen, daß dieselbe ebenso wie jeder andere Anlieger im Orte, ihren Verpflichtungen betreffs Straßenbefestigungen der Gemeinde gegenüber nachkomme. Die Kommission beschloß, der Gemeindevetretung folgendes vorzuschlagen: Die Hauffierung der Straßen mit Oberflächenteerung zuzulassen, wenn die Gesellschaft der Gemeinde ein Darlehen bis 150 000 M. auf 10 Jahre vom 1. November 1918 bis 1928 mit 5 Proz. Verzinsung, aber 5 Jahre zinsfrei zur provisorischen Fortführung der Durchgangsstraße überläßt. Dieser Vorschlag wurde in der Sitzung vom 27. September angenommen und damit der Gesellschaft, durch Erspargnis einer besseren Befestigung, nicht nur ein ansehnliches Geschenk von einigen Tausend Mark gemacht, sondern vom Jahre 1918 ab auch noch der Gemeindeetat mit 150 000 M. Schulden belastet, ungerichtet der Reparaturkosten, die die Gemeinde an den minderwertigen Straßen aufzuwenden haben wird. Man kann deshalb von dieser schnellen Arbeit zugunsten einer Profiteuregesellschaft nicht erbaunt sein. Ist sie doch zugleich ein unwillkürliches Gegenstück, wie alljährlich bei der Etatsberatung die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung behandelt werden. Alsdann wurden noch schnell die vertragen Vorlagen, Ortsstatut und Polizeiordnung betreffs Anschließ an die Kanalisation, unverändert angenommen; die Annahme der Gebührenordnung jedoch nochmals vertagt.

### Spandau.

Am Sonntag des „Roten Adlers“. Der Traum der Pächter des Lokals auf Massenbesuch von Militär und Epischbürgern ist schnell verpufft. Herr **Wolff** beklagt sich bitter über die undankbaren Sozialisten, die jetzt keine Theateraufführungen mehr zum Dank dafür, daß er im Frühjahr einige Monate sein Lokal zu Veranlassungen freigegeben hätte; er könne jetzt den Saal zu Veranlassungen gar nicht zur Verfügung stellen, da er denselben wochentags an Herrn **Leichter** verpachtet habe. Herr **Wolff** vergißt aber hinzuzufügen, daß er sehr wohl in der Lage ist, jeden Sonntag vormittag bzw. nachmittags seinen Saal zu Veranlassungen zur Verfügung zu stellen. Der Eingang zum Lokal wird seit kurzem hauptsächlich Sonntags vor Beginn der Theateraufführungen von einem dort ständig patrouillierenden Polizeibeamten scharf ins Auge gefaßt. Den Vogel abgeschossen hat natürlich wieder das „Spandauer Tageblatt“, das behauptet, der **Wolff** der Sozialdemokraten habe keinen Einfluß gehabt beim Eröffnungsball in Seih Festhallen. Der betreffende Berichtshatter scheint gar nicht zu wissen, daß ein **Wolff** über das Seih'sche Lokal gar nicht besteht. **Wolff** ist einzig und allein der „Rote Adler“ und die organisierte Arbeiterschaft wird es sich zur dringenden Aufgabe stellen, das Lokal bei allen Veranstaltungen zu meiden.

Infolge weitgehenden Entgegenkommens der Berliner Arbeiterschaft ist es dem hiesigen Bildungsausschuss möglich, dem dringenden Verdrüßnis der Spandauer Einwohnerschaft nach guten und billigen Theateraufführungen nachzukommen. Die erste Theateraufführung erstklassiger Schauspieler findet schon im Laufe der nächsten Zeit in einem hiesigen großen Theateraal statt. Die Gewerkschaften sollten schon jetzt ihre Mitglieder darauf hinweisen. Alles weitere wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

### Bernau.

Eine Schulentlassungsfeier findet am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, für die schulentlassenen Jugend und deren Eltern im Restaurant „Gesellschaftshaus“ (Inhaber **Wobbit**), Kaiserstraße, statt. Mitwirkende: Herr **Farwig** (Festrede), **Hel. Kuffel** (Rezitation), **Herr Wobbit jun.** (Klavier und Harmonium), gemischter Chorgesang mit Harmoniumbegleitung. Nach den Vorträgen: Familienkränzchen. Die Arbeiterkassen werden ersucht, mit ihren schulentlassenen Töchtern und Söhnen rege teilzunehmen. Programme à 20 Pf. für Erwachsene sind bei allen Funktionären erhältlich. Für Jugendliche unter 18 Jahren Eintritt frei.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Lehrer wohnen.

Am Mittwoch gelangte vor dem Reichsgericht ein Prozeß zum Abschluß, der zeigt, wie gesundheitswidrig manche Schulräume und Lehrerwohnungen beschaffen sind.

Der Lehrer **B.** wurde im Jahre 1902 von der Schul-gemeinde **Löwenstein** bei **Pyrmont** angestellt. Seit 1906 war er öfter kränzlich und ist schließlich im Jahre 1910 wegen schweren chronischen Nervenleidens pensioniert worden. Er führt seine Erkrankung auf erhebliche Mängel des Schulhauses, insbesondere der Schulstube zurück und hat deshalb gegen die Schulgemeinde Löwenstein eine Klage auf Schadenersatz erhoben. Bereits im Jahre 1903 hatte **B.** eine Beschwerde an den Kreis Schulinspektor eingereicht, in welcher er darauf hinwies, daß die Schulstube für 80 Kinder viel zu klein und nicht genügend hell sei, daß eine unerträgliche schlechte Luft darin herrsche, der Fußboden verfault sei und daß in unmittelbarer Nähe sich Miststätten befinden. Die Gemeinde lehnte dem Landesdirektorium gegenüber die Errichtung eines Neubaus ab und ließ nur die vom Landesbauinspektor angeordneten notwendigsten Reparaturen vornehmen.

Das Landgericht Hannover und Oberlandesgericht Celle haben die beklagte Schulgemeinde dem Grunde nach zum Schadenersatz verurteilt. Zur Rechtfertigung seiner Entscheidung führt das Ober-



Landesgericht aus: Die Beklagte ist verpflichtet, nach Maßgabe des § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches für einen gesundheitlich tadellosen Zustand der Schulräume zu sorgen. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme war aber der Zustand des Schulzimmers, in welchem der Kläger von 1902 bis 1910 unterrichtet hat, objektiv gesundheitswidrig, und zwar wesentlich wegen der dort herrschenden dumpfen, feuchten Luft. Es ist auch erwiesen, daß die schlechte Luft nicht eine Folge unzureichender Lüftung war, sondern andere Ursachen hatte. Unmittelbar neben dem Schulzimmer befinden sich ein Schweine- und ein Ziegenstall. An der Seite des Schulhauses, unter den Fenstern der Schulstube, führt eine Rinne hin, in der bei Regenwetter die Jauche aus den Ställen und einem daneben befindlichen Düngerhaufen abfließt. Daß das unter den Fußboden eindringende, mit Jauche vermischte Regenwasser die Luft des Schulzimmers erheblich beeinflussen mußte, bedarf keiner Ausführung. Dasselbe gilt auch für das ursprüngliche Wohnzimmer des Lehrers. Auch die Höhe der Schulstube war ungenügend; auf das einzelne Kind entfällt nur etwa die Hälfte des notwendigen Quantums Luft. Ebenso waren die Fenster des Zimmers unzureichend. Das eine ließ sich überhaupt nicht öffnen; beim Öffnen eines anderen drang der Jauchengeruch herein. Hiernach ist das Gericht der Überzeugung, daß sich das Schulzimmer auch jetzt noch trotz der 1904 und 1908 vorgenommenen Reparaturen in einem mangelhaften und ungesunden Zustande befindet und daß die Verhältnisse beim Amtsantritt des Klägers 1902 noch schlimmer waren. Es ist auch anzunehmen, daß die schlechten hygienischen Verhältnisse des Schulhauses in ursächlichem Zusammenhang mit der Gesundheitschädigung des Klägers stehen. Das Verschulden des Schulvorstandes ist darin zu finden, daß er es unterlassen hat, trotz Kenntnis der Mißstände für ein gesundheitlich einwandfreies Schulzimmer zu sorgen. Es ist nicht zutreffend, daß der Schulvorstand alles mögliche getan habe. Ein Neubau der Schule ist abgelehnt worden nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil es dem verhassten Lehrer nicht gelingen sollte, den von ihm erstrebten Neubau durchzuführen. Der Schadensanspruch des Klägers ist hiernach begründet.

Das Reichsgericht hat die Revision der beklagten Gemeinde zurückgewiesen. Hervorgehoben werden mag, daß der § 618 B. G. B. auch auf alle Arbeitsverhältnisse Anwendung findet, gleichviel ob es sich um ländliche, kaufmännische, gewerbliche oder andere Arbeit handelt. Es sind demnach die Diensträume so einzurichten und zu unterhalten, daß der Arbeiter oder Angestellte gegen Gefahr für Leben und Gesundheit möglichst geschützt ist, und wenn dem Arbeiter ein Wohn- oder Schlafraum eingeräumt ist, muß dieser den hygienischen Anforderungen entsprechen.

#### Auch ein „Terrorist“.

Die Breslauer Terroristenjustiz ist um einen bezeichnenden Fall reicher. Am 20. März d. J. traf während des Schifferstreiks der Heizer Karl Lehmann am Freiburger Bahnhof mehrere Arbeitswillige, die er mit den Worten: „Na, wo wollt Ihr denn hin?“ anredete. Die Angeredeten hatten nicht einmal Zeit, stehen zu bleiben und zu antworten, als auch schon ein Schuhmann hinzukam und Lehmann wegen — Verleumdung Arbeitswilliger verhaftete. Lehmann mußte einen vollen Monat lang in Untersuchungshaft bleiben. Als bei dem im April anstehenden Termin wegen Nichterscheins eines Zeugen nicht verhandelt werden konnte, wurde Lehmann aus der Haft entlassen. Zu dem am Montag anstehenden Termin war der Angeklagte, der zurzeit in Hamburg weilte, vom persönlichen Erscheinen entbunden. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund des § 153 der Reichsgewerbeordnung drei Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 20 M., die durch die vierwöchige Untersuchungshaft verbüßt ist.

Die Untersuchungshaft gegen Lehmann wegen dieser Vagantensache und die Verurteilung selbst sind recht auffallend. Nach der bisher in Breslau üblichen Spruchpraxis gegen sogenannte „Terroristen“ und nach dem vorstehenden Urteil mag die Zeit nicht mehr fern sein, wo man sich hüten muß, in Breslau einem Arbeitswilligen auf der Straße auch nur zu begegnen, ohne für strafbar gehalten zu werden.

#### Revolvergeschichte.

Wieder war es eine Revolvergeschichte, die in einer Anklage wegen versuchten Mordes und Bedrohung gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kohnmann beschäftigte. Der Angeklagte Arbeiter Ernst Kappel wurde beschuldigt, seine eigene Ehefrau mit Löffel und Messer bedroht und in weiterer Folge versucht zu haben, sie zu erschlagen.

Der Angeklagte, der von dem Justizrat Dr. Reich verteidigt wurde, während Staatsanwalt Dr. Hoffert die Anklage verteidigt, ist erst seit dem Juli 1912 verheiratet. Er wohnte mit seiner Frau in der Putzstr. 13. Zwischen den Eheleuten kam es wiederholt zum Streit. Als der Angeklagte eine Woche vor Pfingsten von der Firma Lautenschlager, wo er arbeitete, wegen Arbeitsmangel entlassen worden war und keine Arbeit finden konnte, kam es mehrfach zu heftigen Szenen. Der Angeklagte bedrohte in der Trunkenheit seine Frau einmal mit dem Messer. Als er der Frau am 24. Mai wieder einmal zu arg wurde, holte sie ihre Mutter herbei und ließ den Angeklagten, als er heimkehrte, nicht mehr in die Wohnung. Der Angeklagte machte aber kurzen Prozeß: er stieß die Türöffnung ein, trotz durch die Deckung hindurch und es kam in der Wohnung wieder zu scharfen Auseinandersetzungen. Die damit endeten, daß Kappel davon ging und planlos umherbummelte. Nachts schlief er in der Herberge zur Heimat. Am 26. Mai kaufte er sich einen Revolver und eine Anzahl Play- und scharfe Patronen. Am 27. Mai kam er in seine Wohnung zurück, traf aber seine Frau dort nicht an, die sich auf dem Wäscheboden befand. Dorthin begab sich der Angeklagte und es entspann sich ein ganz verärgertes Gespräch über die von der Frau gegebene Anregung, daß er doch, da er hier ja keine Arbeit finde, wieder nach Breslau gehen solle und sie bereit sei, ihm später dorthin zu folgen. Schließlich holte der Angeklagte den Revolver hervor und legte ihn der Frau auf die Brust. Der Revolver ging aber nicht los, da er gesichert war. Die Frau floh angstvoll in ihre Wohnung zurück. Es kam aber wieder zu einer persönlichen Stimmung. Als sie nachmittags in der Küche mit dem Angeklagten am Kaffeetisch saß, holte der Angeklagte plötzlich wieder den Revolver hervor und knallte ihn, auf die Frau gerichtet, los. Die Frau floh zur Tür hinaus zur Nachbarin. Hinter ihr her knallte abermals ein Schuß. Beide Frauen hörten dann noch zwei Schüsse fallen, und als die schließlich herbeigeholte Polizei den Angeklagten festnahm, ergab sich, daß sein Hut durch eine Kugel durchlöchert war. Er behauptete, daß er sich selbst habe erschossen wollen und die auf die Frau abgegebenen Schüsse nur Mißpatronenschüsse gewesen seien. Um die Wahrscheinlichkeit der Umkehrmöglichkeit dieser Behauptung drehte sich im wesentlichen die Verhandlung, in welcher als Schlichter Herr Rößler, der als Zeuge vernommen wurde. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme wurde der Angeklagte nur der

Bedrohung und Mötigung für schuldig befunden und zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

#### Abermals Kindermißhandlung durch Schulleute.

Wegen Körperverletzung in Ausübung ihres Amtes mußten sich am Mittwoch vor der Strafkammer des Stettiner Landgerichts die Schulleute August Krause und Franz Marquardt aus Stettin verantworten. Die beiden hatten am Abend des 30. Mai d. J. einen 12jährigen Knaben von der Straße mit nach der Wache genommen, wo ihn der eine auf dem Hausflur mit Pöffen und Ohrfeigen traktierte, während der andere im Wachtlokal seinen Revolverriemen abnahm und dem Kind drei Schläge damit versetzte. Als Hausbewohner auf das Geschrei des Jungen aufmerksam wurden, schlossen sie schnell die Fenster des Zimmers. Sie stellten ihre Tat als eine Harmlosigkeit hin. Das Gericht verurteilte die beiden „Schulleute“ nur zu je 50 M. Geldstrafe. Derartige Mißhandlungen gegenüber Wehlosen verdienen keine milde Beurteilung. Die Strafgesetzbuchnovelle, die im wesentlichen Strafmilderungen für aus Rot begangene Delikte verlangt, hat mit Recht gegenüber Kindern unter 18 Jahren begangene grausame oder böshafte Mißhandlungen eine Mindeststrafe von 2 Monaten Gefängnis gefordert. Gegenüber dem rohen Amtsmißbrauch wäre eine nach Jahren zu bemessende Strafe nicht zu hoch gewesen. Wie wäre ein Arbeiter bestraft, der — ohne Amtsmißbrauch — die doch nicht wehrlosen Schulleute in ähnlicher Weise verhandelt hätte, als diese ein wehrloses Kind?

## Aus aller Welt.

### Erst die Seele, dann der Leib.

Im „Weißfährten Volksblatt“, das in Paderborn erscheint, lesen wir aus Hübels Hof folgende Meldung: In der letzten Nacht wurde auf der Eisenbahnstrecke Paderborn-Vielefeld im hiesigen Gemeinwalde ein Kötter L. aus Lichte vom Zuge überfahren. Ein Fuß wurde ihm abgefahren, an beiden Beinen erlitt er außerdem schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde heute morgen von Rottenarbeitern aufgefunden. Diese holten schnell mit ihrem Wagen den Herrn Kaplan von Hübels Hof, welcher dem Bedauernswerten die Hl. Sterbesakramente spendete. Auch war bald der Wagnarz Dr. Deutsch an der Unfallstelle und legte dem Verletzten einen Rotverband an.

Das waren einmal Arbeiter nach dem Willen der Hl. Kirche. Statt erst zum Arzt zu fahren, damit der Verunglückte nicht verblute, sorgen sie in ihrem frommen Eifer dafür, daß nur die Seele keinen Schaden nimmt. Denn sie wissen, der Leib vergeht und die Seele wandert gen Himmel, aber nur dann, wenn vorchriftsmäßig alle Kirchengebote erfüllt sind.

### Eisenbahnkatastrophe auf der Gotthardlinie.

Auf dem Bahnhof Cadenzzo verunglückte Donnerstag früh gegen 4 Uhr infolge Untermischung des Bahndammes durch heftige Gewitterregen der Zug Vellinzona-Locarno. Nur die beiden letzten Wagen blieben auf dem Gleise stehen, der vordere Teil des Zuges verschwand im Wasser. Fünf Eisenbahnbeamte wurden getötet, einige Reisende wurden verletzt.

### Kleine Notizen.

25 Arbeiter verhaftet. Wie aus Astrachan telegraphiert wird, fügte in einem in Reparatur befindlichen Hause in Solianka der Pfand ein. Hierbei wurden 25 Arbeiter verhaftet, fünf davon wurden auf der Stelle getötet, achtzehn wurden sehr schwer, die übrigen leichter verletzt.

Käpplische Nationalisten. Das im Kaiserriegarten in Paris aufgestellte Denkmal des verstorbenen Ministerpräsidenten Waldeck-Rousselle wurde am Mittwochabend von einem etwa dreißigjährigen Mann mit Zinte überschüttet. Ein Schuhmann verhaftete den Mann, der sich weigerte, seinen Namen zu nennen. — Bemerkenswert ist, daß seinerzeit ein eigener Wachtposten bei dem Denkmal aufgestellt worden war, weil die Camelots du roi gedroht hatten, dieses Denkmal, das sie als eine Verleumdung für einen wahren Patrioten bezeichneten, zu verflammen.

Schweres Automobilunglück. Gestern nachmittag verunglückte kurz vor dem Dorfe Neu-Bischoffe ein Automobil, in dem sich der Ingenieur Montag und der Betriebsingenieur Prohaszka von der Ueberlandzentrale Neumar aus Frankfurt a. O. befanden. Das Automobil schlug, als es einen Bogen überholen wollte und auf den Sommerweg einbog, um und fiel in den Chauffeegraben. Montag war sofort tot, Prohaszka ist schwer verletzt.

## Spiel und Sport.

Der Kartellverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege ladet zum Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 1 Uhr, zum Besuch seiner 15 Agitationsversammlungen ein! Alle Veranstaltungen der zentralen Vereine ruhen daher bis 4 Uhr nachmittags; Arbeiterkern, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder sollen zahlreich erscheinen und die Jugend und Mitglieder der bürgerlichen Vereine unterrichten! Tagesordnung in allen Versammlungen: „Jungdeutschland-Tagordnung und die Arbeitervereine für Sport und Körperpflege.“ Wir verweisen auf die Annonce in der heutigen und Sonntagnummer.

### Turner.

Die Freie Turnerschaft Mt. Olende nebst Fußballklub veranstaltet am Sonntag, den 12. Oktober, ein Abturnen und Wettspiel auf ihrem eigenen Turnplatz. Abmarsch 2 Uhr vom Vereinslokal von J. Dohn, Weinauer Straße.

### Radfahrer.

Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. Sämtliche Touren fallen aus. Wir ersuchen um vollständige Teilnahme an den vom Kartellverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege veranstalteten öffentlichen Versammlungen. Alles Nähere besagen die Plakate und heutige Anzeige.

Ortsgruppe Charlottenburg. Am 12. mittags 1 Uhr: Öffentliche Versammlung im Volkshaus, Rosenstr. 3. Nach der Versammlung: Tour wird am Start beflaggt.

Ortsgruppe Neutölln. Am 12. abends um 10 Uhr bei Fellsch, Anseebühlstraße zur öffentlichen Sportler-Versammlung bei Fellsch, Hermannstraße 49.

Ortsgruppe Weihenstephan. Am 12. mittags 12 Uhr: Treffpunkt im Vereinslokal zur nächsten Berliner Sportler-Versammlung.

Ortsgruppe Wilmersdorf. Am 12. mittags 1 Uhr, im Viktoria-garten, Wilhelmstraße 114: Öffentliche Arbeiter-Sportler-Versammlung.

Ortsgruppe Lichterfelde. Sonntag um 1 Uhr: Öffentliche Versammlung der Sport- und Spielvereine bei Richter, Chauffeestr. 104. — Heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr: Fußballturnier der beiden Bezirkslokalen aus. Rege Beteiligung dringend erwünscht.

Arbeiter-Radfahrerband „Solidarität“. Die Genossen derjenigen Ortsgruppen der Bezirke 2 und 21, in denen Versammlungen am Sonntag, den 12. Oktober, nicht stattfinden, ersuchen wir, sich an der nächstgelegenen zu beteiligen.

### Athleten.

Arbeiter-Athletenband (Kreis Groß-Berlin). Unabhängig der am Sonntagmittag stattfindenden Volks- und Sporterversammlungen treffen sich die Kollegen um 12 Uhr in ihren Vereinslokalen, um von dort aus die Versammlungen zu besuchen. Es ist nicht, daß jeder einzelne im Interesse der freien Sportfrage vertreten ist. Siehe Infertal. Der Vorstand.

## Wanderer.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Unabhängig der Volks- und Sporterversammlungen, welche am Sonntag, den 12. Oktober stattfinden: Tagesordnung: „Jungdeutschlands- Erziehung und die Arbeitervereine für Sport und Körperpflege“ hält unsere Vereinsstour zum Beschlusse aus. Wir ersuchen sämtliche Führer, Privat-touren ebenfalls ausfallen zu lassen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, 12. Oktober: Wanderungen: I. Trebbin-Blumenfeld-Walden. Abfahrt nach Trebbin Bus. Bahn, 5.35. II. Lindenwalde-Schloß-Möser. Abfahrt nach Lindenwalde Bus. Bahn, 5.35. III. Dieffenbach-Branden-Bermer. Abfahrt nach Dieffenbach Stett. Bahn, 5.35. Gäste stets willkommen.

## Schwimmer.

Freie Schwimmer Charlottenburg. Die Übungsstunden des Vereins finden im Winterhalbjahr statt: für männliche Mitglieder Mittwoch, abends von 7 Uhr ab, Donnerstags, abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr (rezeptions) und Sonntags vorm. von 10 Uhr ab; für weibliche Mitglieder Montags und Donnerstags, abends von 7 Uhr ab, im Rüstl. Volksbad, Strunnestr. 10.

## Fußball.

Märkische Spielvereinigung, Bez. Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele der 1. Klasse statt:

Weihenstephan-Viktoria XVII in Weihenstephan, Rennbahnstr. 40; Nimmelsburg-Spanbau in Nimmelsburg, Dillweg; Neuhof-Neuhof III, Tempelhofer Feld; Verein für Bewegungsspiele in Friedrichshagen, Gemeindeparkplatz; Viktoria XII-Memaria in Pantow, Kessingener Straße; Viktoria-Schöneberg in Tempelhof, Friedrichs-Str. 7; Alberts-Reinholdener Fußballklub in Reinholdener, Pantow-Str. 10. Beginn der Spiele 3 1/2 Uhr.

Am Sonntag, den 5. Oktober, weilt die 10. Männer-Abteilung des Turnvereins, Berlin, in Frankfurt a. O., um sich mit dem dortigen Turnverein im freiwüthigen Wettkampf zu messen. Nachfolgend das Resultat der stattgefundenen Wettkämpfe: Fußball: Frankfurt: 1 Min. 56 Punkte; Nichte X: 86 Punkte. 1000 Meter Stafette: Frankfurt: 2 Min. 29 Sek.; Nichte X: 2 Min. 29 Sek. Fußball: Frankfurt: 0; Nichte X: 13. Halbzeit: Frankfurt: 0; Nichte X: 8.

Bezirksferienspiele des Kreises II, Bezirks, S. 2. a. am 5. Oktober 1913: Fußball: Bernau-Vorflamme: 50:26. Pantow-Schöneberg: 95:78. Wittenau-Reinholdener: 61:78. Velten-Legel: 76:70. Bernau-Vorflamme: 2x500 Meter Stafette in der Höhe, beide Mannschaften je 4 Läufer: Bernau 60 Sek.; Vorflamme aufgegeben.

### Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr): Berlin, 1. Abt. Montag, 13. Okt., Kommandantenstr. 62, Bedens Feilsche (Kunne).

Berlin, 2. Abt. Montag, 13. Okt., im Sönnemünder Gesellschaftshaus, Sönnemünder Straße 42.

Berlin, 3. Abt. Freitag, 17. Okt., Neudöln, Idealasno, Weichselstr. 8.

Berlin, 7. Abt. Mittwoch, den 15. Oktober, Charlottenburg, Rosinenstraße 3, Volkshaus.

Ober-Schöneweide. Montag, 13. Oktober, Siemensstr. 12, bei Schulz.

Pariendorfer. Montag, 13. Oktober, Chauffeestr. 27 bei Dura.

Romawas. Montag, 13. Oktober, Wilhelm, Ede Friedrichstraße, bei Schmidt.

Romawas (Alt. Potsdam). Mittwoch, 15. Oktober, Kaiser-Wilhelm-Straße, bei Wäfer.

Wilhelmsruh. Montag, 13. Oktober, Reinholdener-Ost, Heidenstraße 6, bei Fisch.

### Sitzungen von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Göhen-Schönhausen. Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus, Hauptstr. 50.

Steglitz. Freitag, 10. Oktober, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist heute das 2. Heft des 82. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Artikel aus dem „Sozial“ von Hermann Wendel. — Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen. Zwei unbekannt Artikel von Friedrich Engels und Karl Marx. Ueberlegt und eingeleitet von N. Kabanoff. (Schluß). — Zur Steuerfrage. Von Spectator. — Zur Stellung der Partei zum Gebirgsfrei. Von Oda Ulberg (Rom). — Zum Streit auf den Seefischweirten. Von August Wählg.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postboten zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

## Jugendveranstaltungen.

Friedrichsfelde. Am Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in D. Bürgers Volksgarten, Erlangen-Allee 30, eine Feier für die arbeitende Jugend statt. Auch die Arbeiterkern sind hierzu freundlich eingeladen.

Göhen-Schönhausen. Sonntag, den 12. Oktober, nachmittags 1/2 Uhr, sind die schulenläufige Jugend und deren Eltern zu einem gemüthlichen Beisammensitzen eingeladen.

## Veranstaltungen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse veranstaltet für seine Mitglieder und deren Angehörigen am Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Keller „Rene Wilmsharmonie“, Köpenicker Straße 96, eine Gedächtnisfeier für August Bebel. Gedächtnisrede: Luise Jitz, Gesang: Rena Holmida, das Kutschka-Streichquartett. Eintritt frei. Garderobe 10 Pf.

Marktpreise von Berlin am 8. Oktober 1913, nach Ermittlungen des Lgl. Vollaßpräsidiums. Weiz (mixtd), gute Sorte 16,50—16,80, mittel 16,00—16,30, geringe 15,00—15,30. Weiz (münder), gute Sorte 14,50—14,80, Mittelfort 13,00, Fein 12,00—12,50.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speiseerbsen, weiße 35,00—35,00. Linsen 36,00—36,00. Kartoffeln (Reinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,70—2,40. Rindfleisch, Handfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Rale 1,40—2,80. Jambur 1,20—3,20. Dohse 1,40—3,00. Scharje 0,80—2,40. Schafte 1,60—3,20. Weiz 0,80—1,80. 60 Stück Krefse 1,00—4,00.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 Stunden lang 69, vorn vier Treppen — 6. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Vorschlag und eine Zeit als Redakteur beizugehen. Briefliche Antworten werden nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abnommenbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

G. Birkenr. 30. Fragen Sie an bei der Stützungsdeputation des Magistrats Berlin, Poststr. 16. — W. N. 100. Die Zentralkommission der Kronenstetten, Alexanderstr. 39/40, können Ihnen die gemüthliche Auskunft geben. — H. W. Einreiben mit grauer Salbe. Erhältlich in der Apotheke. — H. W. 25. Erzählung. — H. W. 10. Das bett. Verloren ist ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens und gibt Auskunft über fast alle vorkommenden Fragen. — H. N. 100. Bei der Gelächtsstille Berlin NW. 7, Dorststr. 44. — Kreuzberg 47. Wenden Sie sich an einen Vogelhändler. — Tischer 91. Schlagen Sie im Reichshandbuchs nach. In der öffentlichen Bibliothek und Beselasse, Kollbergstraße 20, liegt solches zu Nachschlagewerk aus. — W. M. 3. Kein — W. N. 10. Wiershof. Ist nicht Seltens. — J. R. 7. 1. bis 3. Für jedes uneheliche Kind wird ein Vormund bestellt. Vormund sein kann auch die uneheliche Mutter werden. Wenn der Vormundskandidat einen anderen Vormund bestellt, hat die Mutter kein Ablehnungsrecht. 4. und 5. Innerhalb Monatsfrist. 6. Kein. — H. C. 30. Innerhalb sechs Monaten, falls die juristische Gemeinlichkeit fortgesetzt wird. Neben die Ehegatten getrennt, innerhalb zehn Jahren. 2. Etwa 100 M. monatlich. — J. R. 24. 1. und 2. Ja. Der Antrag ist bei dem Nachlassgericht, das ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erblasser verstorben ist, einzureichen. 3. Hälfte des geschätzten Erbteils. 4. Ohne Kenntnis des Testamentsinhalts nicht zu beurteilen. In der Regel kann den Kindern das Vermögen nicht entzogen werden. — H. W. 870. Der Erbschein des Grundstücks kann sehr leicht werden aufzuheben. Der mit dem früheren Eigentümer geschlossene Vertrag bleibt gültig. — Adelsbach. Wir können solchen Fall können Sie den Antrag auf Gewährung von Aufschub stellen. — W. N. 31. Die Veranlagung ist zu Recht erfolgt. Bei Evangelischen beginnt die Steuerpflicht bei einem Einkommen von mehr als 1500 M., bei Katholiken bei einem



Einkommen von mehr als 1350 M. — W. W., Mariendorf, Rein. — B. G. 79a. Falls angenommen wird, daß die Verkäuferin zur Zeit des Abschlusses des Kaufvertrages geschäftsunfähig war, können Sie zur Herausgabe der Sachen verurteilt werden, und zwar auch dann, wenn die Verkäuferin nur noch 150 M. Betrag. Die Erklärung des Kriminalbeamten bedeutet keine rechtskräftige Beschlagnahme. Sollen Ihnen eine solche nicht zugeht, haben Sie in der Sache auch das Veräußerungsrecht; Sie würden aber eventuell schadenersatzpflichtig sein. — H. S. 10. Sie haben die Uebermittlungspflicht. Falls die persönliche Ablieferung

nicht möglich ist, können Sie den Betrag durch die Post übermitteln. — Junggeheile. 1. Sterbeurkunden der verstorbenen Ehegatten. Wenn minderjährige Kinder vorhanden sind, Auseinanderlegungsbefreiung des Vormundschaftsgerichts. 2. Mindestens 14 Tage. 3. Ein Teil kann das Aufgebot bestellen. — C. B. 177. 1. Nur nach der Mutter, nicht aber nach dem Vater, falls letzterer nicht das uneheliche Kind testamentarisch bedacht hat. 2. Nach dem Willen des Vaters bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk er zuletzt gewohnt hat. — Hermann B. 52. 1. Reint. 2. Ja. — G. G. 1. Durch Erklärung beim Amtsgericht. Vorher müssen Sie Ihre

Austrittsabsicht unter Angabe der Personalien und Ihrer Religionszugehörigkeit dem Gericht mitteilen. 2. Für Verleugung Strafe ist das Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstr. 12/15, zuständig. 3. Der Abzug ist nach Ihrer Darstellung unbegründet. 4. und 5. Das Gewerbeamt ist nicht zuständig, sondern das Amtsgericht, in dessen Bezirk Schuldner seinen Wohnsitz hat. — B. G. 100. Nur dann, wenn Sie sich der Behandlung eines Krankheitsfalls bedient und einen Krankenarzt konsultiert haben. — B. H. 101. Ja, sofern der Vater des Steuerpflichtigen zur Zeit der Geburt des letzteren der Landesfürsorge angehört hat, andernfalls nein. —

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 10. Oktober 1913.  
Anfang 6 Uhr.

**Eines Palast am Zoo.** Varieté- Lustspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

**Eines Nollendorf-Theater.** Varieté- Lustspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Rgl. Opernhaus.** Ballette.

**Rgl. Schauspielhaus.** Die drei Brüder von Dumas.

**Deutsches.** Torquato Tasso.

**Berliner.** Der Gauk.

**Virtus Busch.** Galavorstellung.

**Virtus Schumann.** Galavorstellung.

Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Weitenentstehung u. Weitenuntergang.

Freitag 8 Uhr: Dr. Prof. Dr. R. Schwahn: Vulkanismus der Erde.

**Kammerspiele.** Die goldenen Salmen.

**Deutsches Opernhaus.** Die lustigen Weiber von Windsor.

**Deutsches Schauspielhaus.** Fräulein Julie. Erste Warnung.

**Neues Opernhaus (Kroll).** Fräulein Julie.

**Königsbräuer Straße.** Die fünf Frankfurter.

**Deutsches Künstlertheater.** Gespenster.

**Berliner.** Wie einst im Mai.

**Thalia.** Die Langobringesin.

**Theater am Nollendorfpark.** Die Heimkehr des Odysseus.

**Komödienhaus.** Das Paar nach der Mode.

**Theater des Westens.** Gräfin Fifi.

**Schiller O.** Am Tage des Gerichts.

**Schiller Charlottenburg.** Wenn der neue Wein blüht.

**Montis Operetten.** Der lachende Ehemann.

**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

**Kaisers.** Der Affentenor oder Garuso auf Teufel.

**Steines.** Helinde.

**Trianon.** Seine Geliebte.

**Herrnsfeld.** Was sagen Sie zu Leibsch?

**Wintergarten.** Spiegelgläser.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.

**Eines Apollo-Theater.** Varieté- Lustspiele.

**Eines Friedrich-Wilhelmstadt.** Varieté- Lustspiele.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Reisens.** Im Ehefäß.

**Lustspielhaus.** 777: 10.

**Luffen.** Von Stufe zu Stufe.

**Wafe.** Laura massiert.

**Holies Caprice.** Ritter Valbrin.

**Die Mißgeburt.** Das Adoptivkind.

**Walhalla.** Der Liebesentel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Neues Volkstheater.** Raub.

Anfang 9 Uhr.

**Eines Nollendorf-Theater.** Varieté- Lustspiele.

**Sternwarte.** Zwölfelbenstr. 57-62

**Schiller-Theater O.** Berliner-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Freiwild.

Sonntag, abends 8 Uhr: Wenn der neue Wein blüht

**Theater des Westens.**

8 Uhr: **Gräfin Fifi.**

Sonnt. nachm. 3 1/2: Der liebe Augustin

**Lessing-Theater.**

Heute 7 1/2 Uhr: **PEER GYNT.**

**Theater am Nollendorfpark 5.**

Täglich abends 8 Uhr: **Die Heimkehr des Odysseus.**

Morgen 3 Uhr 3. H. Fr.: Wilhelm Tell.

**Montis Operetten-Theater**

Schiffbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)

8 Uhr: Gastspiel Prof. Spielmann: **Der lachende Ehemann.**

**ROSE-THEATER**

Große Frankfurter Str. 132.

Anfang 8 1/2 Uhr: **Laura massiert.**

Eine weitere Geschichte in drei Akten von Karl R. Jacoby.

Sonnabend 4 Uhr: Frau Holle.

8 1/2 Uhr: Laura massiert.

**Metropol-Theater**

Abends 7 Uhr 55 präzise: **Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

Gr. Ausstattungsst. m. Ges. u. Tanz in 10 Bild. m. vollständ. freier Benutzung des Jules Verne'schen Romanes von **Julius Freund.**

**Musik von Jean Gilbert.**

In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.

**Karl Bachmann. Joseph Giampietro. Guido Thielscher. Alfred Schmasow. Leopold Wolf. Ludwig Wolf.**

**Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**

Neu! Von 9-11 Uhr: Neu!

**Metropol-Bar**

Rendezvous der vornehmen Lebewelt.

2 Kapellen.

**Passage-Panoptikum**

**Mundmaler Schuldiss**

der **Rafael ohne Arme**

bei seinen Arbeiten.

**Lebend zu sehen!**

**Der Mann mit der eisernen Hand**

und die anderen Attraktionen.

**Casino-Theater**

Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Nur noch bis 10. Oktober

**Der Aktien-Tenor**

u. das glänzende Varieté-Programm.

Freitag, d. 11. Oktober, zum 1. Mal: **Ferdinand der Jugendhase.**

Sonntag, nachm. 4 Uhr:

Am grünen Strand der Spree.

**Trianon-Theater.**

Täglich abends 8 Uhr:

**Seine Geliebte.**

**Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins**

und Umgegend.

Infolge der über die Marinefälle verhängten Sperre findet das

21. Stiftungsfest

am Sonntag, den 26. Oktober 1913, in beiden Sälen des **Dresdener Kasino, Dresdenstr. 96.** statt.

Zur zweiten Saale von 6 Uhr an **Tanz.**

Mitwirkende:

„Typographia“, Gefangenen Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer (M. d. H.-S.-B.) — Berliner Uk-Trio — Loni Walden, Soubrette — The Relways, musikalischer Akt — Kraft-Akrobaten, Mitglieder des Turnvereins Fichte — Konzert von Mitgliedern des Neuen Tonkünstler-Orchesters.

Eröffnung 5 Uhr. — Anfang 6 Uhr.

Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Restaurant Neumann, Alexandrinenstr. 37a, statt.

**Brauerei Friedrichshain**

Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr:

Populäres Konzert des **Berliner Volks-Orchesters**

Dir. **Alfred Hirsch**

sowie Gastspiel der Opernsängerin **Erna Hallensleben, Dr. Heinz Caspary** — Lieder zur Laute — und **Wladimir Dawingoff** aus Petersburg, der einzige Kapellmeister, welcher durch hunderte Vokal- und Bewegungsmusik illustriert.

Abendkasse 50 Pf., Billets im Vorverkauf a 30 Pf. sind bei den „Vorwärts“-Spezialisten Zucht, Zimmelfriedrichstr. 12 und Hanisch, Adlerstr. 174, zu haben.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**

des dritten Berl. Reichstagswahlkreises.

Sonnabend, den 11. Oktober, in der Neuen Welt (neuer Saal), Hasenheide 108-114

**Herbst-Fest**

Mitwirkende: Herr G. Kutschka, Herr Paul Kursch, Fr. Hahn, Herr Artur Bund, Herr F. Lederer-Prina, Fr. Susanne Friedburg.

Nach dem Konzert: **Ball.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Eintrittskarten 30 Pf.

Anfang 8 1/2 Uhr.

**Der Bildungsausschuß.**

208/20\*

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Anfang 4 Uhr nachm.

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

Eintritt frei

**Humoristisch-Originalles**

**Kinder-Programm**

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**

**Luisen-Theater.** Heute Freitag 8 1/2 Uhr: **Von Stufe zu Stufe.**

**Walhalla-Theater.** Heute 8 1/2 Uhr: **Der Liebesentel.**

Lebensbild mit Ges. u. Tanz in 5 Bild. Poese m. Gesang u. Tanz in 3 Akten.

**„Clou“ :: Berliner ::**

**Konzerthaus**

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

**Großes Doppel-Konzert!**

Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Bion und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.

Musikkorps des 1. Garde-Dragoon-Regiments. Dirig.: Oberm. Saarz.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem

Wochentagen: Eintritt.

**Reichshallen-Theater**

**Stettiner Sänger**

Neu! **„Alarm!“**

Milit. Humoreske

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigter Preisen: **„Alarm!“**

Log. 1 R., Ball. 75 Pf., Entree 30 Pf.

**URANIA Taubenstr. 48/49.**

8 Uhr: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. M. Weinstein:

Weitenentstehung u. Weitenuntergang.

Hörsaal 8 Uhr: Dir. Prof. Dr. P. Schwahn: Vulkanismus der Erde.

Prospekt über Gelehrten-Vorträge (im Wissenschaftlichen Theater) und naturwissenschaftliche Hörsaalcourse kostenlos.

**Zirkus Busch.**

Heute Freitag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

**Große Gala-Vorstellung.**

Die neue große Kunstf.-Parton.

**Aus unseren Kolonien.**

Vorher die großen Attraktionen.

In Anbetracht des außerordentlichen Andrangs zu den Nachmittags-Vorstellungen und des hierdurch entstehenden Aufschlusses an den Kassen wird darauf hingewiesen, daß die Nachmittagsbillets schon täglich an der Kasse vormittags von 10 bis 1 Uhr im Vorverkauf zu haben sind.

**Zirkus Alb. Schumann.**

Heute Freitag, 10. Oktober

Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr

**Große Gala-Vorstellung**

mit dem **Riesen-Weltstadtprogramm**

bestehend aus **18 erstklass. Attraktionen**

Sonntag, den 12. Oktober:

**2 gr. Vorstellungen 2**

nachm. 3 1/2, ab 7 1/2 Uhr.

Nachm. hat jed. Erwachsene

**1 Kind 10 Jahren frei**

auf allen Sitzplätzen.

**Folies Caprice.**

**Ritter Baldrian**

**Das Adoptivkind**

**Die Mißgeburt**

**Voigt-Theater**

Babststraße 35.

Freitag, den 10. Oktober 1913:

**Die Spione.**

Schauspiel in 3 Akten von Kurt Kraus.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Admiralspalast**

**Eis-Arena.**

**Morgen Sonnabend:**

**Premiere!**

des Eisballetts

**Die lustige Puppe.**

Text von Leo Bartschek.

Musik von Julius Einödshofer.

Beginn 9 Uhr. Tischbestellungen rechtzeitig erbeten!

Heute bleibt die Eis-Arena wegen Vorbereitung zur Premiere geschlossen.

**Berliner**

**Humor-Quartett**

W. Watzky

Odenberger Str. 38

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater in der Königsplatz Straße**

8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

**Komödienhaus.**

Am 25. Note:

8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**

**Deutsches Künstlertheater**

Sozialst.

Nürnbergers Straße 70/71, am Zoo.

8 Uhr: **Gespenster.**

**Deutsches Schauspielhaus**

8 1/2 Uhr: Fräulein Julie. — Erste Warnung.

8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater**

**Im Ehefäß.**



# Aus der Frauenbewegung.

## Zerstörung der weiblichen Arbeitskraft.

Die kapitalistische Entwicklung, die hier nach billigen Arbeitskräften die Pflanzstätte der Gesamtarbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten einen wesentlichen veränderten Zug. Sie erhält einen stärkeren und stets sich schärfer ausprägenden weiblichen Ausdruck. Die weibliche Arbeitskraft eroberte einen augenscheinlich fortgesetzt wachsenden Anteil an der Gesamtarbeiterschaft. Gleichzeitig aber hat sich das Stärkeverhältnis des weiblichen Geschlechts in der Gesamtbevölkerung zu seinen Ungunsten verschlechtert. Einem relativen Rückgang des Anteils des weiblichen Geschlechts an der Bevölkerung steht eine absolute und relative Zunahme der weiblichen Arbeitskraft gegenüber. Auf 1000 Männer kamen im Jahre 1882 noch 1042 Frauen, 1895 nur noch 1037 und nach der letzten Volkszählung (1907) sogar nur noch 1028. Der weibliche Lebenserwerb in der Bevölkerung wird geringer und gehört vielleicht schon bald gänzlich der Vergangenheit an. Auf der anderen Seite bemerkt man eine rasend schnelle Zunahme der erwerbstätigen Frau. Nach den drei Berufszählungen in Deutschland ergeben sich folgende Resultate:

Jahr	Personen weibl. Geschlechts	Weibl. Erwerbstätige ohne Dienende
1882	23 071 000	4 250 000
1895	26 981 000	5 284 000
1907	31 259 000	8 243 000

In den 25 Jahren, die die Zählungen umspannen, nahm der weibliche Teil der Gesamtbevölkerung um etwas über 8 Millionen gleich 35 Proz. zu, die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg um 3 985 000 oder um 92,6 Proz. Außerordentlich stark ist die Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in Handel und Industrie. Im Jahre 1895 wurden in dieser Gruppe nur 2 100 700 weibliche Arbeitskräfte gezählt, im Jahre 1907 aber schon 3 035 800. Während der Spanne von 12 Jahren war die Zahl der Arbeiterinnen um 934 600 oder 44 Proz. gestiegen. Und die Steigerung vollzieht sich weiter in einem noch schnelleren Tempo. Die folgenden Angaben liefern, dafür eine Bestätigung. Das Reichsarbeitsblatt, das laufend über den Mitgliederbestand der Krankenkassen berichtet, macht über die Zunahme der Mitglieder bei den gleichen Klassen folgende Angaben:

Jahr	Weibliche Mitglieder	Männliche Mitglieder
1905	100	100
1912	142	125

Demnach ist die Zahl der weiblichen Klassenmitglieder seit 1905 ganz bedeutend gestiegen, viel stärker als die der männlichen Mitglieder und unergleichlich stärker als die weibliche Bevölkerung.

Die gewaltige Zunahme der Erwerbstätigkeit des weiblichen Geschlechts entspricht einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Die Verteuerung der Lebenshaltung bedingt den Mitterwerb der weiblichen Familienangehörigen, und die Schar der jungen Mädchen und der Frauen, die sich selbst überlassen, in der Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt suchen müssen, wird ständig größer. Für viele, viele Frauen bedeutet die Erwerbsarbeit eine Einbuße am Wohl- und Wohlbefinden; die Arbeit verursacht ihnen nur Verschmerzen, vermindert nicht ihre Sorgenlast, erweitert nicht den Spielraum ihres Lebensgenusses. Und obendrein zerstört die vielfach sehr ungesunde oder doch durch ihre tägliche lange Ausdehnung zerrüttende Arbeit frühzeitig die Gesundheit, schwächt den Allgemeinzustand der Frauen, schraubt die Gebärfähigkeit, aber auch die Lebensdauer der Frauen herab. Die Heimarbeit in dumpfen, licht- und luftlosen Räumen, die Beschäftigung in Gießhütten, die Tätigkeit in schlecht ventilierten, mit mörderischem Staub und Dämpfen geschwängerten Fabrikräumen, Wäschereien usw., die furchtbare Anspannung der Arbeitskraft in der Haus- und Erwerbsarbeit, dazu vielfach die Lasten der Schwangerschaft zu der doppelten Arbeit, dieses alles zusammen zermürbt den weiblichen Körper.

Für die Frauen selbst ist die beschriebene Entwicklung besonders bemerkenswert. Sie muß ein neuer Ansporn für sie sein, auch durch eigene Initiative auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinzuwirken. Das ist ein Weg, um die schädlichen Einflüsse der Berufsarbeit herabzumindern, ihren Gesundheitszustand zu schützen und zu stärken. Dringend notwendig ist die Festsetzung vernünftiger Arbeitszeit, die Einführung hygienischer Einrichtungen, eines ausreichenden Schwangerschutz und Wöchnerinnenhauses sowie bessere Löhne, die eine Hebung der Lebenshaltung erlauben.

Das Mittel der Selbsthilfe ist die politische und gewerkschaftliche Organisation. In den Organisationen muß die Frau für ihre politische, soziale und wirtschaftliche Besserstellung eintreten.

## Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Reichstagswahlrecht für Frauen. Wie ein Telegramm aus Eisenach meldet, beschloß am Donnerstag der dort tagende Verband für Frauenstimmrecht entgegen einigen Abstimmungsanträgen, an der Forderung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Frauen festzuhalten. — Die reaktionären Angriffe der Gruppe um Maria Lichnowska auf Befestigung der Forderung nach dem Reichstagswahlrecht aus den Satzungen des Verbandes scheinen damit vorläufig abgeklungen. Wir werden auf die in der Debatte zutage getretenen Gegenstände im Verband noch ausführlich zurückkommen.

Gegen Paula Müller, die Vorsitzende des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes und zugleich Vorstandsmitglied der neugegründeten „Vereinigung konservativer Frauen“, geht die Hege in konservativen Kreisen launig weiter. Eine „treue Leserin der „Streuz-Zeitung““ ist durch einen Aufsatz von Paula Müller über „Frauenbewegung und Parteiorganisation“ in Zweifel und Sorge geraten; sie schreibt:

„Frau Paula Müller stellt in diesem Aufsatz zunächst allerdings und in Uebereinstimmung mit allen guten Konservativen fest, daß die „Vereinigung konservativer Frauen“ niemals Frauenbewegung an sich treiben werde oder könne, und daß sie sich von den Verfassungen unseres konservativen Vorvorstandes immer abhängig machen müsse. In gleichem Atemzuge fährt sie dann aber fort: „Die Frauenbewegung kann aber für ihr Vorgehen, für das, was sie zu vertreten hat, keine andere Bestimmung gelten lassen, als die des Fraueninteresses. Sie würde sich selbst aufgeben an dem Tage, an dem sie sich nach den Direktiven dieser oder jener Partei richtete.“

Nun ist Frau Paula Müller nicht nur Vorstandsmitglied der Vereinigung konservativer Frauen, sondern sie ist auch eine der Führerinnen der Frauenbewegung. Es müssen also zwei Seelen in ihrer Brust wohnen. Wird eine so kraftvolle und energische Vertreterin der Frauenbewegung sich wirklich immer so viel Objektivität bewahren

können, daß sie im Vorstände der Vereinigung konservativer Frauen verbleibt, was sie der Frauenbewegung an sich schuldig ist? Und wird sie in der Führung der Frauenbewegung hinwiederum nicht doch manchmal zu den Versuchen sich gereizt fühlen, an der, wie sie selbst sagt, zu anderer Betätigung gegründeten Vereinigung konservativer Frauen „Belehrungsversuche“ zu machen?

Auch wir können der „treuen Leserin“ nicht so unrecht geben, daß es Frau Paula Müller an Logik fehlt. Im „Frauenbund“ für das kirchliche und kommunale Wahlrecht eintreten und in der „konservativen Vereinigung“ beides prinzipiell ablehnen, dort eine Freundin, hier eine Gegnerin der Frauenbewegung „an sich“ spielen — das vermag nur, wer sich der Entwicklung nicht ganz verschließen kann, ohne die Einsicht oder den Mut zur Konsequenz zu haben.

Aus der katholischen „Dienstboten“-bewegung. In Wiesbaden tagte vor kurzem die Generalversammlung des Verbandes katholischer Dienstbotenvereine. Die „Rheinische Volkszeitung“ (Nr. 862) berichtet ausführlich darüber, aber vergebens sucht man in dem Kongreßbericht nach der Lebensäußerung auch nur eines Dienstmädchens. Ja, es scheint in den Verhandlungen überhaupt kein weibliches Wesen zu Wort gekommen zu sein. Ein Koffer hielt die Begrüßungsansprache, ein Geistlicher hat die Festrede, ein Diözesanpräses geleitete die Messe, ein Prälat vertrat den Caritasverband für das katholische Deutschland. Ein Geistlicher hat ebenfalls den Geschäftsbericht, ein Diözesanpräses führte den Vorsitz und ein Kassierer gab den Kassenbericht. Ueber die Stellenvermittlung sprach ein männlicher Doktor und das Korreferat hatte ein Domvikar. An der Diskussion beteiligten sich ein Prälat und ein Stadtpfarrer. Weitere Referate wurden von einem Schul- und einem Sekretär gehalten. Aus dem Bericht ist nicht zu ersehen, ob überhaupt ein Dienstmädchen zur Generalversammlung ihres Verbandes zugelassen war. Man erkundigt aber, daß diese eigenartige Dienstbotenbewegung 79 Vereine mit 12 638 und 1266 außerordentlichen Mitgliedern zählt. Die „Rheinische Volkszeitung“ meint, daß der Verband die rechte Form für die Organisation der weiblichen Dienstboten gefunden hat. Im kirchlichen Sinne trifft das gewiß zu. Eine Organisation, in der die Mitglieder von irgendwelchen „Autoritäten“ wie Kindlein geführt werden, ist für den Merkantilismus immer „die rechte Form“.

Der Verband fortschrittlicher Frauenvereine hat auf seiner siebenten Hauptversammlung Ende vorigen Monats folgenden Beschluß gefaßt: Die siebente Hauptversammlung des Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine beantragt, den Verband überzuleiten in eine Zentrale zur Erforschung des Problems Beruf und Ehe. Diese Zentrale behält sich vor, mit Rücksicht auf die auswärtigen Vereine des Verbandes auch andere Gebiete zu berücksichtigen. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt, um die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten einzuleiten. — Zurzeit sind dem Verbands 15 Vereine mit etwa 1500 Mitgliedern angeschlossen.

## Gemeinsame Erziehung.

Der in Breslau tagende dritte Kongreß für Jugendbildung und Jugendkultur, veranstaltet vom Bund für Schulreform, beschäftigte sich vor einigen Tagen mit dem Thema „Der Unterschied der Geschlechter und seine Bedeutung für die Jugendbildung“. Der Psychologe Professor Dr. Stern besprach die Hauptmerkmale der sexuellen Geschlechtsunterschiede im Jugendalter. Die psychologischen Forschungen haben bisher eine wichtige negative Wahrheit gelehrt: es widerspricht den Tatsachen, wenn man den Unterschied der Geschlechter als einen Rangunterschied hinstellt. Vielmehr zeigt bald das eine, bald das andere Geschlecht einen Vorsprung der Leistungen. Wohl mag es stimmen, daß die höchsten Formen der Leistungen bei Mädchen selten sind, aber andererseits sind auch die Mindestleistungen bei ihnen seltener als beim Knaben. Zum Teil beruhen die Unterschiede auch auf mehr äußerlichen Gründen, vor allem auf dem Zwangscharakter der Erziehung und Unterricht dem kindlichen Tun gibt. Eine Veränderung der äußeren Verhältnisse vermag auch die Gegenstände der sexuellen Betätigung zu ändern.

Der Psychologe Dr. Lipmann kam auf Grund von Untersuchungen an über 2000 Kindern zu dem Resultat, daß je größere Geschlechtsunterschiede man feststellen will, man sich auf desto weniger Eigenschaften zu beschränken hat. — Ueber die Frage der erotischen Beziehungen zwischen Schülern und Schülerinnen beim gemeinsamen Unterricht sprach Professor Dr. Cohn auf Grund von Erfahrungen in Baden. Diese Frage sei mit der größten Ruhe zu behandeln, denn die Vereinigung der Geschlechter zu einander werde sich immer zeigen, ob nun der gemeinsame Unterricht besteht oder nicht. Bedenkliche Vorkommnisse werden bei dem gemeinsamen Unterricht ebenso wenig fehlen, wie bei dem nicht gemeinsamen. Man könne vielleicht eher sagen, daß der gemeinsame Unterricht dazu beitragen könne, die Spannung der Geschlechter untereinander ein wenig zu vermindern. — Hierauf behandelte Frau Dr. Kempf-Frankfurt am Main das Thema „Die soziale und wirtschaftliche Lage in ihrer Bedeutung für das Problem der gemeinsamen Erziehung“. Sie wies darauf hin, daß eine stetig wachsende Zahl von Frauen im Berufsleben steht, daß aber nach wie vor der Zustand der Mädchenschulbildung höchst ungünstig ist. In vielen Landesteilen werden die Mädchen in ihrer technischen Ausbildung schon von der Volksschule an einseitig auf das Hausfrauentum hingewiesen, und zwar nicht auch auf das Hausfrauentum, wie es selbstverständlich wäre, sondern nur auf dieses, und um dieser einseitigen technischen Ausbildung willen wird dann ihre Allgemeinbildung im Vergleich zur Anabenerziehung verkürzt. Außerdem müssen in fast allen Landesteilen die Mädchen in der Wohlhablichkeit der Berufsbildung und der allgemeinen Weiterbildung weit hinter dem zurückstehen, was die Fürsorge des Staates der männlichen Jugend angedeihen läßt. Die Schulen für berufliche Mädchenbildung sind entweder weniger zahlreich, für die Eltern nur mit größeren Kosten erreichbar als die Anabenschulen, oder sie fehlen von seiten des Staates ganz, sind private Veranstaltungen und müssen daher wegen der mangelnden Geldmittel nur zu oft einen dilettantischen Charakter tragen. Wir brauchen die rückhaltlose Öffnung der Fach- und Fortbildungsschulen auch für die weibliche Jugend. Aber ein solcher Zustand, so wünschenswert er ist, bedeutet noch nicht den Sieg des Prinzips der gemeinsamen Erziehung. Der volle Sieg des Prinzips der gemeinsamen Erziehung ist nur möglich, wo die Gleichwertigkeit der beiden Geschlechter nicht nur mit den schönen Worten der Trinksprüche, sondern in allgemeinen Volksempfinden anerkannt ist, wo daher der männliche Lehrer die weibliche Schülerin auch als gleichwertig und bezüglich der geistigen und beruflichen Förderung gleich wichtig empfindet, und wo das Ehrgefühl des Jungeneralters sich nicht verleitet glaubt, wenn es einer weiblichen Autorität unterstellt wird.

Am zweiten Verhandlungstage erörterte der Kongreß die Forderungen, die sich aus der Eigenart der Geschlechter und aus den sozialen Verhältnissen für die Jugendbildung ergeben. Das Problem der Differenzierung der Geschlechter im Unterricht und in der Erziehung behandelte Schluß Prof. Dr. Wiegmann: Wie auf dem Gebiete der körperlichen Struktur und der körperlichen Daseinshaltung, so überwiegt auch auf dem der geistigen Struktur die Gleichheit der Geschlechter weitaus. Der einzige bisher sicher erkannte Unterschied liegt in dem Tempo der geistigen Entwicklung in den Lebensjahren von 12 bis 17. Ihm kann überall

da, wo es sich nicht um Koedukation handelt, durch das Unterrichts-tempo entprochen werden. Das Schlagwort von der „weiblichen Eigenart“, das gegenwärtig in amtlichen Bestimmungen und überall da, wo die Forderungen selbst der gemäßigten Frauenbewegung bekämpft werden, eine große Rolle spielt, ist überaus bedenklich. Die unterrichtliche Erfahrung hat bisher gezeigt, daß von den üblichen Unterrichtsgegenständen keiner außerhalb der weiblichen Interessen- und Fassungsphäre liegt. Auch scheint nicht erwiesen zu sein, daß die Begabung und das Interesse der Mädchen sich einem Fach im besonderen Maße zuwenden. Die erzieherische Praxis des Elternhauses wie der Schule scheint zuzugeben, daß dem Mädchen eine andere, in manchen Fällen stärkere Gefühlsbetonung eignet.

## Frauenarbeit.

Weibliche Postbeamte. Im Dienste der Reichspostverwaltung stehen zurzeit 25 000 Frauen, also ein ganzes Heer von Post-, Telegraphen- und Telephonbeamtinnen. Ueberdies man diese gewaltige Zahl, so ist es gewiß verwunderlich, daß sich im Jahre 1873, als in einem Abrechnungsreport der Post weibliche Kräfte eingestellt werden sollten, keine einzige Frau zu diesem Posten meldete. Nur versuchsweise sollten Frauen damals im Postfach arbeiten, denn der Generalpostmeister Stephan war ein grundsätzlicher Gegner der Verwendung von Frauen. So jung die Erwerbstätigkeit der Frau im Postfach noch ist, so schnell hat sie sich entwickelt. Allerdings stieg die Zahl der weiblichen Kräfte im Postwesen im Anfang nur langsam, nahm aber durch die Erfindung des Fernsprechers einen ungeahnten Aufschwung.

Schon zur Zeit des Norddeutschen Bundes wurden einige Frauen im Postdienst verwendet. 1871 übernahm die Reichstelegraphenverwaltung 99 Telegraphenbeamtinnen etatsmäßig, mit einem jährlichen Gehalt von 900, 1050 und 1200 M., nach den Dienstjahren abgestuft. Aber weitere weibliche Postbeamte waren sehr schwer zu erlangen. Da sich, wie schon bereits erwähnt, 1873 keine Frau zum Postdienst meldete, nahm man die Hilfe des Letztereins in Anspruch und stellte 12 von diesen ausgebildete Mädchen mit einem Gehalt von 150 M., später 2 M. pro Tag an. Diese Tagesgelde stiegen langsam, sie betragen 1877, als es etwa 250 Postgehilfinnen gab, 2,50 M., dann im Jahre 1890 3,75 M. Bei den Telephonbeamtinnen wurden Frauen zuerst im Jahre 1887 angestellt, in Hamburg und Berlin. Da sie sich in diesem Berufe bewährten, sich eifrig und gewandt zeigten, so wurden sie von der Reichstelephonverwaltung viel beschäftigt. Bis zum Jahre 1897 gab es circa 2800 Frauen im Fernsprechdienst, die die gleichen Gehälter wie die Telegraphengehilfinnen bezogen: 1100 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 100 M. auf das Höchstgehalt von 1500 M. nach 12 Jahren Berufsdauer.

Nach dem Tode des Postmeisters Stephan im Jahre 1897 wurde das Arbeitsfeld der Frauen bei der Reichspostverwaltung erweitert und die Gehaltskala verändert. Heute betragen die Gehälter für Post- und Telegraphengehilfinnen zwischen 1300 und 1800 M. jährlich, für Eisenbahngehilfinnen zwischen 1100 und 1600 M., und für Fernsprechgehilfinnen zwischen 1100 und 1500 M., wozu der Wohnungsgeldzuschuß noch kommt. Die Gehälter sind also in den letzten 16 Jahren, seit 1897, nur ganz minimal gewachsen, wogegen die Lebensmittel und die Wohnungsmieten sich gerade in dieser Zeit sehr verteuert haben. Auch ist die Tätigkeit der Postbeamtinnen, besonders der Telegraphengehilfinnen, sehr aufreibend. Die Bezahlung des weiblichen Beamten im Postwesen ist in einigen anderen Staaten, so z. B. in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten von Amerika, viel besser. Die dortigen Gehälter sollten für Deutschland Vorbildlich sein. In Amerika werden Gehälter bis zu 1200 Dollar, circa 5000 M., gezahlt; doch müssen dabei die hohen Lohnverhältnisse und die ganz abnorm teuren Lebensmittel in Erwägung gezogen werden. Doch auch in der Schweiz bei durchaus mäßigen Preisen für Lebensmittel beginnt die Bezahlung der Postbeamtinnen mit 2000 Franken, gleich 1600 M., und steigt bis zu 3600 Franken, gleich 2800 M. Allerdings werden dort von den Angestellten Sprachkenntnisse entweder in Französisch und Deutsch oder in Italienisch verlangt.

So offenbart die Untersuchung dieser Verhältnisse auch darin, wie in vielen anderen Gebieten, einen Rückstand Deutschlands.

Mütter-Speisehäuser. Im Jahre 1904 richtete der Pariser Professor Henry Cullot mit seiner Frau ein Speisehaus ein, in dem jede werdende Mutter vom sechsten Monat der Schwangerschaft an und jede Mutter, die ihr Kind nährt, täglich einmal, regelmäßig oder gelegentlich, ohne irgend welche Fragen beantworten zu müssen, eine Mahlzeit unentgeltlich erhalten konnte. Der Gedanke fand Anklang. Heute gibt es zehn solcher, an Restaurationen angeglichener Speiseanstalten, und die Zahl der bisher verabreichten Portionen dürfte die Million erreicht haben. Die Mahlzeiten sind natürlich mit besonderer Rücksicht auf den Zustand der Frauen zusammengestellt. Ihr Preis stellt sich auf durchschnittlich 35 Cent. (28 Pf.). Während, deren eigene Milch nicht zureicht, erhalten ferner kostenlos die erforderliche Menge sterilisierter Kuhmilch als Ergänzung.

Eine wertvolle Ergänzung dieser materiellen Fürsorge ist die mit den Speisehäusern verbundene Säuglings-Veranstaltung. Die Mütter bringen ihre Kinder mit, die entleert und getoogen werden, und erhalten die erforderlichen ärztlichen Rat schläge. Damit ist auch eine wirksame Bekämpfung der Unreinlichkeit, dieses gefährlichen Feindes der Kinder, gegeben. Diese weiteren Maßnahmen haben sich nicht ganz leicht eingeführt: im Bezirk Montmartre ging die Zahl der ausgegebenen Mahlzeiten zunächst von rund 25 000 auf 16 000 zurück, da vielen der übermüdeten oder unergozenen Mütter die Reinlichkeitskontrolle lästig war. Doch bürgerlich sie sich überall ein und haben zusammen mit der übrigen Fürsorge die Säuglingssterblichkeit, die sonst durchschnittlich 20 Proz. beträgt, für diese Kinder um Dreiviertel vermindert. Daß ein großes Bedürfnis vorhanden ist, beweist die Tatsache, daß manche Frauen eine Stunde Weges zurücklegen, um eine Mahlzeit zu erhalten. Wie viele andere mögen den Weg scheuen — eine erhebliche Vermehrung der Speisestellen, namentlich ihre Errichtung in den Vororten zeigt sich notwendig: eine Aufgabe im Kampfe für die Nichtigkeit des Nachwuchses wie gegen die Bevölkerungsverminderung, die in vollem Umfange nur von der öffentlichen Fürsorge erfüllt werden kann. Immerhin ist das bereits Geschaffene vorbildlich geworden und hat bekanntlich auch in Deutschland Nachfolge gefunden.

## Literarisches.

Die Arbeiterinnen und die Gewerkschaften. Von Adolf Brauns. (Sozialdemokratische Frauenblätter, Heft 6. Buchhandlung Vorwärts, 38 Seiten. Preis 40 Pf.) Von der Tatsache ausgehend, daß immer mehr Frauen in die Erwerbsarbeit hineingezogen werden, legt Genosse Brauns die Notwendigkeit der Organisation für diese Frauen dar. Er schildert kurz das Wesen der Gewerkschaften und erörtert besonders die Vorteile der Organisation für die Frau, wobei die landläufigen Einwände gegen den Eintritt in eine Gewerkschaft widerlegt werden. Als Werkzeugschrift und zur ersten Einführung in das Gewerkschaftswesen für Frauen wird die Broschüre für Gewerkschaften und Partei gute Dienste leisten. Jede Arbeiterin und Arbeiterfrau sollte Brauns Ausführungen kennen, verbreiten und in die Tat umsetzen.



**Öffentliche politische Versammlungen.**

# Schiffseigner, Boots- u. Steuerleute! Heizer u. Maschinisten!

Sonntag, den 12. Oktober 1913, nachmittags 4 Uhr,  
in Kellers Neue Philharmonie, Berlin, Köpenicker Str. 96/97.

## Öffentliche Schiffer-Versammlung.

Tagesordnung:

Was haben die Schiffer vom Parlament zu erwarten?  
Referent: Schriftsteller Joachim Alsh. — Freie Diskussion.

197/7 Der Einberufer: Richard Herbet, N 58, Leitstr. 7.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Finienstr. 83-85.  
Telephon: Karl Norden 185, 1239, 1967, 9714.

Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im  
Voigt-Theater, Badstr. 58:

## Branchen-Versammlung der Anferwickler und Wicklerinnen.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die „Volksfürsorge“. 2. Neuwahl der Branchen-  
leiter. 3. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den  
Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (großer Saal):

## Gemeinsame Branchen-Versammlung aller in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter sowie Fahrstuhl- monteure und Helfer.

Tagesordnung:

1. Bericht des Kollegen Maus von dem Internationalen Banarbeiter-  
schutzbund in Leipzig. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der gesamten  
Branchenleitung. 4. Verschiedenes.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet.  
127/12 Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

## Tischbranche.

Sonntag, den 12. Oktober 1913, vormittags 9 1/2 Uhr,  
im Lokale von Reckling, Boghagener Chaussee 9:

## Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Aufnahme einer Statistik für die Tischbranche. 2. Bericht der Kom-  
mission. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Jede Tischlerwerkstatt Groß-Berlins und die in Möbel-  
fabriken beschäftigten Tischmacher müssen vertreten sein.

## Tischler

Bezirk Wedding und Moabit.

Montag, den 13. Oktober 1913, abends 5 1/2 Uhr,  
bei Kaczorowski, Ravenstraße 6:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Nitschke über: „Die Volksfürsorge  
und die Schäden der Privatversicherung“. 2. Verbandsangelegen-  
heiten.

## Laden- und Kontormöbelbranche.

Montag, den 13. Oktober 1913, abends 6 Uhr,  
im Luisenstadt-Kasino:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Verbandsangelegenheiten.

## Einsetzer.

Am Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen**

in folgenden Lokalen:

1. Bezirk: Merkowski, Andreadstr. 26.
2. " Gliesche, Boghagener Str. 74.
3. " Thunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.
4. " Schenk, Reutlin, Rosenstr. 24.
5. " Wiemers, Bülowstr. 58.
6. " Melzer, Edlestr. 29.
7. " Lausch, Bredowstr. 35.

Der 7. Bezirk ist für Moabit neu eröffnet. —

90.1 Die Ortsverwaltung.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden,  
Prinzenstr. 41, sieht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

*Die Ortsverwaltung*  
*Einsetzer*  
*Einsetzer*

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

## Sektion der Putzer.

Sonntag, den 12. Oktober, vorm. 10 Uhr, in Obiglos Festsälen,  
Schwedter Str. 23:

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Sektionsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. 145/16\*  
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Der Vorstand.

**Ortskrankenkasse  
der Bildhauer, Stukkateure  
und verwandter Gewerbe  
in Berlin.**

## Bekanntmachung.

Die 13. Statutenänderung, wonach  
den Mitgliedern gemäß § 13 Abs. II  
für größere Geldmittel, auch Jah-  
resbeitrag, bis zum Betrage von 60 Mark  
gewährt werden kann, ist vom Bezirks-  
ausschuss am 18. September d. J. ge-  
nehmigt worden und tritt mit heute  
in Kraft.

Berlin, den 11. Oktober 1913.

Der Vorstand.

H. B.: Fritz Waldayer, Vorsitzender.  
Rechtsanwalt Prillwitz  
Berlin NW21, Thurmstraße 34.

**Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69.**

Sozialdemokrat. Flugchriften:

20. Sozialdemokratie und  
Militärvorlage.

21. Sozialdemokratie und  
Arbeitslosenfürsorge.

Referat v. Joh. Timm-München  
erstattet auf dem Parteitage  
zu Jena 1913.

Der Preis beträgt pro Heft  
10 Pfennig. 249/5

**Möbel**  
Komplette  
Wohnungs-Einrichtungen  
sowie einzelne Möbel in  
großer Auswahl auf  
**=Kredit=**  
Besichtig. meiner Musterzimmer  
ohne Kaufzwang erbeten.  
Ferner: Portieren, Gardinen,  
Tischdecken, Steppdecken, Tep-  
piche, Leib- u. Bettwäsche, Betten,  
Gaskronen, Herren- und Damen-  
Garderobe.  
Kleine Anzahlg., geringe Anzahlg.  
**J. Antel, Brückenstr. 2**

Ohne jede Anzahlung!  
Reine Holzerei, keine Holzer!  
Bett- u. Leibwäsche, Teppiche,  
Portieren, Bilder, Gardinen,  
Stores, Stopp- u. and. Decken.  
**HATZNER,**  
Guiclandstraße Nr. 41.

**Steppdecken**  
größte Auswahl, billig!  
auch Umarbeiten alter  
Steppdecken.  
Fabrik Berlin.  
Wallstr. 72, zwischen Hof- u. Anlestr.

Günstige Gelegenheit für  
Verbände, Krankenkassen etc.  
Mehrere Comptograph  
**Additionsmaschinen**  
die als Aushilfsmaschinen  
dienen, werden mit großem  
Nachlass abgegeben.  
S. Gutmann, Nürnberg.  
Vordere Sternengasse 3.

# Kartellverband Groß-Berlin für Sport- und Körperpflege.

Sonntag, den 12. Oktober, mittags 1 Uhr:

## Öffentliche, unpolitische

# Volks- und Sportlerversammlungen

in den Lokalen:

- Berlin: Konkordia-Festsäle, Andreadstraße 64,  
Pharus-Säle, Müllerstraße 142,  
Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53.
- Neukölln, Britz und Umgegend: Bartsch, Hermann-  
straße 49.
- Lichtenberg: Steuer, Frankfurter Chaussee 128.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.
- Schöneberg: Neue Rathausäle, Martin-Luther-Straße 69.
- Halensee - Wilmersdorf: Viktoria-Garten, Wilhelms-  
au 114/115.

- Tempelhof-Mariendorf-Marjensfelde: Herolds Fest-  
säle, Mariendorf, Chausseestraße 283.
- Lichterfelde und Umgegend: Richter, Lichterfelde,  
Chausseestraße 104.
- Ober- und Nieder-Schöneweide, Karlshorst,  
Johannisthal und Umgegend: Restaurant  
Wilhelminenhof.
- Bohnsdorf-Grünau: Restaurant Gravelotte (2 Uhr).
- Adlershof-Köpenick: Stadttheater.
- Reinickendorf-Ost: Anders, Hauptstraße 50/51.
- Reinickendorf-West: Wohlfahrt, Eichbornstraße 18.

Tagesordnung:

1. Jungdeutschlandserziehung und die Arbeitervereine für Sport und Körperpflege. 2. Freie Aussprache.

Referenten: Otto Buchner, M. d. R. Redakteur Ernst Däumig. Wilhelm Deinert. Agnes Fahrenwald. Franz Genty.  
Max König-Dresden, Vorsitzender des Verbandes „Volksgesundheit“. Bruno Pieske. Max Peters. Franz Preuß. Hermann  
Mädiger. M. Reichert-Spandau. Fritz Stähm. Richard Loppel. Wilhelm Wachs. Redakteur Fritz Wildung-Leipzig.

Die Tellerammlung ist für den Nebelfonds bestimmt.

Arbeitereltern und Mitglieder bürgerlicher Sportverbände sind besonders eingeladen!!

Für die Einberufer.